Dienstag, 15. Mai 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 113 - 20. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 29,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Mehr Raketen: Moskau wird in der „DDR" eine „zusätzliche Anzahl sowjetischer operativ-taktischer Raketenkomplexe größerer Reichweite" stationieren. Das sowjetische Verteidigungsministerium begründete seine Entscheidung mit dem „fortgesetzten Aufbau von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa". Die „konkrete Bedrohung" werde auch künftig beantwortet.

Sacharow: Irina Kristi, eine Vertraute des verbannten sowjetischen Friedensnobelpreisträgers, ist von der Geheimpolizei in Moskau unter Hausarrest gestellt worden. Sie hatte über den Hungerstreik Sacharows berichtet.

China: Die nationalen Minderheiten sollen mehr Autonomie bei der Verwaltung ihrer Gebiete erhalten. Das will der Nationale Volkskongreß auf seiner heute beginnenden Tagung beschließen.

Philippinen: Bei Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Gegnern von Präsident Marcos wurden in den 24 Stunden vor den gestrigen Parlamentswahlen 54 Personen getötet. Es galt als sicher, daß das Marcos-Regime auch nach den Wahlen an der Macht bleibt.

Gescheitert: Die Namibia-Konferenz in Lusaka ist ohne Ergebnis und ohne Vereinbarung eines neuen Treffens zu Ende gegangen.

Polen: Die Verhandlungen zwischen Kirche und Regierung über die Entlassung von elf prominenten politischen Gefangenen wurden endgültig abgebrochen. Die Oppositionellen lehnten es ab, sich zum Verzicht auf politische Betätigung zu verpflichten. (S. 6)

Flucht: Mit einem gestohlenen Sportflugzeug sind sieben Polen im Tiefflug über die Ostsee nach Schweden geflüchtet. Sie ersuchten um politisches Asyl.

Südafrika: Sieben Tote sind die Bilanz eines Raketenanschlags schwarzer Terroristen auf eine Erdölraffinerie in der Hafenstadt Durban. Bei einem Feuerwechsel mit der Polizei kamen die vier Attentäter und drei Unbeteiligte ums Leben.

Atomtest: Starke Verärgerung hat in Australien und Neuseeland der zweite französische Atomtest auf dem Mururoa-Atoll im Südpazifik innerhalb von fünf Tagen ausgelöst. Die beiden Staaten, die eine neue Testserie befürchten, haben offiziell Protest eingelegt.

Heute: Treffen europäischer Verteidigungsminister (Euro-Gruppe) in Brüssel zum Auftakt der NATO-Frühjahrstagung. – Europäisches Statistiker-Treffen in Wiesbaden. – IG Druck entscheidet über den Vorschlag der Arbeitgeber zu einem neuen Spitzengespräch.

ZITAT DES TAGES



„Wir versuchen bis zuletzt unser Bestes, aber es werden auch ohne den Sowjetblock große Spiele"

Peter Ueberroth, Präsident des Organisationskomitees der Sommerspiele in Los Angeles, zum Olympia-Boykott

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Benzinpreise: Die Deutsche BP startete gestern die achte Benzinpreiserhöhung in diesem Jahr: Normal- und Superkraftstoff wurden um drei, Diesel um zwei Pfennig teurer. Alle bisherigen Preiserhöhungen hatten sich am Markt nicht durchsetzen lassen.

Standard Elektrik Lorenz: Der Jahresüberschuß der SEL erhöhte sich im vergangenen Jahr auf 86,8 Millionen DM von 27,9 Millionen DM 1982. Der Mehrheitsaktionär ITT und die freien Aktionäre sollen 21 Prozent Dividende erhalten. (S. 11)

Polen: Der Außenhandel konnte in den ersten vier Monaten des Jahres seinen Plan nur zu 80 Prozent erfüllen. Schlecht schnitt vor allem der Werkzeugmaschinensektor ab.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen zum Wochenbeginn schwach. Es ergaben sich mehrfach Kursverluste von über fünf Mark. Am Rentenmarkt hielt die schwache Verfassung an. WELT-Aktienindex 148,4 (149,7); Dollarmittelkurs 2,7675 (2,7722) Mark; Goldpreis je Feinunze 372,55 (372,50) Dollar.

KULTUR

Sowjets fehlen: Unter dem Motto „Literatur im Atomzeitalter – warum schreiben wir?" steht der 47. Internationale PEN-Kongreß, der gestern in Tokio eröffnet wurde. Die UdSSR lehnte es ab, Delegierte zu schicken.

„Genocide": Im Beisein des israelischen Botschafters Ben Ari wurde gestern im ehemaligen Konzentrationslager Dachau erstmals in Europa der Film „Genocide", eine Dokumentation über die Judenverfolgung, gezeigt. Der vom Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles hergestellte und mit einem „Oscar" prämierte Film soll dem Archiv Dachau überlassen werden.

SPORT

Fußball: In einer Aufzeichnung ab 22.40 Uhr berichtet das ZDF am Mittwoch vom Endspiel um den Europacup der Pokalsieger in Basel zwischen Juventus Turin und dem FC Porto.

Handball: Der Deutsche Meister Großwallstadt spielt im Pokal-Halbfinale gegen den Zweitliga-Klub VfL Hameln. Die zweite Begegnung: Reinickendorfer Füchse gegen Tusem Essen.

AUS ALLER WELT

Jackpot: Vier Tipper teilen sich den größten Hauptgewinn, der je im nordamerikanischen Lotto vergeben wurde: 22,1 Millionen Dollar (etwa 60 Millionen Mark). Der Jackpot der New Yorker Staatslotterie war zu dieser Rekordhöhe angeschwollen, weil in mehreren Ziehungen kein Hauptgewinn erzielt worden war.

Rauschgift: Englands Zoll hält seinen Kampf gegen die Heroin-Mafia für verloren. Ihm ist die Kontrolle dermaßen entglitten, daß die britischen Grenzen für Dealer kein Hindernis mehr darstellen. (S. 18)

Wetter: Bewölkt, gelegentlich Regen. 12 bis 16 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Amnestie scheitert. CDU und FDP wollen Krise verhindern

Strauß spricht Verläßlichkeit Genschers an / Kohl steht zum Gesetzesinhalt

S. HEYDECK/M. SCHELL, Bonn

Die Bonner Koalition wird ihr Amnestiegesetz für Steuersünder bei Parteispenden zurückziehen. Diese Entwicklung zeichnete sich gestern in Bonn ab, nachdem der FDP-Vorsitzende Genscher auch in einer Sondersitzung des Parteipräsidiums keine ausreichende Unterstützung für ein solches Gesetz gefunden hatte.

Offiziell wurde von der Bundesregierung erklärt, daß Bundeskanzler Kohl den Inhalt des Gesetzes „nach wie vor vertritt". Ob allerdings darüber im Bundestag beraten werde, hänge von den Entscheidungen beim Koalitionspartner in dieser Woche ab. Zugleich wurde betont, daß ein Scheitern des Gesetzesvorhabens „in keiner Weise" Auswirkungen auf die Koalition haben würde.

Inoffiziell hieß es im Bundeskanzleramt, es habe keinen Sinn, einen Gesetzentwurf zu debattieren, der nicht mehrheitsfähig sei. Die endgültige Entscheidung der FDP fällt auf einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion am Mittwoch.

Bundeskanzler Kohl, der von Genscher über *die massive Ablehnung* der Amnestie innerhalb der FDP unterrichtet worden ist, will auch nach einem Verzicht auf das Gesetz im Bundestag über diese Problematik debattieren. Wahrscheinlich wird es dazu am 24. Mai kommen, an dem *nach der bisherigen Planung* erstmals über das Amnestiegesetz diskutiert werden sollte. Im Kanzleramt hieß es, die Regierung könne jetzt dieses Thema „nicht wie eine heiße Kartoffel fallen lassen", sondern müsse auch weiterhin ihre Gründe darlegen.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Wolfgang Schäuble, erklärte, er halte den gemeinsam mit der FDP eingebrachten Gesetzentwurf nach wie vor für notwendig und richtig. Auch wenn aufgrund einer neuen Situation das Gesetz im Parlament nicht gelesen werden sollte, werde es in jedem Fall zu einer Debatte über die Problematik kommen. Die Union sei daran interessiert, die öffentliche Diskussion darüber zu führen und der SPD „ihre Heuchelei" in dieser Frage vorzuhalten. *Fraktionsvorsitzender Dregger* betonte, das Gesetz könne nur zur Abstimmung gestellt werden, wenn die beiden Koalitionspartner dazu entschlossen seien.

SEITE 2:
Aus Fehlern lernen

Sowohl die CDU als auch die FDP waren gestern darum bemüht, den Schaden für die Koalition zu begrenzen. Übereinstimmend wurde der Wille betont, es nicht zur einer Krise kommen zu lassen. Allerdings äußerten FDP-Politiker die Befürchtung, daß die CSU jetzt erneut das Verhalten der FDP scharf kritisieren werde. Nach interner Zählung der FDP unterstützt allenfalls nur noch ein Drittel ihrer 35 Bundestagsabgeordneten das Amnestievorhaben.

Genscher hatte angesichts des breiten Stimmungsumschwungs in seiner Partei vor dem FDP-Präsidium am Sonntagabend erklärt, Bundeskanzler Kohl dürfe durch einen Rückzug der FDP keinen Schaden nehmen. Immerhin habe sich der Bundeskanzler öffentlich sehr stark für diesen Amnestieentwurf eingesetzt. In der Tat hatte Kohl noch vor wenigen Tagen auf dem CDU-Parteitag in Stuttgart erklärt, er werde im Bundestag für dieses Gesetz sprechen und stimmen. Außerdem hatten drei Viertel der Parteitagsdelegierten den *Gesetzentwurf in geheimer Abstimmung* befürwortet.

● **Fortsetzung Seite 8**

DER KOMMENTAR

Post-Kunde

PETER GILLIES

In den letzten Monaten fiel der Postminister dadurch auf, daß er seine Kundschaft durch Leistungseinschränkungen im Briefdienst erschreckte. Insofern fällt die jüngste Nachricht wohltuend aus dem Rahmen: Einige Gebühren im Telefondienst sollen gesenkt werden.

Das ist aus mehreren Gründen zu begrüßen. Die Wirtschaft eines exportorientierten Landes ist auf reibungslose und preiswerte Kommunikation angewiesen wie ein Auto auf Treibstoff.

Das Gespräch mit Kunden und Lieferanten in Europa und Übersee soll nun also billiger werden, wenngleich es noch immer zu teuer ist. Immerhin mag es auch ein Quentchen europäischen Fortschritts sein – leider noch keine Normalität –, wenn EG-Europäer damit beginnen, sich untereinander als Inland zu behandeln. Auch der Ansatz, die letzten „Telefon-Muffel" mit einem Sonderangebot für einen Anschluß zu locken, ist nicht nur deswegen angemessen, weil er Investitionen und Arbeits*plätze schafft.*

Der öffentliche Lärm darüber, ob man einen Münzfernsprecher vielleicht mit drei statt mit zwei Groschen füttern muß, war dem Anlaß nicht angemessen. Diese Gebühr ist seit 1949 unverändert. Der jetzige Kompromiß – 20 Pfennig für die ersten acht oder zwölf Minuten, danach drei Groschen – scheint als halber Rückzieher der Post tragbar. Aber bei allen diesen kleineren Korrekturen sollte man nicht vergessen, daß die ungebrochenen Milliardengewinne im Telefondienst ausweisen, um wieviel billiger das Telefonieren noch sein könnte. Einstweilen reagiert die Bundespost auf die technologischen Klingelzeichen der Zukunft da noch eher zögerlich.

Briefe und Pakete müssen leider noch körperlich befördert werden. Nach Rechnungen der Post sind ihre „gelben Dienste" Verlustgeschäfte mit knallroten Zahlen. Deren Defizite finanziert der Telefonkunde. Die Einschränkung der Dienstleistungen wird stets als Rationalisierung definiert, mitunter in einer Form, wie sie sich eben nur Monopolisten leisten können, die nicht dem heilsamen Zwang des Wettbewerbs ausgesetzt sind.

Bei allen Notwendigkeiten einer Kommunikationsgesellschaft – die Bürger und Betriebe werden sich erst dann als Kunden und *nicht als Bittsteller* bei der Post empfinden, wenn auch ihre „altmodischen" Briefe schnell, sicher und berechenbar ihren Empfänger erreichen. Rationalisierung allein zu Lasten des Verbrauchers wäre hier der falsche Weg. Es muß doch möglich sein, daß ein Brief zumindest so schnell eintrifft wie zu Zeiten der Postkutsche.

Telefonate in das Ausland billiger

Entlastungen für den Postkunden / Gebühr in Fernsprechzellen nicht generell 30 Pfennig

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Das Telefonieren mit dem Ausland, vor allem in Länder außerhalb Europas, wird billiger. Diese Maßnahme schlägt in dem Gebühren-Paket am stärksten zu Buche, das Postminister Christian Schwarz-Schilling jetzt dem Postverwaltungsrat zur Entscheidung am 25. Juni zugeleitet hat. Die Gebühren-Änderungen summieren sich unter dem Strich zu Entlastungen für die Postkunden in Höhe von 175 Millionen Mark. Die wichtigsten Maßnahmen sind:

– Die Gebühren für außereuropäische Auslandsgespräche sollen vom 1. August an um 23 bis 53 Prozent gesenkt werden. So wird der Zeittakt nach Nordamerika von 1,8 auf 2,9 Sekunden je Gebühreneinheit (23 Pfennig) verlängert, in den Nahen Osten von 2,0 auf 2,9 und in die übrige Welt von 1,3 auf 2,9 Sekunden. Dieses führt zu einem Einnahmeausfall von 285 Millionen Mark im Jahr bei der Post.

– Der Einheitstarif für alle EG-Staaten soll jetzt auch zum 1. August eingeführt werden. Damit soll der Zeittakt für Telefonverbindungen nach Großbritannien, Irland, Italien und Griechenland auf 12 Sekunden verlängert werden. Er galt bisher schon für die angrenzenden Länder und entspricht dann dem Zeittakt für Ferngespräche über 100 Kilometer in der Bundesrepublik. Innerhalb der EG plant nur die Bundespost eine Ausdehnung der Inlandstarife auf Gespräche in alle EG-Länder. Der Billigtarif mit einem Zeittakt von 16 Sekunden, der werktags von 18 bis 8 Uhr und samstags und sonntags ganztägig bereits für die angrenzenden Länder gilt, soll noch in diesem Jahr auf Großbritannien ausgedehnt werden. Sobald für Irland, Italien und Griechenland die notwendigen Verbindungen geschaltet sind, ist auch für diese Länder der Billigtarif geplant. Diese Maßnahmen in der EG bedeuten für die Post 60 Millionen Mark weniger Einnahmen im Jahr.

– Für Neuanschließung, Wiederanschließung, Übernahme und Änderung soll zum 1. Juli eine Einheitsgebühr von 65 Mark eingeführt werden. Durch die Senkung der Gebühren für neue Anschlüsse, die bisher bei 200 Mark lag, hofft die Post, daß von den rund 2,5 Millionen privaten Haushalten – nahezu jeder zehnte –, die noch über kein Telefon verfügen, in den nächsten drei Jahren durchschnittlich 250 000 Haushalte für einen Anschluß gewonnen werden können. Für diesen Fall werden die Zusatzinvestitionen auf rund 500 Millionen Mark im Jahr mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt veranschlagt. Obwohl die Gebühren für Wiederanschließung, Übernahme und Änderung um zehn Mark angehoben werden, soll dieses Maßnahmen-Bündel den Kunden Vergünstigungen von 80 Millionen Mark bringen.

– Entgegen der ursprünglichen Absicht wird die Gebühr für öffentliche Fernsprechzellen nicht generell auf 30 Pfennig angehoben. Vielmehr bleibt es für die erste Einheit, also auch für alle Ortsgespräche bis zu acht beziehungsweise zwölf Minuten, bei 20 Pfennig. Für weitere Gesprächseinheiten wird die Gebühr auf 30 Pfennig angehoben. Das hohe Defizit in diesem Bereich soll dadurch um 170 Millionen Mark oder um die Hälfte verringert werden.

Lambsdorff warnt: „Nichts überstürzen"

HEINZ HECK, Bonn

Die Bonner Koalition sollte die Entscheidung über Deckungsvorschläge zur Finanzierung der für den Jahresbeginn 1986 geplanten Steuerreform „nicht überstürzen". Bisher war die Entscheidung noch für Mai anvisiert, jetzt ist vom 25. Juni die Rede. Vor dem deutsch-dänischen Handelsclub in Kopenhagen warnte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vor vorschnellen Beschlüssen.

Die Bundesregierung werde ohnehin erst im November den Gesetzentwurf verabschieden. Bis dahin würden die wachstumspolitischen Perspektiven noch mehrmals durchgerechnet. Die Konsolidierung dürfe zwar nicht gefährdet werden; das sei unbestritten, aber „vielleicht stellt sich zum Schluß heraus, daß die ganze Kompensationsdiskussion zwar nicht umsonst, aber doch, was das Ausmaß betrifft, übertrieben war, weil die Konsolidierungserfolge – wie schon bisher – unterschätzt wurden", betonte der Minister.

Außerdem ließ Lambsdorff erneut seine Bereitschaft erkennen, zur Teilfinanzierung der Einnahmeausfälle eine höhere Neuverschuldung hinzunehmen. In diesem Zusammenhang gab er zu bedenken, daß Staatsdefizit nicht gleich Staatsdefizit sei. Volkswirtschaftlich, konjunktur- oder wachstumspolitisch sei es „etwas völlig Verschiedenes", ob ein zusätzliches Defizit aus höheren Ausgaben resultiere oder daraus, „daß der Staat dem Bürger zurückgibt, was er ihm heimlich abgenommen hat".

Seite 9: Familiengemeinschaft

Iraker schossen offenbar zwei Tanker in Brand

DW. Bahrein

Bei der Blockierung iranischer Seehäfen im Persischen Golf hat Irak gestern erneut einen Erfolg gemeldet. So soll die irakische Luftwaffe nach Auskunft eines Militärsprechers erfolgreich einen Angriff auf „zwei große Schiffsziele" südlich des iranischen Ölhafens Charg gestartet haben. Dazu hieß es am Montag aus Schiffahrtskreisen in Bahrein, auf zwei Tankern seien am Sonntagabend Brände ausgebrochen. Bei den Schiffen handele es sich um die unter iranischer Flagge fahrende „Tabris" und die in Griechenland registrierte „Esperanza". Auch die kuweitische Nachrichtenagentur Kuna meldete gestern einen Luftangriff eines nichtidentifizierten Flugzeugs auf den unter der Flagge Kuweits fahrenden Tanker „Bahra". Der irakische Militärsprecher hatte wieder mit Angriffen auf Schiffe gedroht, die sich den iranischen Häfen näherten.

Auf Charg befindet sich die größte Ölverladeanlage Irans. Das iranische Außenministerium sprach von einer „imperialistischen Verschwörung gegen die Sicherheit im Persischen Golf", die von der Islamischen Republik nicht hingenommen werde.

Die Türkei, die über gute Handelsbeziehungen zu den beiden verfeindeten Staaten verfügt, sieht keine Möglichkeit zur baldigen Beilegung des Golfkrieges. Ministerpräsident Özal sagte in Islamabad, er sehe gegenwärtig keine Aussichten, den „Bruderkrieg" zwischen Iran und Irak zu beenden. Özal hatte das Problem ausführlich mit dem pakistanischen Staatschef General Ziaul Haq besprochen.

Streikfolge: BMW will Werke schließen

Zulieferer der Automobilindustrie vom Arbeitskampf betroffen / „Zynische Taktik"

DW. Stuttgart / Bonn

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wird im Laufe dieser Woche entscheiden, ob er auf den gestern eingeleiteten Streik von 13 000 Metallarbeitern im Tarifgebiet Nordwürttemberg / Nordbaden mit Abwehraussperrungen antworten wird. Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner qualifizierte die Streiktaktik der IG Metall als „brutal, zynisch und infam".

Die Bayerischen Motorenwerke (BMW) kündigten an, am Donnerstag solle die Produktion in den Werken München, Dingolfing, Landshut und Berlin weitgehend eingestellt werden. Begründet wurde dies mit den Schwierigkeiten bei der Zulieferung. Mit dem Betriebsrat würden Vereinbarungen getroffen, an welchen Stellen eine Weiterbeschäftigung sinnvoll sei. Arbeitnehmer, die von der Fertigungseinstellung betroffen seien, hätten keinen Vergütungsanspruch durch das Unternehmen, sagte eine BMW-Sprecherin.

Mit der Einbeziehung der Motorkolbenhersteller „Mahle" und „Kolbenschmidt" hat sich die Gewerkschaft ganz gezielt die wichtigsten Zulieferer für die Motorenproduktion in allen deutschen Automobilunternehmen herausgesucht. Kirchner: Der Streik treffe damit den Konjunkturträger Nummer eins ins Mark. Schon Ende der Woche könnten mehr als eine Million Arbeitnehmer betroffen sein, da in der Automobilindustrie 680 000 Personen und in „automobilnahen" Bereichen weitere 900 000 Menschen beschäftigt seien. Diese auf eine Branche bezogene Streiktaktik führe dazu, „daß man mit den geringstmöglichen Kosten für die Streikkasse der Gewerkschaft der Volkswirtschaft den größten und brutalsten Schaden zufügt, den man ihr überhaupt zufügen kann". Der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr forderte regionale Verhandlungen, um den Arbeitskampf beizulegen. Heute soll der Arbeitgeberseite ein Terminvorschlag gemacht werden. Gesamtmetall hat, ebenso wie die regionale Arbeitgeberorganisation, solche Verhandlungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausdrücklich abgelehnt. Argument: Die Tarifkommission für Nordwürttemberg / Nordbaden habe kein Mandat, den bundesweiten Konflikt zu beenden.

SEITE 2:
Der politische Ansatz
SEITE 3:
Nadelstiche

Unterdessen hat der Vorstand der IG Metall, wie Vorsitzender Mayr bekanntgab, einstimmig beschlossen, auch in Hessen ab kommenden Montag ab null Uhr den Streik auszurufen.

Der IG Metall-Chef ließ gestern keinen Zweifel daran, daß seine Organisation „wenn notwendig in dieser Auseinandersetzung einen langen Atem" hat.

Im Tarifstreit der Druckindustrie wird es erneut zu einem Spitzengespräch kommen. Auf die Frage, ob die IG Druck auf den für Donnerstag von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Termin eingehen werde, antwortete Ferlemann im ZDF: „Sie können davon ausgehen".

Der Kreml spricht jetzt von Drogen

DW. Moskau

Die Sowjetunion hat Spekulationen im Westen, Moskau könnte im Falle neuer „Sicherheitsgarantien" der USA für die sowjetischen Sportler ihr „Njet" zur Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen revidieren, ein Ende gesetzt. Sportminister Marat Gramow nannte die Entscheidung, der Veranstaltung von Los Angeles fernzubleiben, gestern „endgültig".

Mit einem Seitenblick auf einige sowjetische Spitzensportler, die an Gramows Pressekonferenz in Moskau stumm und mit reglosem Gesicht teilnahmen, meinte der Minister und Vorsitzende des Nationalen Olympischen Komitees: „Die Entscheidung ist uns schwer gefallen." Wie ihre internationalen Erfolge unterstrichen, hätten sich die Athleten der UdSSR „buchstäblich bis zu den letzten Tagen" voll vorbereitet.

Gramow erweiterte die Liste von Vorwürfen an die Adresse der USA um die Beschuldigung, es habe Pläne gegeben, sowjetische Sportler in Los Angeles unter Psychodrogen zu setzen, um sie zu überreden, sich von ihrer Mannschaft abzusetzen. Die Zustände in Los Angeles gäben derzeit ein „jämmerliches Bild" ab. „Wollen Sie wirklich, daß unsere Athleten dort in einem Gefängnis leben?" fragte der sowjetische Spitzenfunktionär.

Peter Ueberroth, der Organisationschef der Spiele von Los Angeles, zeigte sich wegen des Drogen-Vorwurfs besonders aufgebracht. Ueberroth: „Das ist eine unverschämte Verleumdung."

Nach den jüngsten Erklärungen aus Moskau scheinen auch die Bemühungen des IOC-Präsidenten Samaranch, die Sowjets zu einer Kursänderung zu bewegen, auf Null gesunken zu sein. Schon richten sich die Fragen auf das Jahr 1988, wenn in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul Olympische Sommerspiele stattfinden sollen.

Über die Möglichkeit, daß die Sowjetunion auch diesen Spielen fernbleibt, wollte sich Minister Gramow gestern nicht äußern. „Lassen Sie uns die Spiele von Los Angeles hinter uns bringen, und dann werden wir über Seoul nachdenken", beschied Gramow Fragesteller. Er wollte auch von Gegen- oder Parallelveranstaltungen des Ostblocks zu Los Angeles nichts wissen.

Seite 5: Commonwealth-Spiele
Seite 7: Nicht beeindruckt

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der politische Ansatz

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seit Montag ist es mit dem Streik bitterer Ernst; doch es fragt sich, ob die Öffentlichkeit ihn noch ernst genug nimmt. Seit Wochen wird das Thema wortreich hin- und hergewendet, so daß jetzt, wo „die Lage da" ist, Abstumpfung, Gewöhnung, ja sogar beginnender Überdruß festzustellen sind. Vor Schlafmützigkeit wird gewarnt. Bei dieser Streikaktion geht es letzten Endes um die Frage, ob die Kraftanstrengung der politischen Wende in Bonn dadurch zunichte gemacht wird, daß die Gewerkschaften die Belastbarkeit der Wirtschaft und des Aufschwungs unmäßig erproben.

Im Arbeitskampf stehen beide Seiten unter dem Gebot, ihre Waffen nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit einzusetzen. Damit ist zugleich gesagt, daß die Gefahr eines „flächendeckenden" Streiks nicht schon deshalb gebannt ist, weil die IG Metall mit Schwerpunktstreiks beginnt. Der Generalstabsplan der Gewerkschaften sieht die Möglichkeit einer immer weiter um sich greifenden Ausweitung vor. Mit der Parole „Solidarität" setzt die Metall-Gewerkschaft in Gelsenkirchen an, um die organisierten Arbeitsverweigerungen über die vom Arbeitskampf direkt betroffenen regionalen Tarifgebiete hinaus zu erstrecken. Und schon kündigt sich an, daß nach der IG Druck und Papier sowie der IG Metall sich die HBV als dritte DGB-Einzelgewerkschaft in das Streikgetümmel wirft. Allmählich wird der ganze DGB vom Fieber des Arbeitskampfes erfaßt.

Anders als die am Arbeitskampf unmittelbar beteiligten Einzelgewerkschaften braucht sich der DGB keine politische Zurückhaltung aufzuerlegen. Als Dachverband ist er nicht Tarifpartei. Vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit kann man vernehmen, worum es den Gewerkschaften wirklich geht. Breit zieht den Streik ins Politische, indem er die Verantwortung immer wieder Bundeskanzler Kohl und Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff unterzuschieben sucht und mit dem Schlagwort vom „Sozialabbau" eine agitatorische Gegenposition zur Bundesregierung bezieht. Dieser unverhohlen politische Ansatz bestimmt den Ernst der Streiklage.

Die Karfreitags-Opfer

Von Carl Gustaf Ströhm

Gäbe es für prominente Politiker aus kommunistischen Ländern eine Skala des Ansehens und des Vertrauens, dann müßte sich der jugoslawische Innenminister und ehemalige Parteisekretär Stane Dolanc jetzt an unterster Stelle wiederfinden. Wenige Tage, bevor er am heutigen Dienstag sein bisheriges Amt niederlegt, um Mitglied des kollektiven Staatspräsidiums zu werden, haben ihn neunzehn führende jugoslawische Schriftsteller und Intellektuelle, darunter Mitglieder der serbischen Akademie der Wissenschaften, aufgefordert, die Verantwortung für das Verhalten der jugoslawischen Staatspolizei bei der Massenverhaftung von Intellektuellen am Karfreitag zu übernehmen und zurückzutreten.

Was die angesehenen Kritiker – unter ihnen der in seiner Heimat als moralische Autorität geltende Dobrica Cosic – Dolanc und seinen Behörden vorwerfen, sind keine Kleinigkeiten. Sie fordern eine Untersuchung des Todes von Radomir Radovic, einem der Verhafteten des Karfreitags, der nach amtlichen Angaben Selbstmord verübt haben soll, was von den Kritikern nicht geglaubt wird. Sie halten dem Innenminister vor, es gebe „begründeten Verdacht", daß Radovic von der Polizei „mit tragischem Resultat" mißhandelt worden sei. Weiter ist zu hören, daß mehrere der Festgenommenen geschlagen wurden und daß einer von ihnen mit den zersplitterten Gläsern seiner Brille einen Selbstmordversuch unternommen hat.

Das sind wenig ermutigende Perspektiven, zumal wenn man bedenkt, daß die meisten der Verfolgten sozialdemokratischen, liberalen oder konservativ-christlichen Ideen nahestehen. Da der Westen von politischen Parteien regiert wird, die genau diese Ideale vertreten, müssen sich Dolanc und die anderen Führer des nach-titoistischen Jugoslawien die Frage gefallen lassen: Was für vertrauensvolle Beziehungen lassen sich zu Jugoslawien aufbauen, wenn dort gleichzeitig mit polizeilicher Brutalität gegen Christliche Demokraten, Liberale und Sozialdemokraten vorgegangen wird?

Eselei in Orce

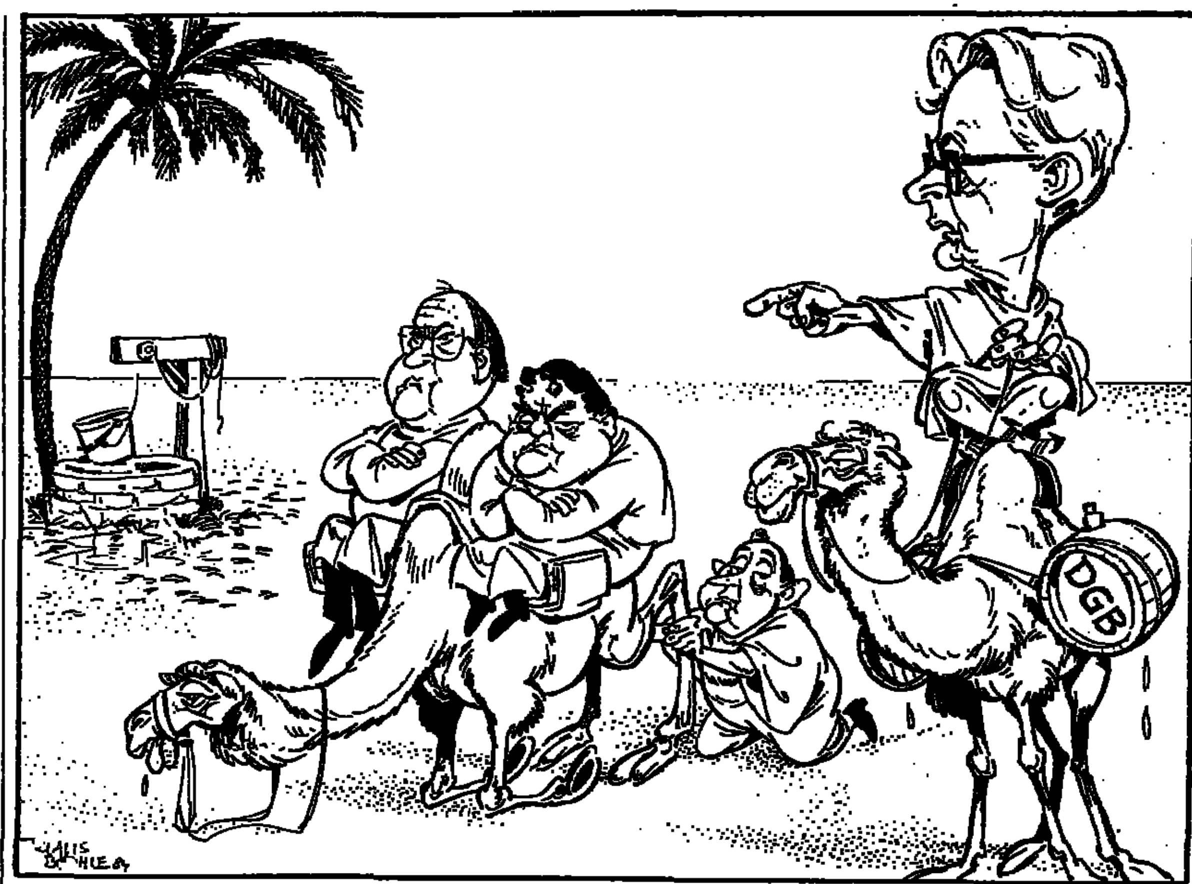
Von Enno v. Loewenstern

Bret Harte, der Dichter des amerikanischen Westens, hat eine hinreißende Ballade jenen Amateurgesellschaften für Archäologie gewidmet, die schon vor hundert Jahren angesichts der erregenden Dinosaurierfunde in Amerika aus dem Boden schossen. In Hartes Poem über die „Society upon the Stanislaus" berichtet ein gewisser Brown über einen Knochenfund aus unvordenklicher Zeit, „als Jones Vertagung heischt, bis er beweist vor Volk und Amt, daß das Skelett von einem *seiner toten Mulis stammt. – Drob* lächelt schmerzlich Brown und bittet Jones in Demut ab: Er habe offenbar geschändet Jones' Familiengrab. – Er war schon recht sarkastisch, dieser stille Mr. Brown; oft hat man wegen seiner Aphorismen sich gehau'n". Und so endete es auch hier.

Dabei ist Harte zehn Jahre vor der Entdeckung des „Piltdown man" gestorben, der 1912 im Gebiet von Piltdown bei Lewes (England) ausgebuddelt und mit dem Namen Eoanthropus dawsoni geschmückt wurde. Er war das genaue Gegenteil der damals nur in wenigen Spuren bekannten menschlichen Frühform Pithecanthropus; „Piltdown man" hatte einen hochentwickelten Gehirnschädel, aber primitive, affenartige Kiefer. Erst in den frühen fünfziger Jahren konnte der Fund endgültig als Fälschung – oder vielmehr: Archäologenscherz mit eingefärbten Knochenfragmenten – entlarvt werden.

Und nun die Tragödie von Orce (Spanien): Das angebliche Schädelfragment eines siebzehnjährigen Jünglings, 1982 gefunden, anscheinend bis zu 1,6 Millionen Jahre alt und damit der weitaus früheste Mensch auf europäischem Boden, stammt in Wahrheit von einem Esel. Die Reinigung des Knochenstücks brachte jetzt die bittere Wahrheit an den Tag.

Das Publikum allerdings fragt sich, warum die Wissenschaft mit solchen verfrühten Hurrarufen – das angebliche Alarich-Grab ist ein weiteres Beispiel – unnütz spätere Blamagen riskiert. Wenn es ein Mensch gewesen wäre, was da mehr als anderthalb Millionen Jahre ruhte, hätte es auch noch ein stilles Jahr zum Zweck der Klärung vertragen. Ansonsten muß das Forscherteam sich nicht grämen. Sie sind nicht die ersten, die einen Esel falsch beurteilten – Dukatenesel eingeschlossen.



Aus sowas trinkt man nicht (mehr)! ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Aus Fehlern lernen

Von Herbert Kremp

Die Amnestie für Parteispenden ist tot, die Regierungsparteien beschäftigen sich nur noch damit, den Schaden zu begrenzen. Sie haben damit alle Hände voll zu tun; denn der Schaden, der schon entstanden ist und noch weiter um sich greifen kann, betrifft Personen, Sachen und Zukunft.

1. Wer aus dem Rathaus kommt, in dem der Amnestieplan geschmiedet wurde, fragt sich, wie es zu der Fehleinschätzung der öffentlichen Meinung zum Komplex „Parteien und Geld" und zu der noch gröberen Fehleinschätzung der Meinung in der FDP kommen konnte: Ist Genscher zu viel auf Reisen, wird Kohl unzureichend beraten? Oder gibt es in den Parteien und in der Öffentlichkeit Strömungen, vor denen die Instinktsicherheit professioneller Politiker versagt?

2. Wer dieses Rathaus verlassen hat, fragt sich, wie weit der bestimmende Einfluß des FDP-Vorsitzenden in seiner Partei reicht. Genscher, der eher zur Vorsicht als zu schnellem Handeln neigt, hatte sich für den Amnestie-Entwurf stark gemacht. Um etwas zu erreichen, muß der Kanzler mit seinem *Partner rechnen können. Nur so* ist die Mehrheit im Bundestag sicher. Der FDP-Vorsitzende verspürt seit einiger Zeit Gegenwind. Die ihn nun zum Abdrehen zwingen konnten, werden sich ermutigt fühlen, in anderen Fällen das Exempel zu wiederholen. Gibt es schon wieder eine Opposition in der Koalition?

3. Wer vor dem Rathaus steht und drinnen das Porzellan zerklirren hört, kann sich natürlich sagen, daß es lediglich das Küchengeschirr der Parteien sei. Für den Bundeskanzler ist es aber wichtig, glaubwürdig darlegen zu können, daß er die Rechtssicherheit im subjektiven Auge hatte und nicht die Klientel der Spender und Spendensammler, als er die Legislative zu bemühen versuchte. Die Spenden-Wende ist seine bislang schwierigste Operation, schwieriger als die Operationen Zwangsabgabe und Kießling/Wörner. Die Begründung, warum ein Amnestiegesetz wie Zieten aus dem Busch lanciert werden mußte, war verständlich mit Blick auf die leeren Kassen von Parteien, die sich nicht von Gewerkschaftsgeldern ernähren können, aber sie war politisch unzulänglich. Die festen Kanzlerworte zum Vorhaben waren nicht gedeckt.

Soweit die Schadens-Feststellung. In der Sache ging es bei der Spenden-Amnestie um einen Gesetzentwurf, der, gemessen an den Problemen des Landes, zu den am *wenigsten wichtigen dieser Legis*laturperiode zählt. Wirkung und Ursache sind aber bekanntlich nicht immer gleich groß. Durch voreiliges, nicht ausreichend bedachtes Handeln wurden Ansehen und Operationsfähigkeit der Regierung auf eine ernste Probe gestellt. Es entsteht ein neues Koalitionsgefühl. Strauß brachte die Worte Verläßlichkeit, Loyalität und Solidarität ins Spiel. Er meint damit die FDP, von der er nichts hält. Der Kanzler, der bislang den entgegengesetzten Standpunkt vertrat, muß zum erstenmal nach der Handlungsfähigkeit des entscheidend wichtigen Koalitionspartners fragen. Wie hoch ist dessen Wert auf die Dauer zu veranschlagen? Was geht bei den Freien Demokraten vor?

*Aufschluß werden die bevorste*henden Parteitage der SPD und FDP geben. Die Opposition, die Sozialdemokraten und die Grünen, haben ein Thema gefunden, mit dem Echo erzielt werden kann. Das frühere Regierungsbündnis hatte es zwar auch einmal mit der Amnestie versucht, aber dies scheint der Vergessenheit anheimgefallen zu sein. Die FDP wirkte damals, 1981, im übrigen kräftig und konfliktfrei mit. Es gab keine Fragen der Moral. Darauf kann sich Genscher in Münster berufen, aber seine Partei will sicher nichts mehr davon hören. Sie will weg von einem Thema, das *ihr anrüchig erscheint. Sie möchte* statt dessen den Wohlgeruch der Wohlanständigkeit auf sich sammeln. Was immer man darunter versteht - es wird der Duft der leeren Kassen sein, denn spenden (auch im Sinne des zusammen mit der SPD verabschiedeten Parteispendengesetzes) wird ihr so bald niemand mehr etwas.



Den Rückzug aus der Sackgasse ermöglicht: Genscher (mit Möllemann) FOTO: KUCHARZ

Für Genscher ist die Sache so weit gediehen, daß er die Herrschaft des imperativen Mandats abwenden muß. Er hat von einer „Gewissensentscheidung" gesprochen und damit den Rückweg aus der Sackgasse freigemacht. An seiner Wiederwahl zum Vorsitzenden ist nicht zu zweifeln. Seine Anhänger sagen mit ihm, ein anderer Vorsitzender sei nicht in Sicht. Seine Gegner in der FDP werden ihn wählen, weil sie glauben, der Parteivorsitzende sei nun festgepflockt und in seinem Radius beschränkt. Die Partei sei stärker geworden, sie sei nicht um-, sondern auf die Seite des Rechtsgefühls gefallen. Dies vermittle ihr auf recht ungewöhnliche Weise eine neue Chance. Die FDP habe einen Vorsitzenden, aber sie sei nicht mehr die Partei des Vorsitzenden, wie es den Anschein hatte.

Die Union wird sich also manches anhören müssen, was ihr mißtönend klingt. Das ändert nichts am Bestand der Regierung. Die Verantwortlichen werden eingestehen, beim besten Willen Fehler begangen zu haben. Die heftige Reaktion, die schließlich zum Rückzug führte, macht ihnen deutlich, mit wieviel Umsicht und Vorsicht man heute verfahren muß, um in der Strömung des Erfolgs zu bleiben. Die Erfahrungen mit dem Amnestie-Entwurf können wichtigeren Gegenständen zugute kommen.

IM GESPRÄCH Lord Bauer

Kritiker der Dritten Welt

Von Manfred Neuber

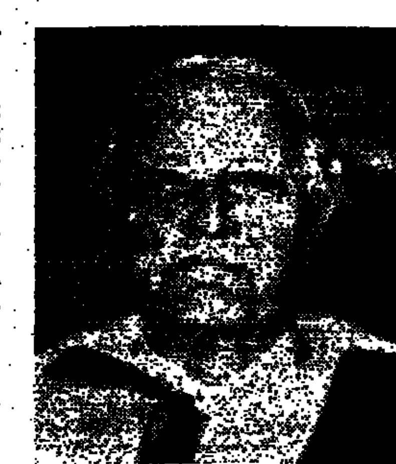
Auf Dritte-Welt-Apostel wirkt der Lord wie ein hartherziger Gelehrter im Elfenbeinturm, nach Ansicht professoraler Kollegen springt er manchmal allzu leichtfertig mit Fakten um – doch in westlichen Regierungskreisen finden die provozierenden Denkanstöße des Peter T. Bauer (70) zur Entwicklungshilfe immer mehr Beachtung.

Einige Kernthesen des emeritierten Wirtschaftswissenschaftlers lauten: Entwicklungshilfe gebiert Korruption und stützt unfähige Regierungen in der Dritten Welt; die Bevölkerungsexplosion in den unterentwickelten Ländern behindert nicht das wirtschaftliche Wachstum, sondern sie fördert es; Bodenschätze sind nicht unbedingt eine Voraussetzung für Wachstum, es kommt ebenso auf die richtige Wirtschaftspolitik an.

Lord Bauer blickt in der Geschichte auf Venedig zurück, und er verweist in der Gegenwart auf Singapur. Dem ist nicht zu widersprechen. Aber er irrt, wenn er behauptet, Kuba habe westliche Hilfe erhalten, und: in anderen Staaten fließe das Geld hauptsächlich in schlecht geführte Staatsbetriebe.

Besonders gern wetzt der streitbare Ökonom seine Feder an der Weltbank und anderen internationalen Institutionen. Sein Freimut ist unter seinesgleichen rar. Das muß wohl die britische Premierministerin Margaret Thatcher für Lord Bauer eingenommen haben (dessen Argumente auch Ronald Reagan zusagen). Im Londoner Außen- und im Kolonialministerium zeigt man sich eher reserviert über den Außenseiter.

Bauer ist ein gebürtiger Ungar, sein Vater war Buchmacher auf Budapester Wett-Plätzen. Vor einem halben Jahrhundert kam er mit geringen *Englisch-Kenntnissen und wenig* Studiengeld nach Cambridge. Später schloß er seine akademische Ausbildung an der Universität London ab. Im Auftrage des britischen Kolonialministeriums arbeitete Bauer in Malaysia und in Westafrika an Wirtschaftsstudien, bevor er als Dozent nach Cambridge zurückkehrte.



Der Lord entschuldigt sich nicht: Bauer FOTO: SAD

Einen Namen machte er sich an der London School of Economics, von der er 1960 einen Ruf erhielt. Dort arbeitete er mit Professor Alan Walters, dem persönlichen Wirtschaftsberater Frau Thatchers, zusammen. Die Regierungschefin erhob Bauer vor zwei Jahren in den Adelsstand. Er verbringt seinen Lebensabend am Montagu Square, unweit des Londoner Marble Arch.

Sein letztes Buch „Realty and Rhetoric, Studies in Economic Development" wurde vom „Times"-Chefredakteur Charles Douglas-Home über den grünen Klee gelobt, weil Lord Bauer der Entwicklungshilfe-Lobby den Boden unter den Füßen entziehe. Gleichzeitig kritisierte Professor John Toye im „Journal of Development Studies" das „niedrige Niveau der Logik und Beweisführung" in Bauers Thesen.

Der Lord sieht sich selbst als Historiker und *gemäßigten Beobachter des* Wirtschaftslebens; auf gar keinen Fall will er sich als Erzfeind der Entwicklungshilfe abstempeln lassen. Aber er sucht die Gründe dafür darzulegen, warum es reiche und arme Länder auf der Erde gibt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nach wie vor ist das Amnestiegesetz ein Hauptthema vieler Zeitungen:

Neue Zürcher Zeitung

FDP-Chef Genscher ist um seine Situation nicht zu beneiden; da er offenbar den Amnestieplan mit der Unionsführung weitgehend im Alleingang abgesprochen hat, konzentriert sich nun die innerparteiliche *Kritik an dem Projekt vor allem auf* seine Person. Ist er nicht zu einem Verzicht auf den Gesetzesentwurf bereit, dann wird ihm eine offene Niederlage in der Partei nach dem jetzigen Stand der Dinge nicht erspart bleiben.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Heftigen Zeiten geht die Koalition also in jedem Fall entgegen. Der Kanzler könnte einiges abmildern, indem er noch diese Woche den Amnestieplan fallen läßt. Er täte seinem Ansehen und dem der Regierungsparteien damit den größten Gefallen.

Frankfurter Allgemeine

Da könnte ein ganz Schlauer auf *die Idee kommen, Kohl* und Genscher hätten den Amnestieplan ausgeheckt, um der FDP, der es schlecht geht, Sympathie und Stimmen zuzuführen. Die Freien Demokraten brächten dann ein unpopuläres Gesetz zu Fall, und die Union könnte sagen, da sei nichts zu machen, der Regierungspartner tue leider nicht mit. Unmut der Union über die FDP würde sich bald legen, Genscher und Kohl würden nach Kräften dazu beitragen. Das klingt interessant, aber so ist es nicht.

Bild

Es gibt nur zwei Wege: 1. Kohl, Genscher, Strauß beerdigen ganz *schnell das dilettantisch vorbereitete* Gesetz. 2. Sie geben die Abstimmung als Gewissensentscheidung frei. Was dabei herauskommt, ist die Entscheidung eines freigewählten Parlaments. Wenn's mit der Amnestie nicht so klappt, wie Kohl und Genscher wollen, geht für beide die Welt nicht unter, die Koalition auch nicht.

Kieler Nachrichten

Wie immer man in der Sache die Amnestiepläne bewertet: Die FDP-Fraktion im Bundestag hat keinen Anlaß, sich als moralischer Saubermann hinzustellen. Sie hat ihren Koalitionspartner – bewußt oder unbewußt? – an der Nase herumgeführt.

Aachener Volkszeitung

Beim Parteitag der Liberalen in den drei ersten Juni-Tagen wird der ohnehin innerparteilich angeschlagene Genscher wohl einen schweren Stand haben, es sei denn, er macht eine Wende. Dann aber ist ein koalitionsgefährdender Krach mit den Unionsparteien unausweichlich.

In Bolivien ruft man schon wieder nach dem Militär

Des Präsidenten verzweifelter Kampf gegen die Inflation / Von Günter Friedländer

Boliviens linksorientierte Gewerkschaften nahmen sich vier Feiertage: Sie erklärten im Anschluß an den 1. Mai einen Generalstreik von 72 Stunden gegen die Wirtschaftspolitik des Präsidenten Hernan Siles Zuazo. Kurz zuvor hatte, auf der anderen Seite des politischen Spektrums, die nationalistisch gesonnene Bauernschaft die Übergabe der Regierung an das Heer mit der Begründung gefordert, daß inmitten des allgemeinen Chaos nur das Heer seine Integrität bewahrt habe. Das allerdings ist zu bezweifeln. Das Heer hatte ja vor achtzehn Monaten den Zivilisten die Macht gerade deshalb zurückgeben müssen, weil die Regierung des Generals Guido Vildoso Calderon Boliviens Sturz in das Chaos nicht verhindern konnte.

Einer der Gründe für den Mißerfolg mehrerer sich ablösender Militärregierungen war das Bündnis der Generäle mit der Mafia bolivianischer Rauschgifthändler, die 1983 die Kokainproduktion auf 903 Tonnen verdoppelt hatte. Die Rauschgifthändler machen das Land mit einer Privatarmee von fünftausend Bewaffneten unsicher, die die Coca-Pflanzungen, die Laboratorien und den Transport des Rauschgiftes beschützen.

Siles Zuazo aber ist es mit seiner linken Koalition der Demokratischen Volksunion nicht gelungen, politische Stabilität herzustellen. Nachdem er in zehn Monaten sein Kabinett dreimal reorganisiert hatte, fiel die Koalition vorübergehend auseinander. Die Gewerkschaft der Minenarbeiter riß illegal die Geschäftsführung der staatlichen Minen (Comibol) an sich. Vergeblich versuchte Siles, die Gewerkschaften durch Institutionalisierung ihrer Mitarbeit in den regierenden Gremien an sich zu binden.

Mit der Staatsautorität verfiel Boliviens Währung. Der offizielle Peso sank von 200 (1982) auf 500 (April 1984) zum Dollar, aber auf dem schwarzen Markt wurden 4100 Pesos für den Dollar bezahlt. Die Inflation stieg auf 960 Prozent im Jahr. Die Regierung konnte im März nicht mehr die Gehälter der Staatsdiener bezahlen.

Das alles ist nichts Neues für Siles Zuazo, der in seiner ersten Regierung (1956–60) an der Spitze der „Nationalistischen Revolutionären Bewegung" (MNR) Ähnliches durchlebt hat. Er versucht es heute mit dem gleichen Heilmittel: mit einer großangelegten Währungsstabilisierung die Wirtschaft zu sanieren. Aber damals hatte er die Mehrheit des Landes hinter sich und konnte deshalb im Gegensatz zu heute ideologische Programme einer weitgehend freien Wirtschaft opfern; die USA stützten mit erheblichen Beträgen die Währung. Heute ist der Partner der Internationale Währungsfonds (IWF), der die Stabilisierung als eine Vorleistung für seine künftige Hilfe ansieht.

Der offizielle Peso wurde im Rahmen eines Stabilisierungspakets von 29 Gesetzen und Dekreten von 500 auf 2000 zum Dollar herabgesetzt. Andere Dekrete setzen neue Preise für lebenswichtige Produkte und Dienstleistungen fest, Preise, die angesichts des neuen Wechselkurses um mehrere hundert Prozent zunahmen.

In der Gehaltspolitik greift Siles mit seinem Wirtschaftsminister Flavio Machicado auf ein in Lateinamerika oft angewandtes Mittel zurück. Um massive Gehaltserhöhungen zu verhindern, wird das monatliche Grundgehalt von 47 257 Pesos (DM 63,77) erhalten und nur durch Zusatzzahlungen ergänzt: 35 742 Pesos (DM 48,25) als Ernährungszuschlag und 14 080 Pesos (DM 19,00) als Transportzuschlag. Das gibt der Regierung bei späteren Gehaltskorrekturen größere Flexibilität, weil sie die Zuschläge von Sozialabgaben und Steuern befreien kann. Die Gehälter sollen alle 120 Tage an die jeweils herrschenden Bedingungen angeglichen werden.

Das alles täuscht den Arbeitnehmer nicht darüber hinweg, daß sein Gehalt nur um 105,42 Prozent angehoben wurde, während die Lebenshaltungskosten um 300 Prozent stiegen. Man versteht, daß der Gewerkschaftsführer Juan Lechin bei den Arbeitnehmern Beifall findet, wenn er die Stabilisierung „einen Keulenschlag gegen das Volk" nennt. Die Minenarbeiter forderten 300 Prozent Gehaltserhöhung und die Absetzung des Präsidenten. Siles' schwache Verteidigung ist, daß sein Programm von bolivianischen Wirtschaftlern und nicht vom IWF ausgearbeitet wurde.

Zum Programm gehören Sozialgesetze wie die Einführung eines durchgehenden Arbeitstages. Das bedeutet nicht nur die Aufgabe der traditionellen „siesta". Man will teure, zeitraubende Anfahrten zum Arbeitsplatz einsparen. Aber meistens steigen dafür die Ernährungskosten. Ähnliche Versuche in anderen lateinamerikanischen Ländern waren unpopulär und nicht wirksam.

Lange Generalstreiks sind in Bolivien ominös. Sie führten oft zum Regierungswechsel. Das letzte Wort über das Schicksal Siles Zuazos ist noch nicht gefallen.

Nadelstiche, die eine Lawine auslösen können

Streik für die 35-Stunden-Woche bei den Metallern in Nordwürttemberg/Nordbaden: Betroffen sind vor allem Zulieferer der Automobil-Industrie, doch die Wirkung wird bald auch andernorts spürbar.

Von WERNER NEITZEL

Der Streik wird doch wohl nicht ins Wasser fallen!", argwöhnt mit einem Schuß Selbstironie einer der mit gelben „Friesennerz" und rotem Helm ausstaffierten Streikposten vor dem Tor 1 der Kühlerfabrik Behr in Stuttgart-Feuerbach. Schon um 5 Uhr morgens haben mehrere Dutzend Streikposten hinter einem langen Transparent mit der Parole „Wir streiken" Aufstellung bezogen und eine undurchdringliche Kette vor dem Werkseingang gebildet.

Der Himmel öffnet zum Auftakt des Schwerpunkt-Streiks in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden seine Schleusen. Der Platz vor dem Verwaltungsgebäude des renommierten Unternehmens, das mit seinen Kühlern und Klimageräten ein wichtiger Lieferant insbesondere für den Automobilkonzern Daimler-Benz ist, füllt sich allerdings nur langsam und eher spärlich.

Kurz vor sechs Uhr erscheint die Frankfurter IG-Metall-Spitze zu ihrem medienträchtigen Auftritt: Vorsitzender Hans Mayr, sein Vize Franz Steinkühler sowie der Stuttgarter Bezirksleiter Ernst Eisenmann, die von den der Dinge harrenden streikenden Arbeitern, Streikposten und Grüppchen aus anderen Betrieben mit Beifall bedacht werden, beeilen sich im Scheinwerferlicht der Fernsehteams immer wieder zu versichern: „Die Streikfront steht."

Dem Betrachter drängt sich indessen der Eindruck auf, daß wohl längst nicht alle zum Streik aufgerufenen Arbeitnehmer zu dieser frühen und unwirtlich naßkalten Stunde – wie es die Zentrale Streikleitung der IG Metall in Stuttgart nahelegte – zum Arbeitsbeginn vor ihrem Betrieb erschienen sind.

Zum ersten Mal seit 1978 wird in der wirtschaftsstarken Region Nordwürttemberg/Nordbaden, die insbesondere durch das Gewicht des überdurchschnittlich gut beschäftigten Großraums Stuttgart geprägt wird, in einigen metallverarbeitenden Unternehmen (14 Betriebe mit rund 1300 organisierten Metallern) die Arbeit für unbestimmte Zeit niedergelegt. Dieser Raum hat wahrlich Streikerfahrung genug: 1963 wurde hier mit der Forderung nach achtprozentiger Lohnerhöhung das erste Mal gestreikt. Diese Arbeitsniederlegung beantworteten die Arbeitgeber erstmals mit einer Aussperrung.

Der nächste „Tanz" fand 1971 statt, damals ging es um die Forderung von 11 Prozent mehr Lohn. 1973 folgte bereits ein weiterer Streik, in dem es um Humanisierung des Arbeitsplatzes und die Sicherung gegen Abgruppierung ging, bis dann 1978 erneut um mehr Lohnprozente (5 Prozent) gestreikt wurde. Auch hier konterten die Arbeitgeber mit Aussperrung. Nunmehr scheint die Region unter lautem Kampfgetöse ein weiteres Mal in die Rolle eines „Pilotlandes" hineinzuwachsen, wenn nicht doch noch zentrale Verhandlungen – wie von den Arbeitgebern gewünscht, aber von Gewerkschaftsseite abgelehnt – zustande kommen.

Die Streiktaktik der IG Metall, die nach eigenem Bekunden eine Strategie der Nadelstiche verfolgen will, zielt darauf ab, mit kleinstem Einsatz den größtmöglichen Effekt zu erreichen. Die Zulieferer der Automobilbranche, auf die der Streik zunächst schwerpunktmäßig gerichtet ist, bietet dafür in der Tat einen „optimalen" Angriffspunkt. Während bei früheren Arbeitskämpfen die Autofirmen jeweils direkt ins Visier genommen wurden und man bei diesen Kampfaktionen auch Zulieferbetriebe – wenn nicht sogar flächendeckend die gesamte metallverarbeitende Industrie – miteinbezog, setzt man jetzt auf indirekte Wirkungen.



Auftakt im Regen: IG-Metall-Chef Mayr (Mitte) und Vize Steinkühler (links) vor dem Tor 1 bei Behr FOTO: STRUMPF/AP

Diese dürften wohl nicht lange auf sich warten lassen. Im Zuge der weitverzweigten Arbeitsteilung in der Automobilbranche genügt das Abkappen wichtiger Zulieferer, um über kurz oder lang reihenweise Montagebänder in den Automobilfabriken zum Stillstand zu bringen. Wenn Kolben für die Motoren fehlen, Ebbe bei den Kühler-Lieferungen eintritt oder wichtige elektrische und elektronische Bauteile ausbleiben, dann kann bald auch kein Auto mehr aus der Montagehalle rollen.

Derartige Fernwirkungen wurden bereits bei den Arbeitskämpfen 1971 und 1973 deutlich, als der zeitweilige Ausfall von wichtigen Zulieferungen aus baden-württembergischen Betrieben (z. B. von Bosch u. a.) zum Stillstand der Bänder bei Opel, Ford und VW, also weitab vom eigentlichen Kampfgebiet, führte. Die Erfahrungen früherer Jahre lehren, daß auch im Vorfeld drohender Streikaktionen aufgebaute Lagerbestände bei den Automobilfabriken nur für eine eng begrenzte Zeit vorhielten.

Von Arbeitgeberseite wird die Gefahr des Flächenbrandes in konkrete Zahlen gefaßt: Danach sieht man in einer relativ kurzen Zeitspanne durch den Streik bei den ausgewählten Zulieferbetrieben des Bereichs Nordwürttemberg/Nordbaden nicht nur die 680 000 direkt in den Automobilfabriken der Bundesrepublik beschäftigten Autowerker bedroht. Hinzu kämen dann nämlich noch weitere rund 900 000 Beschäftigte in anderen Zulieferbetrieben. Alles in allem könnten rund 1,5 Millionen Arbeitnehmer schon bald ohne Beschäftigung sein, eine drohende Lawine.

Die Autofabriken sind durchweg dazu übergegangen, die benötigten Komponenten aus Gründen einer geringeren Kapitalbindung in ihren Lagerbeständen immer kurzfristiger abzurufen. Der Zulieferant muß heute vielfach seine Getriebe, Scheibenwischer-Motoren und so weiter direkt ans Montageband liefern. Um so sicherer ist die IG Metall, die Nadel an der richtigen Stelle angesetzt zu haben.

„Das Tabu der Arbeitgeber muß gebrochen werden", verkündet der vor dem Werkstor stehende Lautsprecherwagen, während Mayr, Steinkühler und Eisenmann den Streikposten die Hände schütteln und für Fotos und Fernsehbilder posieren. Am Rande ein kleines Wortgefecht zwischen einer Einlaß begehrenden Arbeiterin und einem Streikposten, der ihr schließlich bedeutet: „Bleibet Se dahoim, mir streiket jetzt."

Gegen 7 Uhr kommen die ersten Behr-Beschäftigten des Verwaltungssektors zur Arbeit. Sie dürfen die Streikposten ebenso passieren wie die „Azubis", der Notdienst oder die Kunden. Denn streiken tun vorerst nur die gewerblichen Arbeitnehmer. Bezirksleiter Eisenmann läßt sich unterdessen die Kriterien für die Auswahl der 14 Betriebe für den Streik entlocken, bevor er die nächste Stippvisite bei einem anderen bestreikten Betrieb macht: Engagement bei der Teilnahme an Protestaktionen, Organisierungsgrad (über 90 Prozent) und Ergebnis der Urabstimmung.

Die SPD sammelt „Denkzettel" für die Koalition

„Laßt die Wende wackeln", fordert die SPD auf Plakaten zur Europa-Wahl die Wähler auf. Einen „Denkzettel" für Bonn soll es geben. Die Prominenz der Sozialdemokraten geht im Sonderzug auf Stimmenfang.

Von PETER PHILIPPS

Der Bleistift, der das Kreuz auf dem Wahlzettel macht, ist das „Werkzeug der Demokratie", mit dem der Bonner Koalition am 17. Juni ein „Denkzettel" verpaßt werden soll. So sieht es die SPD in ihrem Europa-Wahlkampf. Kein Zweifel: Für sie ist die Wahl vor allem innenpolitisches Instrument. Darüber können auch pflichtschuldigst abgelieferte Bekenntnisse nicht hinwegtäuschen, daß es trotz Butterbergen und Milchseen zur EG eben keine Alternative gebe und „wir nur mit diesem Europa eine Perspektive haben", wie Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel sagt.

In Wahl-Sonderzügen haben sich der Parteivorsitzende Willy Brandt – die erste Europa-Wahl vor fünf Jahren sah ihn noch auf Platz eins der SPD-Kandidatenliste – und der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel auf den Weg quer durch die Republik gemacht, um die Wähler zwischen Schleswig-Holstein und Bayern zu motivieren. Nachts kommt Europa sichtbar aufs Abstellgleis: Der Zug steht, während drinnen Politiker und Troß in den neuen Tag hineinschnarchen.

Hannover: Dumpf dröhnen Pauken durch die Halle des Hauptbahnhofs. Willy Brandt, der seine frühen Wahlkämpfe à la Kennedy bestritten hatte, wird nun im Alter wieder von amerikanischer Vorlage eingeholt: Mit Trommeln und Pfeifen und jungen Mädchen in kurzen Röcken, einen wirbelnden Stock in der Hand, begleitet die örtliche SPD das Partei-Idol auf den Opernplatz. Jubel der dichtgedrängt stehenden Zuschauer in der Fußgängerzone; „Willy, Willy"-Rufe: Der ehemalige Bundeskanzler, über Lautsprecher vor allem auch als Friedensnobelpreis-Träger vorgestellt, hat unverändert seine feste Gemeinde, deren Zuneigung ungebrochen ist. Wenn man die Phantasie ein wenig schweifen läßt, fühlt man eine Stimmung wie ehedem auf dem Rudolf-Wilde-Platz vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin oder auf Wahlkundgebungen des Jahres 1972.

Szenenwechsel nach Neunkirchen im Saarland: Der zur Zeit begabteste Volkstribun unter den jüngeren deutschen Politikern, Oskar Lafontaine, hat die Stimmung in der überfüllten Sporthalle schon angeheizt. Denn hier geht es auch um ihn; im Saarland wie in Rheinland-Pfalz finden am 17. Juni Kommunalwahlen statt. In diese dampfende Halle zieht Hans-Jochen Vogel ein, der kurz zuvor in der unterkühlten Atmosphäre des nur zu einem Drittel gefüllten Festspielhauses von Worms mehr ein Seminar als Wahlkampf zu absolvieren schien. Plötzlich wird auch aus diesem sich sonst eher abkapselnden Mann, der nicht wie Brandt emotional die Massen in seinen Bann zieht, ein Volkstribun, der das von Lafontaine entzündete Feuer weiter anfacht.

Die Themen, die Brandt und Vogel mit ihren unterschiedlichen Temperamenten aufgreifen, sind weitgehend die gleichen: Abrüstung und Arbeitskampf, Bonner Sparbeschlüsse und mehr europäisches Gewicht in der Allianz mit den Amerikanern, die von Bundeskanzler Kohl eingeläutete „geistig-moralische Wende" und in diesem Zusammenhang immer wieder das Thema mit der größten Beifallsgarantie: die vorbereitete Amnestie im Zusammenhang mit Parteispenden. Hinzu kommen bei Brandt die Themen Mittelamerika und Nord-Süd-Konflikt, bei Vogel der kommunalpolitische Akzent.

Auf den Tarifkonflikt (Brandt: „Ein Arbeitskampf ist schließlich kein Jux") und das Thema Frieden und Abrüstung waren offenbar die ohne Manuskript gehaltenen Wahlreden ursprünglich hauptsächlich abgestellt. „Pustekuchen", ruft Brandt unter Beifall immer wieder ins Mikrophon, wenn es um die anvisierten Abrüstungsverhandlungen nach Beginn der westlichen Nachrüstung geht. Die Bundesregierung habe auch hier „sehr viel mehr versprochen, als sie gehalten hat". Und dann kommt der SPD-Vorsitzende mit absoluter Sicherheit zu dem, was Vogel in seinen Reden an der gleichen Stelle als „Lachmuskelschließkrampf" des Bundeskanzlers attackiert: Man könne doch nicht dauernd lächelnd durch die Lande ziehen. Wenn man deutsche Interessen vertrete, „dann muß man doch auch mal auf den Tisch hauen können". Und in Vogels Worten: Wenn es um ernste Themen gehe, dann müsse man auch dem Kanzler „den Ausdruck der Betroffenheit" ansehen können.



Wahlkampf auf Schienen: Willy Brandt FOTO: SVEN SIMON

Mit ironischer Stimme geht es bei beiden Sozialdemokraten weiter: Was denn das für eine geistig-moralische Erneuerung sei, in deren Zeichen zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ein der Bestechlichkeit angeklagter Bundesminister im Amt sei und bleibe, ein „Selbstverteidigungsminister" (so Vogel) nicht seinen Hut nehme und vor allem die Bonner Koalitionspolitiker auf Selbstamnestie-Pläne verfielen, auf die „noch nicht einmal Spezialorganisationen in Süditalien" (Vogel) kämen. Natürlich habe auch die SPD keine weiße Weste, „leider" (Brandt), wird immer wieder unterstrichen, aber da müßten die betroffenen Genossen eben durch und sich, mit der Solidarität der Partei, vor Gericht verantworten. Vogels Schlußappell an die Zuhörer: „Ihr könnt denen in Bonn" am 17. Juni mit dem Stimmzettel „sagen, dieser Staat ist euch nur auf Zeit anvertraut und nicht als Beute und Eigentum".

Die Sache mit dem „Denkzettel" vor allem auch für den Partner von einst, die FDP, die heute von den Sozialdemokraten ob ihrer Wende-Hilfe immer noch mit besonderem Abscheu attackiert wird, hat manchmal allerdings auch ihre Tücken. Als Brandt im Fränkischen wieder einmal auf die Blau-Gelben herzhaft eindrischt und davon spricht, daß die SPD der FDP ehedem im Bündnis wohl „zu sehr nachgegeben" habe, kann ein Neu-Genosse im Festzelt gar nicht klatschen: Günther Verheugen, zur damaligen Zeit Generalsekretär und rechte Hand Genschers.

Im Paradies geht die Angst um – Deutschland paradox

Deutschland und Amerika – das scheinen in mancher Hinsicht zwei verschiedene Welten geworden zu sein. Eindrücke eines Amerika-Korrespondenten auf Heimaturlaub.

Von WERNER THOMAS

Die ersten Eindrücke nach der Rückkehr in die Vereinigten Staaten: Die Zollabfertigung des New Yorker Kennedy-Flughafens dauert eine Stunde. Die Beamten blättern immer noch in dicken Fahndungsbüchern, statt schnell einen Computer zu füttern. Das klapprige Taxi holpert auf unebenen Straßen mit tückischen Schlaglöchern in Richtung Manhattan. Ein museumsreifer Subway-Zug, der vom ersten bis letzten Wagen Graffiti-Kunst präsentiert, quietscht über eine Brücke. Die Fahrt durch den Bezirk The Bronx führt an Häuserruinen, Autowracks und Bergen von Müllsäcken vorbei.

New York, diese so problemreiche wie faszinierende Stadt, ist zwar nicht Amerika. Nach einem Deutschland-Aufenthalt bietet sie jedoch ein krasses Kontrastprogramm: Amerika und Deutschland sind zwei verschiedene Welten geworden. Das hat nicht nur mit Politik zu tun.

Ganz gleich, was Statistiken sagen, ganz gleich, ob „Newsweek" behauptet, die Deutschen hätten den Anschluß an die Revolution in der Mikro-Elektronik verpaßt: Keine andere große Industrienation lebt heute so gut wie die Deutschen. Nirgendwo flanieren bessergekleidete und bessergepflegte Menschen durch die Straßen. Viele junge Leute sehen aus, als würden sie Mannequin- oder Dressman-Schulen besuchen. US-Soldaten in ihrem biederen Zivil fallen schon von weitem auf – wie arme Brüder. Die Eleganz der Geschäfte und die Qualität der Waren übertrifft selbst die vornehmen Boutiquen der New Yorker East Side. Das Karstadt-Gebäude an der Hamburger Mönckeberg-Straße ist im Mai so überfüllt wie das Kaufhaus Bloomingdale's zur Weihnachtszeit. Die Konsum-Maschinerie rotiert auf vollen Touren.

Der Durchschnitts-Amerikaner begegnet weniger Automaten und Computern als der Durchschnitts-Deutsche. Er kennt keine Kartenautomaten an den Haltestellen der öffentlichen Verkehrsmittel. Schnell und rationell – die Deutschen sind ungeduldige Menschen – verläuft die Bedienung in den Geschäften und Supermärkten. In den Supermärkten der USA dagegen packt das Personal auch noch die Lebensmittel in Einkaufstüten, wenn das Geld kassiert ist.

Die „Lebensqualität" ist immer im Gespräch

Die Gespräche in der Bundesrepublik drehen sich viel mehr um materielle Dinge als in den Vereinigten Staaten. Wir sitzen an einem sonnigen Mai-Tag in einem Straßencafé in Karlsruhe und können die Unterhaltung der jungen Gäste an den anderen Tischen mithören, es geht um neue Autos und Motorräder, um Kleidung und Mode, um Mittel der Schönheitspflege. Freunde aus Hamburg und Köln, der oberen Mittelschicht zuzurechnen, sind in der Lage, stundenlang über die letzten elektronischen Errungenschaften zu diskutieren, ohne Ermüdungserscheinungen.

Auffallend, daß der Bereich „Lebensqualität" bei fast allen Unterhaltungen eine Rolle spielt. Der saure Regen und das Waldsterben scheinen jeden Deutschen alarmiert zu haben, unabhängig von seiner politischen Einstellung. Daß die Stadtväter von Idar-Oberstein einen Betonbelag über die Idar legten, um den Verkehrsfluß im idyllischen Zentrum zu beschleunigen, war Gesprächsstoff für Tage. Nirgendwo fand sich eine Sympathisanten-Stimme für die Bauherren.

Die Natur und die Tierwelt haben heute in Deutschland einen höheren Stellenwert als in den USA, auch unter Kindern und Jugendlichen. Viele Deutsche achten plötzlich auf gesunde Ernährung. Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, daß sich Gespräche einmal um Körner, Früchte, Brotsorten und Müsli ranken? Es mag nur eine Welle sein, die wieder abklingt. Aber Amerika wurde davon bisher nicht erfaßt.

Die Deutschen sprechen viel über Politik. Das Interesse an internationalen Ereignissen ist bemerkenswert. Ein Bürger der doch vergleichsweise zweitklassigen Bundesrepublikaner erfährt mehr über die Welt als ein Einwohner der westlichen Supermacht. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten erscheinen in Deutschand informative Provinz-Zeitungen,die auch einmal ausführlicher die Situation in El Salvador behandeln oder Entwicklungen im fernen Asien.

Hier Information, dort Unterhaltung

Die elektronischen Medien sind in Deutschland eine weit wichtigere Informationsquelle als in den USA, wo sie fast nur der Unterhaltung dienen. Amerika wird das möglicherweise einmal bereuen müssen. Die meisten Amerikaner lassen sich ihr Weltbild von den abendlichen Fernsehnachrichten prägen, 30-Minuten-Programme. Die eingeblendeten Werbespots verschlingen jedoch die Hälfte der Sendezeit.

Information in der Bundesrepublik bedeutet aber gelegentlich auch Desinformation. So wie es den Amerikanern öfter an Verständnis für die Entwicklungen in anderen Ländern mangelt, so ist das umgekehrt der Fall in Deutschland. Wer die Rundfunk- und Fernsehnachrichten verfolgt, bekommt den Eindruck, daß Ronald Reagan bald am Ende seiner von schlichten Stereotypen geprägten Präsidentschaft sein wird. Die Realitäten sind jedoch anders: Reagan zählt zu den populärsten Präsidenten der jüngeren Geschichte und braucht sich um seine Wiederwahl trotz seines Alters von 74 Jahren keine großen Sorgen zu machen. Nur: Wieviele Korrespondenten erklären dieses Phänomen?

Ein Kölner Freund bekennt bei einer Unterhaltung über Reagan: „Ehrlich gesagt, ich habe mehr Angst vor Reagan als vor Tschernenko." Kaum vergeht ein Tag, ohne daß dieses Stichwort fällt: Angst. Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Angst vor dem Schulstreß. Angst vor Babys. Wie kann man in dieser ungewissen Zeit noch Kinder in die Welt setzen? wird da gefragt. So ist die Bundesrepublik eine „sterbende Nation" (Franz Josef Strauß) geworden, anders als El Salvador etwa, wo die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung drei Prozent beträgt. Bei einer morgendlichen Sendung des Westdeutschen Rundfunks wurde das Selbstmordproblem unter jungen Deutschen erwähnt. Eine Berliner Sozialarbeiterin erläuterte, daß viele Kinder eben nicht fertig werden würden mit dem Gedanken an die Atomraketen.

Dieses produktive Volk, das aus Schutt und Asche ein Paradies des Wohlstands geschaffen hat, produziert nun plötzlich auch Neurosen. Die Amerikaner mögen sich oft zu wenig Sorgen machen über die Probleme dieser Welt. Die Deutschen verfallen scheinbar dem anderen Extrem. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Amerika in diesen Mai-Tagen des Jahres 1984 vermittelt den Eindruck: Deutschland, du hast es gut, wahrscheinlich auch besser. Du weißt es nur nicht. (SAD)

Barschel gegen mehr Werbung für ARD und ZDF

dpa, München

„Nicht eine Minute mehr als jetzt" an Werbung will der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) den öffentlich-rechtlichen Anstalten ARD und ZDF zugestehen. Dem Branchendienst „*medien-telegramm*" *sagte er, die Werbezeit* müsse eher noch verringert werden. Auf keinen Fall werde er hinnehmen, daß „das Werbeverhalten der Privaten Schrittmacher wird für die Ansprüche der Öffentlich-Rechtlichen".

Barschel bekräftigte seine Bedenken gegen die Zulassung eines zweiten ZDF-Vollprogramms, weil dies einen Verstoß gegen den ZDF-Staatsvertrag darstelle. Auch eine automatische Gebührenerhöhung, wie sie kürzlich der Intendant des NDR, Räuker, erwogen hatte, lehnte Barschel ab. Er begründete dies mit dem Recht der Landtage, über den Gebührenstaatsvertrag zu beschließen (WELT vom 14. 5. 84).

Bekämpfung der Kokainwelle

AP, Bonn

Als vorbeugende Maßnahme zur Bekämpfung einer auf Europa zurollenden Kokainwelle wird im Bundesinnenministerium erwogen, Rauschgiftexperten des Bundeskriminalamtes in die Anbauländer Peru und Brasilien zu entsenden. Bonn wolle im Rahmen des Programms zur Bekämpfung des Rauschgifthandels 1984 anderen Ländern zwei Millionen Mark an Hilfsgeldern zur Verfügung stellen, sagte ein Sprecher. Seit den 70er Jahren seien insgesamt 20 Millionen Mark aufgewandt worden.

Die Anbauländer vertreten den Standpunkt, daß der gewinnbringende Anbau des Kokastrauches nicht unterbunden werden könne, ohne die gesamte Wirtschaftsstruktur zu ändern. Dazu sei Finanzhilfe nötig. Im Bericht einer Bundestagskommission war kürzlich ein sprunghafter Anstieg des sichergestellten Kokain verzeichnet worden: 1982 waren es 18, 1983 bereits 106 Kilogramm.

Honecker um Freilassung gebeten

dpa, Berlin

Mitglieder verschiedener Organisationen, die sich mit der unabhängigen Friedensbewegung in der „DDR" solidarisieren, haben gestern in Berlin erneut die Freilassung der 29 Jahre alten Silvia Göthe gefordert, die im April in Erfurt zu 20 Monaten Haft verurteilt worden war. Die „Solidaritätskoordination gegen politische Unterdrückung in der DDR", in der Mitglieder von SPD, Gewerkschaften und der Alternativen Liste arbeiten, hat den Staatsratsvorsitzenden Honecker um die Freilassung der Frau gebeten. Sie habe bereits mehrere Selbstmordversuche unternommen und sei in schlecher gesundheitlicher Verfassung. Silvia Göthe hatte nach Angaben der „Solidaritätskoordination" an Aktionen von Friedensgruppen in Jena und Apolda teilgenommen.

NRW will Rückstand in der Computer-Industrie aufholen

Von Rau angeregte „Landesinitiative Technologie" soll Rahmenbedingungen verbessern

WILM HERLYN, Mülheim

Das Hickhack um ein neues Fraunhofer-Institut für Mikroelektronik an der Gesamthochschule Duisburg zeigt so recht, wie es um Forschung und Herstellung in Sachen zukunftsträchtiger Technologien im bevölkerungsreichsten Bundesland steht: Nachdem ein erster Interessent für die Leitung des Instituts von dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth nahezu körperlich festgehalten wurde und ein zweiter auch trotz verlockendster Angebote nicht bereit war, aus den USA an den Rhein zu kommen, fand sich nach langer Suche Professor Günter Zimmer bereit. Der ist – ohne Zweifel – renommiert und hochqualifiziert auf dem Gebiet der Mikroelektronik. Er arbeitete zuvor in Dortmund.

Der zuständige Minister – Rolf Krumsiek – durfte erleichtert aufatmen. Für ihn ist es der Anfang seines Rezeptes, zukunftsträchtige Forschung in das Land zu ziehen, um dann die Ergebnisse zu nutzen und die zum großen Teil überalterte Industrie-Struktur zu modernisieren und damit die Wirtschaft anzukurbeln. Das Fraunhofer-Institut gerade in Duisburg anzusiedeln, sozusagen mitten ins Ruß-Land, ist dabei nur logisch. Denn gerade hier ist täglich deutlich, wie verhängnisvoll sich das Festhalten *an der Monostruktur von* Eisen, Kohle und Stahl auswirkt. Dazu muß man wissen, daß die Fraunhofer-Gesellschaft eine eigenständige Institution ist, die vorwiegend zweckgerichtete Forschung betreibt, ihre Ergebnisse demnach auch vermarkten und sich deshalb zum Teil auch selbst finanzieren kann.

Ein anderes Beispiel ist das privat*wirtschaftlich, aber ebenso mit Lan*deshilfe unterstützte Modell „Zentrum für Innovation und Technik" (Zenit) in Mülheim. Dessen Ziele wurden jetzt von dem Gründer Peter Dietz, ein Mülheimer Computer-Experte und Unternehmer, und von NRW-Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen vorgestellt. Das Zentrum wird zu je einem Drittel vom Land, einem Bankenkonsortium und der Industrie finanziert und soll vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen neue Wege zu modernsten Fertigungstechnologien weisen. Dabei ist angestrebt, daß Zenit die Unternehmen mit den weltweit aktuellsten Informationen versorgt und die Kontakte zwischen Firmen und Spezialisten aus Praxis und Hochschul-Forschung herstellt.

Das Zentrum soll auch die Plattform bilden, auf der mehrere Unternehmen gemeinsam Wege zur Lösung gleichgelagerter Innovations-Aufgaben suchen. Es soll den Zugriff zu internationalen Patent-, Wirtschafts-, Markt- und Technologie-*Datenbanken gewährleisten. Damit* können modernisierungswillige Unternehmen erfahren, welche eigenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sie durch den Kauf von Lizenzen oder Patenten ersparen können.

Die Erkenntnis vor allem auf seiten der Politik, daß auf diesem Gebiet viel mehr getan werden muß, dämmert gerade den seit knapp 15 Jahren *regierenden Sozialdemokraten nur* langsam. Dabei verweisen die Sozialdemokraten aber auch auf die Großindustrie an der Ruhr, die mit ihrer Grundstückspolitik mauerte und Liegenschaften ansiedlungswilligen Unternehmen verweigerte. Sie verweisen auch auf die „zu enge Verflechtung der Industrie mit der Kommunalpolitik".

Beispiele für negative Strukturpolitik finden sich zuhauf: Die Ford-Werke, die gerne – neben Opel in Bochum – eine Niederlassung im Revier gegründet hätten, oder die Ansiedlungspläne von BMW, sogar die Vorhaben des amerikanischen Com*puter-Riesen IBM, nach Nordrhein-*Westfalen zu kommen, scheiterten an der starren Haltung der Montan-Industrie. Sie wanderten ab ins Saarland, nach Belgien und in den süddeutschen Raum.

Und obwohl Nixdorf in Paderborn als Nummer eins im Computerbau gilt, kommen doch nur zehn Prozent der Produktion auf diesem Gebiet aus dem Land zwischen Rhein und Ruhr. Auch das Fazit von Ministerpräsident Rau sieht zumindest in der Mikroelektronik düster aus: „Die NRW-Wirtschaft wird in absehbarer Zeit keine wesentliche Rolle bei der Herstellung von Halbleitern und integrierten Schaltungen spielen." Diese beiden Sparten gelten aber als die wichtigsten Zukunftstechnologien.

Eine Arbeitsgruppe in der Staatskanzlei stellte jetzt fest: „Große Anstrengungen werden sich auf die kurzfristig zu erreichende Anwendung dieser Techniken hier im Lande richten müssen." Eine „Landesinitiative Technologie", von Rau initiiert, soll nun die Rahmenbedingungen verbessern.

Das alles aber konnte den Mathematik-Professor Gerd Faltings, derzeit Dekan an der Bergischen Universität und Gesamthochschule Wuppertal, nicht mehr an dieser Hochschule halten. Er nahm jetzt ein Angebot aus den USA an. Dem als „deutsches Rechengenie" apostrophierten 29jährigen Faltings liegen Angebote der renommierten Universitäten Harvard, Berkeley und Princetown vor. Minister Krumsiek blieb nichts anderes übrig, als „Verständnis" für den Schritt des Professors zu zeigen.

Thema Generalsekretär belastet FDP-Parteitag

Der dreitägige Kongreß droht unter Zeitdruck zu geraten

STEFAN HEYDECK, Bonn

Auf dem 35. ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokraten in Münster sollen die 400 Delegierten über ein fast ein Kilogramm schweres Antragspaket entscheiden. Die insgesamt 117 Anträge werden jetzt von der FDP-Zentrale den Gliederungen zu Vorberatungen zugeleitet. Sie sollen noch vor dem am 1. Juni beginnenden dreitägigen Kongreß offiziell von Generalsekretär Irmgard Adam-Schwaetzer vorgestellt werden.

Bei seiner Arbeit wird der Parteitag unter erheblichen Zeitdruck geraten. Denn der erste Tag ist nach der Planung ausschließlich der Grundsatzrede von FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher, einer Aussprache darüber und der turnusmäßig anstehenden Neuwahl der gesamten Parteiführung vorbehalten. Am zweiten Tag steht als Schwerpunktthema die Verabschiedung eines Grundsatzprogramms auf der Tagesordnung.

Die Arbeit der Programmkommission, die vom Bundesvorstand in einem 28seitigen Leitantrag eingebracht wird, stellt „Grundsätze und Perspektiven liberaler Bildungs- und Kulturpolitik" sowie „gesellschaftspolitische Grundsätze" fest. Dazu liegen bereits drei Änderungsanträge von einer Gruppe von 25 Delegierten, dem Landesverband Bayern und dem Bezirksverband Oberbayern vor. Sie reichen von einer Vertagung der Ab*stimmung über die Grundsätze*, weil sie noch weiter in der Partei beraten werden sollten bis hin zu ihrer Ablehnung, weil es gegenwärtig keinen Anlaß zum Ersetzen der existierenden FDP-Programme gebe.

Zu einer kontroversen Diskussion könnte es auch über die sowohl aufgrund des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes als auch der leeren *Kassen erforderlichen* Satzungsänderung kommen. Hier tritt die FDP-Führung dafür ein, den Mindestbeitrag erstmals einheitlich für alle Landesverbände auf zehn Mark anzuheben und dann eine Staffelung nach dem Einkommen herbeizuführen. Dabei sollen zehn Prozent der Beiträge an die Bundespartei abgeführt werden, die sich bisher ausschließlich durch die Wahlkampfkostenerstattung und Spenden finanziert. Klar geregelt werden soll auch, welche Spenden künftig unzulässig sind und wie mit ihnen zu verfahren ist. So heißt es in der Vorlage unter anderem, derartige Zahlungen „sind unverzüglich an den Bundesschatzmeister zur sofortigen Übergabe an das Präsidium des Deutschen Bundestages weiterzuleiten".

Am letzten Tag soll sich der Münsteraner Kongreß, der auch wegen der Europawahlen am 17. Juni um rund ein halbes Jahr vorverlegt worden ist, in erster Linie mit Fragen der europäischen Politik der Liberalen befassen. Dazu liegen bereits 17 Anträge vor, die von der Forderung nach einer Europäisierung der Entwicklungspolitik über die Abschaffung der Grenzkontrollen in der EG und eine gemeinschaftliche Gesundheitspolitik bis hin zur Errichtung von europäischen Rundfunk- und Fernsehanstalten reichen.

Schließlich wird in zwei Anträgen der Unmut darüber zum Ausdruck gebracht, wie bisher die Frage der Nachfolge für die nicht mehr als Generalsekretär antretende Irmgard Adam-Schwaetzer in der Partei behandelt wurde. Nach der Forderung der rheinland-pfälzer Liberalen soll Parteichef Hans-Dietrich Genscher seinem Kandidaten die Möglichkeit zur Vorstellung in den Gliederungen geben. Der Bezirksverband Nordschwarzwald „empfiehlt" sogar, das Amt „vorläufig" nicht zu besetzen.

„Kostendämpfung geht zu Lasten der Sozialversicherten"

pje. Aachen

Die Sozialpolitik der Bundesregierung stößt auf heftige Kritik der deutschen Kassenärzte. Die Fortsetzung des „Jonglierens mit zweckgebundenen Mitteln" und die Politik nach Art eines „Verschiebebahnhofs" sei zur „Erbsünde der Regierungen geworden", sagte der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Hans Rolf Muschallek, auf der Vertreterversammlung seiner Organisation gestern in Aachen.

Einen Tag vor dem heute beginnenden 87. Deutschen Ärztetag warf Muschallek der Bundesregierung vor, ihre Versprechungen nach der Wende gebrochen zu haben. „Durch Einnahmeminderungen werden der gesetzlichen Krankenversicherung nach wie vor Mittel in Milliardenhöhe entzogen, um die Rentenversicherung abzustützen." Nie zuvor sei die ärztliche Versorgung der Sozialversicherten so einseitig unter dem Blickwinkel der Kostendämpfung beurteilt worden wie heute, sagte Muschallek weiter. Zwar sei der durchschnittliche Beitragssatz von zwöf Prozent im Jahre 1982 auf 11,46 Prozent 1983 gesunken, was zu einer Minderung der Beitragseinnahmen in Höhe von 4,5 Milliarden Mark geführt hätte. Doch sei im wesentlichen die Arbeitgeberseite entlastet worden.

Die Versicherten dagegen würden durch Zuzahlungen für diverse Leistungen oft erheblich stärker belastet, als sie durch die Beitragsminderung entlastet worden seien.

Entscheidung verzögert sich

dpa, Bonn

Eine Entscheidung des Bonner Landgerichts über den Antrag der Staatsanwaltschaft, Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) im Zusammenhang mit der Flick-Parteispendenaffäre wegen Bestechlichkeit anzuklagen, wird nach Angaben des Pressedezernenten Brenner nicht mehr im Mai fallen. Brenner teilte mit, daß Lambsdorff und den übrigen vier Beschuldigten eine abschließende Frist zur Stellungnahme bis zum 20. Mai eingeräumt worden sei. Diese Einlassungen müßten dann erst noch geprüft werden.

Ebenfalls angeklagt wegen Bestechlichkeit sind der frühere Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und der ehemalige NRW-Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer (beide FDP) sowie wegen des Vorwurfs der Bestechung die früheren Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch und Manfred Nemitz. Brenner wies entschieden Spekulationen zurück, es gebe bereits ein „Papier" des Landgerichts, wonach gegen Lambsdorff keine Anklage erhoben werde, sondern nur gegen die vier übrigen Beschuldigten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Der Stuttgarter Landtag verabschiedet seinen Ältestenrat

Von XING-HU KUO

Der Baden-Württembergische Landtag hat von einer 75 Jahre alten Institution und Tradition Abschied genommen: Mit großer Mehrheit hat das Stuttgarter Parlament dieser Tage den „Ältestenrat" abgeschafft. Dieses Gremium hatte – 1909 erstmalig im Württembergischen Landtag entstanden – bis jetzt gemeinsam mit dem Landtagspräsidium die Führung des Parlaments gebildet, wie dies heute noch in den meisten anderen Bundesländern und Stadtstaaten nach wie vor der Fall ist.

Der jetzt verabschiedete Gesetzentwurf war eine Initiative aller im Landtag vertretenen Parteien (CDU, SPD, FDP und Grüne), deshalb die fast einstimmige Entscheidung der Stuttgarter Volksvertretung. Nunmehr werden der entsprechende Paragraph der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages im Sinne des Beschlusses geändert. Künftig wird nur noch das Präsidium die Geschicke des Stuttgarter Parlaments lenken. Mit dieser Entscheidung verabschiedet sich der alte Landtag, sie war seine letzte Amtshandlung. Im Juni konstituiert sich der am 25. März neu gewählte Landtag.

In der ersten Lesung des Änderungsvorschlags – noch im alten Landtag von Baden-Württemberg – hatte Landtagspräsident Erich Schneider (CDU) die interfraktionelle Initiative mit dem Hinweis begründet, daß das Nebeneinander von zwei Organen mit Leitungsaufgaben „nicht den Erfordernissen einer effektiven und rationellen Wahrnehmung der Führungsaufgaben im Parlament" entspreche. Deshalb müsse die Leitungsebene des Hauses „neu gestaltet" und vereinheitlicht werden.

Wie auch in den meisten anderen Bundesländern hatte der Ältestenrat im Stuttgarter Landtag vor allem die Beratungsabläufe von *Plenarsitzun*gen und die Gestaltung des Sitzungsplans übernommen. Das Präsidium wiederum war mit der Verwaltungsseite befaßt, beispielsweise mit Haushalts- und Personalfragen. In der Vergangenheit hat es nicht selten Kompetenzschwierigkeiten zwischen den beiden Leitungsgremien gegeben. Der Landtagspräsident bezeichnete diese Probleme allerdings als „nicht nennenswert"

In dem künftigen einheitlichen Führungsgremium, dem Präsidium eben, würden dann die Aufgaben zusammengefaßt. Dies sei, so Schneider



weiter, „sinnvoll, weil sich diese Aufgabenbereiche oft gar nicht trennen lassen". Es gehe deshalb bei diesem Beschluß darum, dem Parlament ein „sinnvolles Management" zu verschaffen. Schneider erinnerte daran, *daß der Deutsche Bundestag bereits* vor 15 Jahren (1969) einen ähnlichen Beschluß gefaßt hat.

In den meisten anderen Bundesländern hält man an der Existenz dieser zwei Leitungsgremien fest. Eine Abschaffung des Ältestenrates wird nicht geplant. Auch wird generell ein gutes Einvernehmen zwischen Präsidien und Ältestenräte bescheinigt.

In Berlin beschließt das Präsidium des Abgeordnetenhauses „in allen inneren Angelegenheiten" des Hauses, „soweit sie nicht dem Präsidenten vorbehalten sind". Dieses wichtigere der beiden Gremien hat ferner die Aufgabe, im räumlich schlecht ausgestatteten Rathaus Schöneberg die begehrtesten Plätze zu verteilen. Der Berliner Ältestenrat hat hingegen eine mehr repräsentative Funktion, er achtet auf den ordentlichen Ablauf der Debatten, was gelegentlich gerade in Berlin notwendig ist.

Im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen hat es im Gegensatz zu Baden-Württemberg ebenfalls noch keine Überschneidungen und Kompetenzschwierigkeiten gegeben. *Das Präsidium regelt alle Verwal*tungsangelegenheiten, in erster Linie den Vorschlag des Etattitels 01 (Landtag), der Ältestenrat in Düsseldorf ist für alle parlamentarische Fragen zuständig: von Rederecht, Sitzungsabläufen bis hin zu Auslandsreisen.

Im Saarland gibt es seit 1980 kein Gremium mit dem Namen „Ältestenrat". Allerdings wurde jenes Führungsgremium nicht abgeschafft, sondern in ein „erweitertes Präsidium" lediglich umbenannt. Ein Landtagssprecher: „In einem so kleinen Landtag wie in Saarbrücken mit nur 51 Abgeordneten ist die Zusammenarbeit einfacher." Trotz gelegentlicher kleiner Meinungsunterschiede kämen sich Präsidium und erweitertes Präsidium so gut wie nie in die Quere. Das Präsidium besteht nur aus fünf, das erweiterte Gremium aus acht Personen. Zum Vergleich: Das Präsidium im Stuttgarter Landtag besteht aus 16, der Ältestenrat gar aus 17 Mitgliedern.

Auch die Bremer Bürgerschaft weist eine Besonderheit auf: Das dortige *Präsidium hat „erweiterte Funktionen"*. Jedoch gibt es vor jeder Plenarsitzung eine „interfraktionelle Besprechung", die ähnliche Aufgaben wahrnimmt wie der formell nicht existente „Ältestenrat", so ein Sprecher der Bürgerschaft.

Commonwealth-Spiele ohne Großbritannien?

Apartheid-Gegner drohen London mit Ausschluß

FRITZ WIRTH, London

Im Windschatten des sowjetischen Olympia-Boykotts haben sich die Boykott-Trittbrettfahrer zu Wort gemeldet. „Sanroc", das „Südafrikanische nichtrassische Olympia-Komitee", hielt den Zeitpunkt für günstig, sich selbst wieder einmal in die Schlagzeilen zu bringen und drohte den Ausschluß der Engländer von den nächsten Commonwealth-Spielen an.

Sam Ramsamy, der Vorsitzende von „Sanroc", begründete den angedrohten Ausschluß mit dem Vorwurf, daß die Regierung Thatcher nicht genug unternommen habe, die Reise einer britischen Rugby-Mannschaft nach Südafrika zu unterbinden, die in dieser Woche startet. Man erinnert sich: Im Jahre 1976 nahmen eine Reihe schwarzafrikanischer Staaten das Gastspiel einer neuseeländischen Rugby-Mannschaft nach Südafrika zum Anlaß, die Olympischen Spiele in Montreal zu boykottieren.

Die Drohung „Sanrocs", einer inoffiziellen aber sehr militanten und wirksam operierenden „pressure-group", die Engländer von den nächsten Commonwealth-Spielen im Jahre 1986 auszuschließen, ist nicht ohne Pikanterie. Denn diese Spiele werden von den Schotten in Edinburgh inszeniert, die bei Commonwealth-Spielen als eine selbständige Nation geführt werden. Die Engländer bei Spielen auf britischem Boden vor die Tür zu setzen, wäre nicht nur eine höchst provokante Bestrafung, es würde auch die britische Königin als Schirmherrin und Eröffnerin dieser Spiele in beträchtliche Verlegenheit bringen.

Minenfeld des Sports

Zum Ausschluß der Engländer ist eine Zweidrittelmehrheit der 55 Teilnehmer der Commonwealth-Spiele nötig. Sam Ramsamy behauptet, diese Mehrheit bereits in der Tasche zu haben. Die nächste Sitzung dieser Föderation der Commonwealth-Spiele findet am 26. Juli in Los Angeles statt.

Die Sportbeziehungen innerhalb des Commonwealth sind seit Jahren ein einzigartiges sportpolitisches Minenfeld. In der Theorie werden sie durch das sogenannte „Gleneagles-Abkommen" geregelt, das alle Commonwealth-Regierungen auffordert, ihre Sportler und ihre Teams von Sportkontakten mit Südafrika abzuraten. In der Praxis jedoch ist dieser Sportverkehr voller Widersprüche und Ungereimtheiten.

So wurden eine Reihe britischer Cricket-Stars, die vor zwei Jahren inoffiziell in Südafrika auftraten, vom britischen Cricket-Verband für drei Jahre aus der britischen Nationalmannschaft ausgeschlossen. Diese Härte der britischen Cricket-Behörde jedoch basierte auf reiner Zweckmäßigkeit. Hätte sie nicht so reagiert, wäre ihr gesamtes internationales Länderspielprogramm zusammengebrochen. Die Briten hätten künftig nur noch gegen Australien und Neuseeland Cricket spielen können.

Verschiedene Maßstäbe

Andererseits können andere britische Sportler wie Golf- und Tennisstars und Automobilrennfahrer seit Jahren ungestört in Südafrika auftreten, ohne daß irgend jemand Laut gab und Boykottdrohungen aussprach. Hier wird also offensichtlich mit verschiedenen Maßstäben gemessen und das hat die Apartheid-Wachhunde von „Sanroc" Ansehen und Reputation gekostet. Das Problem der britischen Commonwealth- und Olympia-Sportbehörden: weder Rugby noch Cricket sind olympische und Commonwealth-Sportarten. Sie haben also gar keine Möglichkeiten, auf diese Verbände einzuwirken.

Und die britische Regierung kann nicht mehr tun, als im Sinne des höchst unpräzisen „Gleneagles-Abkommens" vom Sportverkehr mit Südafrika abzuraten. Niemand jedoch kann gezwungen werden, diesem Rat zu folgen. Nach dem gleichen Muster lief denn auch der britische Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau ab. Die Regierung Thatcher riet den britischen Olympiern dringend von der Teilnahme in Moskau ab, die Sportler jedoch ignorierten den Rat, starteten und trugen mehr Medaillen nach Hause, als sie jemals erhofft hatten. Es war ein Meisterstück britischen Pragmatismus: Die Sportler waren zufrieden und die Regierung hatte ihre Pflicht getan und ihr Gesicht gewahrt.

Die Schlacht im Panschirtal ist noch nicht entschieden

Schicksalstage für die Freiheitskämpfer in Afghanistan, aber auch für die Rote Armee / Moskau verstärkt seine Truppen auf 200 000 Mann

Von WALTER H. RUEB

Die Schlagzeilen der Weltpresse über Afghanistan zeigen, daß außer der Roten Armee auch pro-sowjetische Propagandisten ihre Aktivitäten verstärkt haben: Vielfach ist von großen militärischen Erfolgen der Sowjets, von einer bevorstehenden Niederlage der Freiheitskämpfer zu lesen. In Wirklichkeit wiederholt sich bei der Frühjahrsoffensive der kommunistischen Weltmacht im wildzerklüfteten Panschirtal gegenwärtig, was bei früheren Offensiven bereits der Fall war: Die Mudjahedin sind vor der gigantischen Kraft ihrer Gegner in die unwegsamen Höhen der Berge und Seitentäler zurückgewichen.

Der taktische Rückzug verlief nach Plan. Vorher hatte Guerillaführer Ahmed Schah Massoud, der legendäre „Löwe vom Panschirtal", die Zivilbevölkerung aufgefordert, das Tal zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen. Die Evakuierung der Bevölkerung beweist, daß die rote Frühjahrsoffensive für die Guerilla nicht überraschend kam. Überrascht hat jedoch die Wucht des Angriffs: Flächenbombardements durch eine ganze Armada von Flugzeugen, konzentrisches Feuer schwerer Artillerie, der Einsatz von 20 000 sowjetischen und afghanischen Infanteristen, 8000 sowjetischen Fallschirmjägern und 800 Panzern.

Bereits Anfang April waren die Angriffsvorbereitungen der Sowjets zu beobachten: Sie verlegten in den südlichen Sowjetrepubliken 36 Mittelstreckenbomber des Typs SU 16, ebensoviele des Typs SU 17 und rund 60 Jagdbomber des Typs SU 24 auf Stützpunkte entlang der sowjetisch-afghanischen Grenze. Am 20. April begann die taktische Bombardierung des Tals, am 21. setzte sich am südlichen Taleingang bei Gulbahar die Invasionsarmee in Marsch, am 23. April sprangen 8000 Sowjetarmisten von der 105. Luftlandedivision im Kampfgebiet ab. Die Fallschirmjäger verfügen bei ihren autonomen Operationen sogar über eigene kleine Panzer. Nach Ansicht von Beobachtern ist es ihre Aufgabe, eine Rückkehr der Freiheitskämpfer ins Tal zu verhindern und dieses damit endlich der Kontrolle der Guerilla zu entziehen.

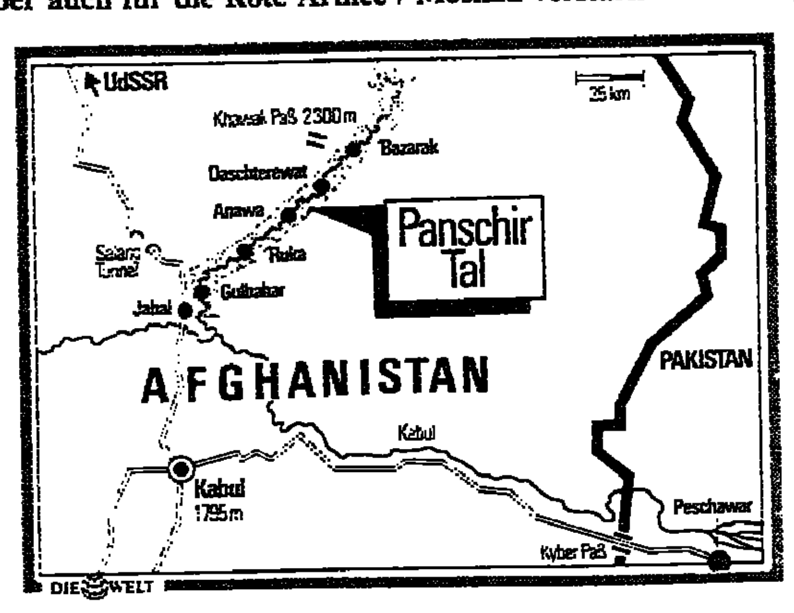
Die gegenwärtig laufenden Operationen im Panschirtal als „Entscheidungsschlacht am Hindukusch" zu bezeichnen, ist übertrieben. Der afghan... vor st... Widerstand ist nach wie waffne... motiviert und besser bedoch ei... n je. Unbestreitbar ist jesen. Sie ... ärtere Gangart der Russen ... dem We... t im Zusammenhang mit Setzte de... an der Spitze im Kreml: und ehem... storbene Parteisekretär bei der ... KGB-Chef Andropow Afghanen ... gführung gegen die Verrat, Sa... allem auf Infiltration. sucht es de... ge und Terror, so versucht es ... ue Kreml-Chef offenbar mit ehe... in militärischen Mitteln.

Burhanud... Rabbani, politischer Chef der im P... chirtal bis heute unbesiegten Mu... edin sagte kürzlich in Paris, der ... KP-Chef Tschernenko sei kein ... und subtiler Mittel sondern „ein A... änger der brutalen Gewalt und de... rten Faust". Rabbani, ehemals Th... ogieprofessor und heute im pakista... chen Exil Führer der fundamenta... schen Partei Jamiat Islami, teilte ... ßerdem mit, daß das sowjetische ... ppenkontingent in Afghanistan in ... letzten Monaten um 80 000 Man... rstärkt worden sei und jetzt mehr ... 200 000 Mann zähle.

Nach Informatio... von Guerillaführer Junos Khale... n Peschawar soll dies auch der so... tische General bestätigt haben, ... r den Freiheitskämpfern in die ... nde fiel und von ihnen später ersc... ssen wurde. Er habe vor seinem To... nthüllt, daß das sowjetische Inte... ntionsheer mittlerweile fast eine ... rtelmillion Mann umfasse, daß die... aber ein Zeitlimit für die Erled... ng seiner Aufgabe „bei der Befrie... g Afghanistans" gesetzt worden s... Beim sowjetischen Oberkomman... könnten außerdem je nach Bedar... Truppen angefordert werden, die in ... n südlichen Sowjetrepubliken ... tioniert sind.

Die „Schicksalstage für d... afghanischen Widerstand" sind ... edoch ebensosehr Schicksalstage ... r die Rote Armee: Gelingt es ihr wi... erum nicht, das Panschirtal zu erob... n, so könnte dies ein entscheidende... ückschlag für jene Militärs in M... kau bedeuten, die den Kreml-Herre... unentwegt einhämmern, allein di... Armee sei in der Lage, das Afghani... n-Problem aus der Welt zu schaffen ... in neuer militärischer Mißerfolg der ... oten Armee im Panschirtal würde ... n Befürwortern einer politischen L... sung dagegen Auftrieb geben.

Das rund 150 Kilometer lange un... enge Panschirtal war schon vor dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ein Zentrum des Widerstands gegen die politischen Machthaber in Kabul. Ab Mitte der 70er Jahre diente es den islamischen Fundamentalisten als Bastion im Kampf gegen den prosowjetischen Staatschef Mohammed Daud, später als Stützpunkt gegen Taraki und Amin.



Das Tal öffnet sich 90 Kilometer nördlich von Kabul auf die für den Nachschub der Russen lebenswichtige afghanische Ringstraße: nach Norden über Saiangpaß und -tunnel, nach Süden vorbei am größten sowjetischen Militärflughafen Baghram in Richtung Kabul und weiter in den Süden des Landes. Vor der Invasion der Sowjets lebten im Tal 200 000 Menschen, in der Hauptsache Tadschicken; jetzt sind es nur noch 50 000. Das Tal war für seine reichhaltigen Ernten und Lapislazuli-Schätze bekannt. Heute sind die Felder nach sechs großen sowjetischen Offensiven verheert, die Dörfer zerstört und weitgehend unbewohnt.

Zwischen Juni 1980 und Herbst 1932 versuchten die Sowjets sechsmal, die Freiheitskämpfer des Ahmed Schah Massoud zu besiegen und das Tal zu erobern. Allein im Sommer 1980 unternahmen die Russen drei vergebliche Angriffe. Beim Versuch, die steile und gefährliche Serpentinenstraße hinauf nach Ruka zu besetzen, erlitten sie besonders schwere Verluste. Tagelang hatten sie damit zu tun, die von den Mudjahedin auf die Straße gestürzten tonnenschweren Felsbrocken wegzuräumen, um ihren Panzern freie Fahrt zu verschaffen.

Im Jahre 1981 folgte die vierte Offensive. Am 4. September wurden aus Flugzeugen und Helikoptern Flugblätter abgeworfen und die Talbewohner aufgefordert, sich nach Gulbahar am Taleingang zu begeben. Zwei Tage später verwandelte sich das Tal unter einem Hagel von Bomben, Minen und Raketen in ein Inferno, das Tausende von Afghanen in den Tod riß. Der fünftägigen Bombardierung folgte der Angriff von 8000 sowjetischen und 7000 afghanischen Soldaten sowie 1500 Panzern. Auch damals wurden Fallschirmjäger eingesetzt, die Offensive aber kam nicht weiter als nach Ruka. Die Angreifer erlitten hohe Materialverluste und beklagten über 1000 Tote. Fünf hohe sowjetische Offiziere wurden beim Abschuß ihres Hubschraubers getötet. Ende September zogen sich Sowjets und Karmal-Soldaten geschlagen zurück.

Bei der fünften Offensive am 18. Mai 1982 warfen die Sowjets 12 000 eigene und 8000 Karmal-Soldaten in den Kampf. Der Vormarsch wurde durch dauernde Überfälle der Guerilla auf Nachschub und Depots erschwert. Erst nach zwei Monaten waren die Städte Ruka und Anawa besetzt.

Der sechste Angriff im Sommer 1982 kam die Sowjets teuer zu stehen: Sie hatten über 1000 Tote, 2000 Verwundete; sämtliche von den Rotarmisten über den wilden Panschirfluß geschlagenen Pontonbrücken waren zerstört; eine komplette Luftlande-Einheit wurde aufgerieben, als sie mitten in einen Stützpunkt der Freiheitskämpfer sprang, und ein ganzes Bataillon der Karmal-Armee lief mit Panzern, Waffen und Ausrüstung zu den Mudjahedin über.

Ende Juli zogen sich die Russen zurück. Sie ließen nur kleine Polizei- und Truppenkontingente in den besetzten, jedoch völlig eingeschlossenen Städten Ruka und Anawa zurück. Spätere Entsetzungsversuche endeten mit einem Fiasko. Allerdings ließen die Sowjets Soldaten der Karmal-Armee das Himmelfahrtskommando ausführen. Die 37. afghanische Kommandobrigade wurde dabei bis auf den letzten Mann vernichtet.

Die sowjetischen Niederlagen im Panschirtal führten im Januar 1923 schließlich zu einem aufsehenerregenden Waffenstillstand. Der „Löwe vom Panschirtal" erklärte sich bereit, die kommunistischen Garnisonen in Ruka und Anawa in Ruhe zu lassen, die Sowjets versprachen, die Bombardierungen einzustellen und keine weiteren Truppen mehr heranzuführen.

Der Waffenstillstand hatte für die Sowjets nachteilige Folgen: Das Tal, Symbol des afghanischen Widerstands und sogar Sitz einer autonomen Regierung, wurde zum „Brotkorb" und Versorgungszentrum der Mudjahedin. Sie nutzten es auch geschickt als Aufmarschbasis gegen Kabul und andere Ziele im Norden und Herzen des Landes. Als die Guerillas jedoch vor zwei Monaten in einem Seitental strategisch wichtige Brücken sprengten, bezeichneten Kabul und Moskau dies als Bruch des Waffenstillstands. Es war nur ein Vorwand, denn heimlich hatten die Sowjets und Babrak Karmal längst den Befehl zur Vorbereitung der 7. Offensive im Panschirtal gegeben.

Die bisher größte Militäraktion in Afghanistan seit dem sowjetischen Einmarsch im Dezember 1979 ist jedoch längst nicht entschieden. Immerhin verteidigen 10 000 hochmotivierte Freiheitskämpfer mit 250 schweren Maschinengewehren, Boden-Luft-Raketen, Mörsern und erbeuteten Panzern und Artilleriegeschützen und vor allem dem Vorteil bester Geländekenntnis mit dem Mut der Verzweiflung ihr Tal.

Lipski sieht die Position von Jaruzelski gefährdet

JOACHIM G. GÖRLICH, **Köln**

Die Position des polnischen Parteichefs Jaruzelski innerhalb des Warschauer Paktes ist nach Auffassung des polnischen Regimekritikers Jan Jozef Lipski gefährdet. In der Pariser Exilzeitschrift „Kultura" schrieb er, wenn die Krise in Polen weiter bestehe und damit für den Warschauer Pakt zu einer dauernden Belastung werde, könnte die Sowjetführung zu der Auffassung gelangen, daß Jaruzelski und seine Mannschaft ausgetauscht werden müßten.

Eine solche Entwicklung zeige sich vor allem deshalb, weil die polnische Bevölkerung weiterhin jegliche Zusammenarbeit verweigere. Lipski hält sich derzeit zu einer Untersuchung in London auf.

Der prominente Regimekritiker räumte in seinem Gespräch mit dem im Exil lebenden Schriftsteller-Kollegen Gustaw Herling-Grudzinski ein, daß die Gewerkschaft „Solidarität" durch die Polizeieinsätze derart geschwächt worden sei, daß es in absehbarer Zukunft kaum zu erfolgreichen Streikaktionen und Demonstrationen kommen dürfte. Dies heiße aber keinesfalls, daß die Gewerkschaft „die Unterstützung und die Sympathie der Massen verloren hat".

Die Versetzung des regimekritischen Pfarrers Nowak aus der Arbeiter-Pfarrgemeinde Ursus bei Warschau hat nach Lipskis Auffassung dem Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp, sehr geschadet. Die Amtskirche befürchte neue innere Auseinandersetzungen, wenn es zu neuen Politprozessen kommt.

Die CDU in Hamburg plant Boykott gegen Friedensinstitut

AP, **Hamburg**

Wenn der SPD-Abrüstungsexperte Egon Bahr seine Nominierung zum Leiter des Instituts für Friedensforschung an der Hamburger Universität annimmt, wird die CDU in der Hansestadt ihre Mitarbeit im Kuratorium des Institutes einstellen. Einen entprechenden Beschluß faßte die CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft gestern abend einstimmig. Bahr hatte zuvor in einem Rundfunkinterview erklärt, daß er das Amt ungeachtet des knappen Ergebnisses bei der Berufung antreten wolle.

„Mit Egon Bahr an der Spitze verliert das Institut seine politische Unabhängigkeit", sagte Oppositionschef Hartmut Perschau. Diese „verhängnisvolle Entwicklung" werde die CDU durch ihre weitere Mitarbeit nicht sanktionieren. Perschau fordert Bahr auf, seine Kandidatur zurückzuziehen und „damit das Institut vor der Gefahr parteipolitischer Abhängigkeit und interner Zwietracht zu bewahren". Falls Bahr den Posten antrete, „sehe ich keine Voraussetzungen mehr für eine erfolgreiche Arbeit des Instituts und für eine Mitarbeit der CDU in seinem Kuratorium", sagte Perschau. Das der CDU angehörende Mitglied des Kuratoriums, der Bürgerschaftsabgeordnete Martin Müller, werde dann sein Mandat niederlegen.

Von den zehn Kuratoriumsmitgliedern hatten sich nur vier für die Berufung Bahrs ausgesprochen. Da sich die übrigen sechs nicht auf einen eigenen Kandidaten einigen konnten, wurde Bahr nominiert.

Fernsehen der Zeitungen mit zwei Direktoren

fac. **Bonn**

Das Informationsprogramm der Gesellschaft „Aktuell Presse Fernsehen", das vom 1. Januar 1985 an über den Satelliten ECS 1 ausgestrahlt werden soll, wird von einem zweiköpfigen Redaktionsdirektorium verantwortet werden. Ihm gehören an: Armin Halle (44), ehemaliger NATO-Informationsdirektor, unter sozialdemokratischen Ministern Pressesprecher auf der Bonner Hardthöhe und zeitweilig Fernseh-Talkmaster, sowie Peter Pirker (40), derzeit Sprecher des Generalintendanten des Österreichischen Rundfunks und Fernsehens in Wien. Pirker vertrat von 1979 bis 1982 die Wiener Zeitung „Kurier" in Bonn, zuvor war er Ressortchef Innenpolitik beim ORF. Der österreichische Journalist war am Aufbau der Aktualitätensendung „Zeit im Bild" des ORF beteiligt, an der sich viele Anstalten inzwischen orientieren.

Die Kompetenzverteilung zwischen den beiden Mitgliedern des APF-Redaktionsdirektoriums ist bisher im einzelnen nicht festgelegt worden. Halle wird schon in Kürze seine Arbeit bei der APF aufnehmen. Er galt bis vor wenigen Wochen als aussichtsreicher Bewerber für eine Spitzenposition beim Süddeutschen Rundfunk. Von sozialdemokratischer Seite war er dafür favorisiert worden.

Die APF wird jeweils 45 Minuten am Abend zum Vollprogramm des ECS-Konsortiums beisteuern. Die jetzt berufene Redaktionsspitze soll sich um ein in der Bundesrepublik Deutschland neuartiges Konzept der Informationspräsentation bemühen.

Schöpfer des evang[illegible]schen Gesangbuchs: M. Luther

Eine gut[illegible] Gabe Gottes

Selbst in einer Zeit, die [illegible]ang und Musik in einem heute [illegible]um mehr vorstellbaren Maße lieb[illegible] und betrieb, galt Martin Luthe[illegible] außergewöhnlich musikalisch. [illegible] Kurrendesänger in Eisenach, als [illegible]dent, der die Laute liebte, als [illegible]giöser Reformator, der die G[illegible]lagen des heutigen Gemeindeg[illegible]gs gelegt hat – Musik hat Mar[illegible] Luther sein ganzes Leben lang be[illegible]tet.

Von Luther stamm[illegible] die Texte von 36 Kirchenliedern, [illegible]nter „Ein feste Burg ist unser [illegible]tt" (Friedrich Engels nannte die[illegible] Choral „die Marseillaise des 1[illegible]ahrhunderts"), „Verleih uns Fri[illegible]n gnädiglich", „Aus tiefer Not s[illegible]ei' ich zu Dir" und „Vom Himm[illegible]och, da komm' ich her".

Einige davon, [illegible]sein Weihnachtslied, haben in jü[illegible]rer Zeit auch Eingang in die kath[illegible]che Kirche gefunden, andere, et[illegible] „Ein feste Burg ist unser Gott", [illegible] über den engen lutherischen [illegible]fessionsrahmen hinaus längst [illegible]rnational Lieder des Protestantis[illegible]s geworden.

Die Wittenb[illegible]sch Nachtigall – ARD, 23.00 U[illegible]

Luther g[illegible] Texte der Bibel auf, Psalmen u[illegible] andere in der Liturgie verwendet[illegible] Texte, übersetzte sie in seine Mut[illegible]sprache (und formte sie dabei um[illegible]ne ihre Aussage zu verändern) [illegible] komponierte neue Melodien da[illegible] Die Lieder sollten dazu beitrage[illegible] die einzelnen Abschnitte des Ki[illegible]enjahres und die fünf Hauptt[illegible] des Katechismus besser zu vers[illegible]hen. „Komm, heiliger Geist, Herre [illegible]ott", „Alleluia. O heiliger Geist"[illegible] „Nun bitten wir den Heiligen Geist"[illegible] „Wir glauben all' an einen Gott"[illegible] „Komm zu uns, Schöpfer, heiliger [illegible]eist" (letzteres die Übersetzung [illegible]eines alten lateinischen Kirchenlieds) entsprechen dieser Anforderung.

Wohl gefühlsmäßig spürte Luther, was heute Standardwissen der Menschenführung ist: Gemeinsamer Gesang verbindet eine Gemeinschaft miteinander. Mit der ihm eigenen Logik in praktischen Dingen wurde er zum Schöpfer des evangelischen Gesangbuchs, denn vor dem Wittenberger Gemeindegesangbuch 1529 gab es nichts dergleichen. Doch nun galten die Worte von Luthers vermutlich erstem Lied aus dem Jahr 1523: „Ein neues Lied wir heben an".

Bei einigen Liedern kennt man den Anlaß ihrer Entstehung, so hier die Verbrennung zweier lutherisch gesonnener Mönche in den Niederlanden oder bei „Ein feste Burg ist unser Gott" wahrscheinlich die Aufhebung der Belagerung Wiens durch die Türken 1529.

Von keiner einzigen Melodie jedoch – im Gegensatz zu den Texten – läßt sich mit letzter Gewißheit sagen, ob sie von dem Reformator selbst stammt. Einigkeit besteht jedoch über ihre Wirkung: Ausgerechnet Jesuiten, alles andere als Bewunderer des „Ketzers", stellten fest, seine Lieder hätten eher Menschen zum neuen Glauben bekehrt als seine Predigten.

Zeitgenossen berichten, daß der Student Luther gerne sang und die Laute schlug, daß im häuslichen Kreis in Wittenberg gerne und oft (und nicht nur geistliche) Lieder erklangen. Und wer von dem Reformator sonst nichts außer einigen (und wahrscheinlich nicht von ihm stammenden) Reimen kennt, der kennt natürlich auch den: „Wer nicht liebt Wein, Weib, Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang." Weniger griffig, aber dafür jedenfalls authentisch ist das Wort, das die Einstellung Luthers zeigt: „Die Musik ist eine schöne, herrliche Gabe Gottes."

HENK OHNESORGE





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Vor dem Sturm (5)
11.25 Streik – Hat der härteste Arbeitskampf begonnen?
12.10 Umschau
12.25 Kontraste
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Frauengeschichten
Nina von Kikodse „Die barfüßige Fürstin"
Ein Film von Gabriele Presber
16.55 Spaß am Dienstag
Ein pfeifendes Murmeltier, das zur Weltattraktion wird, Donald Duck als Schneemann, Goofy als Elefantenwärter, die Stooges als Café-Besitzer sowie Georgo und Jack als Bahnreisende sorgen in der neuen Ausgabe der lustigen Zeichentricksendung für viel Spaß und Unterhaltung.
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
Heiteres Beruferaten mit Robert Lembke
anschl.
Parteien zur Europawahl
21.00 Panorama
Die Sendung beschäftigt sich ausschließlich mit dem Thema Sterben und Sterbehilfe. Beschrieben werden die Planung und Durchführung der Tat in der Klinik von Professor Hackethal. Geplant sind Reportagen aus einem deutschen Krankenhaus und einer finnischen Sterbeklinik, ein Interview mit Christian Barnard und ein aktueller Bericht vom Deutschen Ärztetag
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
J.R.'s Drohung
22.30 Tagesthemen
23.00 Die Wittenbergisch Nachtigall
Wie es Martin Luther mit der Musik hielt
Wie hielt es Martin Luther mit der Musik? Diese Frage versucht die neue Ausgabe der Sendereihe „Kulturwelt" zu beantworten. Außerdem beschäftigen sich Peter Wapnewski und der Heidelberger Musikwissenschaftler Ludwig Finscher mit der „Wittenbergisch Nachtigall".
23.45 Tagesschau

16.00 heute
16.09 Heute im Europäischen Parlament
Die Menschenrechte und die „neuen religiösen Bewegungen"
16.04 Mosaik
Rekord-Lok und Haar-Computer
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
11. Teil: Hühnchen für alle
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Don Marco
17.50 Waldheimat
Als ich Heiratsvermittler war / Die Freisprechung und der ungarische Meister
19.00 heute
19.30 Über den Dächern von Nizza
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Cary Grant, Grace Kelly u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
Der einst berühmte Juwelendieb John Robie führt seit einigen Jahren ein ehrliches und unbescholtenes Leben. Eines Tages jedoch taucht ein anderer Dieb auf, der die frühere Arbeitsweise Robies bis ins Detail nachahmt und so die Polizei glauben macht, Robie habe seine „Tätigkeit" wiederaufgenommen. Um nicht selbst verurteilt zu werden, macht er sich nun auf die gefährliche Suche nach dem Verbrecher …
21.15 WISO
Arbeit für alle nach SPD-Muster – Ein Vorbericht zum Parteitag der SPD in Essen / Streik in der Metallindustrie: Wann sind die Lager leer? / Tips: Bausparen – Vorsicht bei Zwischenkrediten / Versicherungsbetrug durch Brandstiftung
Mit Friedheim Ost
21.45 heute-journal
22.05 Die Hermannsschlacht
Drama von Heinrich von Kleist
Mit Gert Voss, Kirsten Dene, Branko Samarovski, Hans Dieter Knebel u. a.
Inszenierung: Claus Peymann
Aufzeichnung einer Aufführung aus dem Schauspielhaus Bochum
0.20 heute



Der ehemalige Diamantenräuber Robie (Cary Grant) ist angetan von der ebenso hübschen wie kühlen Amerikanerin Frances Stevens (Über den Dächern von Nizza – ZDF, 19.30 Uhr) FOTO: RÖHNERT

Unterstützte der Rabbi Gegenterror?

Polizei: Verschwörer wollten die moslemischen Heiligtümer in Jerusalem sprengen

EPHRAIM LAHAV, **Jerusalem**

Die Ermittlungen der israelischen Polizei gegen die Untergrund-Organisation der jüdischen Siedler im Westjordanland, die sich mit Terrorangriffen auf palästinensische Araber befaßten, haben eine neue Dimension angenommen. Bisher hatte die Annahme gegolten, daß die 25 Verhafteten Außenseiter waren, eine kleine verblendete Minderheit, die gegen den Willen ihrer eigenen Führer handelte.

Die Führung der Siedler, im Westjordanland wie auch auf dem Golan, hatte sich nachdrücklich von den Verschwörern wie auch von deren Ideologie distanziert und in einer formellen Entschließung erklärt: „Nur die staatlichen Sicherheitsorgane Israels sind befugt, Recht und Ordnung zu wahren."

Seit Sonntag ist nicht mehr klar, ob diese Stellungnahme ganz aufrichtig war, nachdem Rabbi Moshe Levinger aus Hebron zwei Tage lang polizeilich verhört und dann festgenommen worden war.

Rabbi Levinger ist nicht nur das geistige Oberhaupt aller Siedler in den besetzten Gebieten. Er war es, der wenige Monate nach Ende des Sechs-Tage-Krieges, also vor fünfzehn Jahren, gegen das ausdrückliche Verbot der Regierung (damals unter Rabin) mit einer kleinen Gruppe von Getreuen aus Jerusalem auszog und sich in Hebron niederließ. Das war reiner Idealismus.

Levinger und seine Gruppe verließen schöne Wohnungen in Jerusalem und lebten unter dürftigen Umständen – aber „in Hebron, in der Nähe der Höhle Machpela, wo die biblischen Patriarchen begraben sind, und wo König David regierte, ehe er Jerusalem eroberte".

Für Rabbi Levinger, einen asketisch aussehenden und auch so lebenden Mann, mit seiner amerikanischen Ehefrau und deren acht Kindern, gilt die Besiedlung des ganzes Gebietes von „Eretz Israel" (Land Israel) als Erfüllung des göttlichen Willens.

Jahrelang zeterte Levinger gegen die israelische Regierung und beschuldigte sie, sie tue nicht genug, um die Sicherheit der jüdischen Siedler im Westjordanland zu schützen. Im Laufe der vergangenen Jahre sind vier Siedler in Hebron von arabischen Terroristen ermordet worden.

Jetzt, so geht aus der polizeilichen Vernehmung hervor, wird der Rabbi verdächtigt, sich nicht mit Forderungen an die Regierung begnügt zu haben, er soll auch den Gegenterror unterstützt haben.

Ob er an dem dreifachen Bombenanschlag gegen palästinensische Bürgermeister vor vier Jahren oder an dem Plan, fünf arabische Busse in Ost-Jerusalem zu sprengen, beteiligt war, ist noch nicht klar. Der Verdacht besteht, daß er zumindest davon gewußt hat.

Die Ermittlungen ergaben außerdem, daß die Verschwörer nicht nur einen Anschlag auf zivile Busse geplant, sondern auch Vorbereitungen zur Sprengung der moslemischen Heiligtümer auf dem Tempelberg in Jerusalem getroffen hatten. Das hätte die ganze moslemische Welt in Aufruhr versetzt. (SAD)

KRITIK

[illegible]wischen Gesetz [illegible]nd Wirklichkeit

Artikel 16, Absatz 2 des Grundgesetzes besagt lapidar: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." Entstanden ist er vor 35 Jahren, in Erinnerung auch an die politische Verfolgung Andersdenkender durch das Dritte Reich und deren Emigration.

Bis heute ist – und das ist die vom Autor Gert Monheim und seinem Film Asyl – **Bewährungsprobe für ein Grundrecht** (ARD) sicher so nicht beabsichtigte zwingende Schlußfolgerung – noch niemand auf die naheliegende Idee gekommen, eine Verbindung zwischen dem abstrakt-schönen Satz und der Realität zu schaffen.

Monheim illustrierte dies am Beispiel der etwa 500 in Celle lebenden Jeziden: Weil sie sowohl Angehörige einer vom Islam als „Ketzerei" verstandenen Religionsgruppe als auch noch Kurden sind, werden sie – das ist erwiesen – verfolgt. Der türkische Staat schreitet gegen diese Verfolgung (bis hin zu Tötung und Frauenraub) zumindest nicht ein.

Der Grund für die Verfolgten, ausgerechnet in die „reiche" Bundesrepublik zu kommen: „Ich habe gehört, daß in Deutschland Menschenrechte und Demokratie gelten." Die Anerkennung dieser Gruppe als Verfolgte durch einen Senat des Verwaltungsgerichts Stade hat – so behauptet der Bericht – auf Druck deutscher Gruppen dazu geführt, daß nach kurzer Zeit diesem Senat die Asylentscheidungen entzogen wurden.

Wie immer auch der Fall im einzelnen liegt: Die derzeitige Handhabung des Asylrechts ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Dringend erforderlich ist, daß der Gesetzgeber statt hehrer, leerer Worte bald eindeutige, schnell zu handhabende Rechtsnormen gibt. ohn

Mit der Venus ins Freudenhaus

Im Rahmen der Reihe **Schauplatz der Geschichte** widmete der Saarländische Rundfunk seinen Beitrag der Nachbarstadt Trier anläßlich ihres 2000jährigen Jubiläums. Autor Roman Brodmann machte es spannend und versprach persönlich einen unkonventionellen Film. Kein Nachhilfeunterricht in Geschichte und Kunstgeschichte sollte es werden, sondern das Abenteuer eines Menschen von einem anderen Stern, eines Astronauten sozusagen, der auf Trier gefallen ist.

Aber dann wurde es leider doch nichts weiter als eins der üblichen Städtebilder, die man von Sightseeing-Touren kennt – wenn auch mit sehr schönen Aufnahmen der Trier Denkmäler und Sehenswürdigkeiten mit historischen und kunsthistorischen Kommentaren. Am Dom wurde die Abfolge der Trierer Stilgeschichte erläutert, beim Karl-Marx-Haus das angeblich so gestörte Verhältnis der Trierer zu ihrem ungeratenen Sohn beklagt. Auch eine Weinprobe wurde nicht verschmäht, dafür mußte sich der Zuschauer aber einen längeren Vortrag über Strahlenschutz anhören, der eine Zeitlang Trier vergessen ließ.

Anhand einer durch Steinwürfe zerstörten römischen Venus demonstrierte Brodmann die Intoleranz der Christen und der mittelalterlichen Katholiken, die heute noch 85 Prozent der Trierer Bevölkerung ausmachen.

Die Venus war ihm dann Wegweiser in die Trierer Freudenhäuser, was für einen Astronauten vom anderen Stern sicher nicht unwichtig ist. Für die Trierer war es mal was Neues. Alles in allem: Sightseeing von links keineswegs von einem guten Stern. epl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Der Beginn der neuen „Zeit"
21.00 Formel Eins
21.45 Chemiegürtel Köln (1)
22.15 Kriechspur für alle?
Streit um Tempo 100
anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Krankheitsherd: Zähne
19.15 Treff im Turm
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
21.15 Vielen Dank, Genossen
22.15 Frauenforum
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unterwegs mit Odysseus (8)
19.00 Formel Eins
19.45 Reisetips für Spanien
20.00 Erste Werke
Spanisch-französischer Spielfilm (1980)
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Baskische Meister
23.00 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 Heute im Hohenlohe-Kreis
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Mark(t) und Pfennig
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
21.00 Antiquitäten in Serie
Gemeinschaftsprogramm
21.15 French Connection (2)
Amerikanischer Spielfilm (1974)
23.05 Avanti! (26)

BAYERN
18.15 Eine reiche Familie
18.45 Rundschau
19.00 Ein Frauenleben
20.25 Die Shadoks
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

Schwierigkeiten bei neuer Rakete?

dpa, **Washington**

Das Abkommen zwischen Bonn und Washington über die neue Luftabwehr-Rakete „Patriot", die in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden soll, ist nach einem Bericht der „Washington Post" in „ernsten" Schwierigkeiten. Preissteigerungen und Prestigekämpfe im US-Verteidigungsministerium hätten verhindert, daß Verteidigungsminister Weinberger und sein deutscher Kollege Wörner die Vereinbarung – wie ursprünglich geplant – am kommenden Donnerstag bei der NATO-Tagung in Brüssel unterzeichnen können. Der Gesamtwert des „Patriot"-Geschäftes beträgt umgerechnet rund acht Milliarden Mark, über rund 410 Millionen Mark bestehen noch Differenzen.

Wieder Streit um die MX

dpa, **Washington**

Der Streit um die neue amerikanische Interkontinentalrakete MX, der im vorigen Jahr beigelegt schien, ist wieder aufgeflammt. Der Sprecher des von den Demokraten beherrschten Repräsentantenhauses, O'Neill, hat erklärt, die Opposition sei in der Lage, die MX-Produktion zu stoppen. Der Kongreß wird in dieser Woche über die Rakete debattieren.

Die Aufstellung der ersten zehn von insgesamt 100 MX, die die Minuteman-Raketen ersetzen sollen, ist für 1986 geplant. Im vergangenen Jahr hatte der Kongreß nach langem Widerstreben für die Anschaffung von 21 Stück 2,1 Milliarden Dollar bewilligt, um die amerikanische Position bei den Genfer START-Verhandlungen zu stärken.

Bekannte Sacharows in Haft

AFP, **Moskau**

Eine Freundin des sowjetischen Dissidentenehepaars Andrej Sacharow und Jelena Bonner, Irina Kristi, ist von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und ins Moskauer Lubianka-Gefängnis gebracht worden. Dies wurde gestern aus Moskauer Dissidentenkreisen bekannt.

Die 46jährige Mathematikerin war am 6. Mai mit dem Ehepaar Sacharow in Gorki zusammengetroffen. Bei ihrer Rückkehr nach Moskau hatte sie erklärt, Sacharow habe am 2. Mai einen Hungerstreik angetreten, um für seine schwerkranke Frau eine Ausreisegenehmigung zu erreichen. Jelena Bonner, über die bisher in Moskau Nachrichten über ihren Mann zu erhalten waren, wird seit kurzem ebenfalls in Gorki festgehalten.

STAND PUNKT

Respekt

Es war schon ein starkes Stück, das sich die 19jährige Heike Daute im naßkalten Jena leistete: 7,29 Meter flog die jüngste Weltmeisterin von Helsinki weit – nur 14 Zentimeter fehlten am Weltrekord der Rumänin Anisoara Cusmir. Es darf hochgerechnet werden: Erstens war das Wetter eher verletzungs- statt leistungsfördernd, *zweitens sprang* sie wegen des Olympia-Boykotts der „DDR" fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit (nur 2000 Zuschauer!), was kaum stimuliert, und drittens soll sie in zwei, drei Wochen (Olympischer Tag Ost-Berlin/Meisterschaften in Erfurt) in Form sein.

Bei wärmeren Wetter hätte sich die Jenaerin 30 Zentimeter mehr zugetraut, was neuer Weltrekord gewesen wäre. Das trifft sich mit der Prognose Willi Olferts, des Lehrwarts für Damen-Weitsprung der „DDR". Der seit 20 Jahren im Amt befindliche Magdeburger traut Heike Daute „eines Tages 7,60 Meter" zu. Das wäre eine neue Dimension. Doch ihr ungewöhnlich vielseitiges Training könnte einen solchen Satz ermöglichen. Zumindest beugt diese Vorbereitung ganz offensichtlich Verletzungen vor, von denen ihre Konkurrentinnen oft heimgesucht werden.

Heike Daute ist nicht nur eine Rekordjägerin, sie besticht erst recht in großen Wettkämpfen. In Jena aber war es nur kalt.

KLAUS BLUME

LEICHTATHLETIK / Ostblock-Boykott beeindruckt die amerikanischen Spitzenstars keineswegs

Carl Lewis flog über neun Meter weit – aber leider hatte er um zwei Zentimeter übergetreten

MARTIN HÄGELE, Los Angeles

Erstmal gab's Blumen. Für all die Mütter, denen die Welt der Leichtathletik ihre Stars verdankt. Der Mama Decker, der Mama Forster, Mama Lewis. Mama Moses war extra aus Dayton/Ohio eingeflogen.

Dann schnappte sich Willie Banks ein Mikrofon. Willie, der Clown. Ein Weltklasse-Dreispringer. Nur ein paar Meter weg von der Sprunggrube des UCLA-Stadions hat er letztes Jahr seinen Rechtsanwalt gemacht. Er hatte ein Heimspiel hier.

„Also Leute", sagt er, „wenn ihr einen Rekord wollt, dann müßt ihr uns helfen. Uns anfeuern, jubeln, und unsern letzten Versuch wollen wir Dreispringer allen Müttern Amerikas widmen."

Trotz der frommen Wünsche, obwohl Banks die 13 000 Zuschauer wie ein Orchester dirigiert hat, ein Weltrekord sprang nicht heraus.

Edwin Moses („der Unvergleichliche", so der Stadionsprecher) lieferte seinen 88. Sieg in Serie.

Mary Decker gewann die Meile mit 60 Meter Vorsprung.

Tom Petranoff wurde an jener Stelle, an der er vor exakt einem Jahr seinen Speer auf die Weltrekordmarke (99,72m) schleuderte, nicht gefordert.

Greg Forster siegte über die 110 Meter Hürden wie Willie Banks im Dreisprung. Nur Amerikas Meilenspezialist Steve Scott mußte hart gegen eine Handvoll Häscher kämpfen.

Als zusammengerechnet wurde, standen unter dem Strich drei Jahresweltbestleistungen. Das sagt weder viel noch wenig über die Stärke der amerikanischen Leichtathleten. *Denn das Leichtathletikjahr ist jung.*

Eigentlich lag an diesem Sonntag in Los Angeles nur ein Weltrekord in der Luft. Der im Weitsprung. Jene 8,90 Meter, jener Jahrhundertsprung, den Bob Beamon in der Höhenluft von Mexico City vor 16 Jahren in eine andere Welt katapultiert hatte. Der Jahrhundertsprung sollte aus den Rekordlisten radiert werden. Von Carl Lewis.

Für ihn wurde extra die Sprunggrube verlängert und der Wettbewerb direkt vor die Haupttribüne gelegt. Lewis braucht den Kontakt zum Publikum, und ziemlich exakt auf der Achtmetermarke, nur ein paar Meter von ihm entfernt, hockten seine Eltern und Schwester Carol, die für den wohl größten Augenblick im Leben ihres vergötterten Bruders den eigenen Wettbewerb sausen ließ. Auch Carol Lewis kann in drei Monaten mit einer Medaille im Weitsprung rechnen.

„I'm on get it", schreit Carl Lewis hinauf zu Papa, Mama, Schwester und dem ganzen Lewis-Clan: „Ich werde es packen heute." Er lacht und streckt den Mittelfinger seiner rechten Hand. Doch der Versuch ist ungültig. Wie auch die nächsten drei. Beim dritten Versuch war er tatsächlich über neun Meter weit gesprungen – doch die rote Fahne ging hoch: „Ich bin etwa zwei Zentimeter übergetreten. Der Kampfrichter meinte, es seien 9,04 m gewesen." Larry Myricks führt mit 8,45 Meter. Erst beim fünften Mal, aber da muß Carl Lewis schon auf Sicherheit gehen, klappt's. 8,71 Meter. Den letzten Sprung setzt Carl Lewis schon gar nicht mehr an.

Ein bißchen sei er schon enttäuscht, meint er hinterher. Kein Zweifel, der Champion fühlte den magischen Weltrekord in seinen Beinen. Und wer mit einem Sicherheitssprung bei 8,71 Meter landet, der muß unter Ausschluß der Öffentlichkeit schon weiter geflogen sein.

Carl Lewis, im dezent grauen Trainingsanzug, dem weißen Rollkragenpullover und der weißen Sonnenbrille wirkte er elegant und exzentrisch zugleich, kann den gescheiterten Griff nach der Traumgrenze mit persönlichen Werten übermalen. „Ich bin die 100 Meter letzte Woche locker unter zehn Sekunden gelaufen, und heute bin ich trotz Fehlern 8,71 Meter gesprungen. Noch nie bin ich am Anfang einer Saison so schnell gelaufen und so weit gesprungen. Ich bin in der Form meines Lebens."

Wie lange noch steht der Name Bob Beamons stellvertretend für eine Sternstunde, jenseits der Begriffe, die wir Menschen als Leistung bezeichnen?

Seinen nächsten Weitsprung bestreitet Carl Lewis erst bei den amerikanischen Olympia-Ausscheidungen vom 16.–24. Juni im Coliseum. Doch schon dabei wird er seine *Kräfte für die 100 und 200 Meter* schonen, die er ebenfalls absolvieren muß.

„Ich habe den Weltrekord im Weitsprung drin", so Lewis. Er muß ihn aufheben, denn um zum Superstar der Olympischen Spiele zu werden, will Lewis mit seinen Energien haushalten. Siege, Goldmedaillen sind ihm im Augenblick wichtiger als Rekorde.

Als Lewis über seine Chancen plaudert, hocken die Kampfrichter des Drei- und Weitsprungs auf den Bänken neben der Grube. Sie essen Kuchen mit viel Schlagsahne und trinken dazu das Diät-Getränk des Sponsors.

Zur gleichen Zeit verließen Imrich Bugar und Geza Valent, der Weltmeister und der Dritte der Weltrangliste im Diskuswerfen, die Arena. Die beiden Tschechoslowaken hatten einen Doppelsieg gelandet. Sie seien enttäuscht, daß sie wohl nicht zu den Olympischen Spielen wiederkommen könnten, sagten die beiden. Und sie hatten mehr Fragen als Antworten an die Reporter, die sie vom Olympia-Boykott ihres Landes unterrichtet hatten.



Vollkommen verausgabt hatte sich dieser Marathonläufer, der nach der Zielankunft ins Krankenhaus gebracht werden mußte. FOTO:AP

21 000 liefen durch Londons Straßen

Szenen eines Marathonlaufs. Mehr als überanstrengt hatte sich dieser Läufer (siehe Foto) beim London-Marathon, an dem 21 000 Läuferinnen und Läufer teilnahmen. Während die Norwegerin Ingrid Kristiansen als Siegerin bei den Damen mit 2:24:26 *Stunden eine hervorragende europäische* Bestzeit auf den 42,195 Kilometern erzielte, mußte dieser Teilnehmer ins Krankenhaus gebracht werden. Ingrid Kristiansen, die im vorigen Jahr nicht an den Weltmeisterschaften in Helsinki teilnehmen konnte, weil sie ihren Sohn Gaute zur Welt brachte, gehört nunmehr zu den Top-Favoriten für den olympischen Marathonlauf in Los Angeles, einer Welt-Premiere für die Damen. Denn auch Hitze und *Smog macht* der 36jährigen Norwegerin offenbar nicht viel aus, unter ähnlichen Bedingungen wurde sie schon bei den Europameisterschaften 1982 in Athen Dritte.

BASKETBALL

Protest gegen Sowjetunion

sid, Orléans

Trotz des Olympia-Boykotts wird die sowjetische Basketball-Nationalmannschaft an der heute in Frankreich beginnenden Qualifikation für die Sommerspiele in Los Angeles teilnehmen. Der Deutsche Basketball-Bund (DBB) äußerte deshalb grundsätzliche sportliche Bedenken. In einer Anfrage an den Weltverband FIBA in München hat der DBB auf die Möglichkeit der Wettbewerbsverzerrung und Manipulation hingewiesen.

„Es ist in keiner Sportart üblich, daß eine Mannschaft an einer Qualifikation, nicht nur für Olympia, mitspielen darf, die nicht an der Endmaßnahme teilnimmt", begründete DBB-Vizepräsident Hans Leciejewski in Orleans die Anfrage. Leciejewski ergänzt: „Jetzt können die Sowjets zum 'Königsmacher' werden." Darüber hinaus, so die DBB-Verantwortlichen, werde der „Verlauf der Vorrunde zu einer Farce". Zwar würde die UdSSR bei der Endabrechnung in Paris keiner der Mannschaften eines der drei Tickets für Los Angeles streitig machen, aber den Sprung eines der Teams der Gruppe B in die Finalrunde blokkieren. Betroffen hiervon könnten besonders Schweden und Finnland sein, die neben den Sowjets und den wohl chancenlosen Iren in Saint Quentin um die Gruppenplätze eins und zwei streiten. Auch deshalb werde in Kürze eine Stellungnahme von FIBA-Generalsekretär Borislav Stankovic erwartet.

FECHTEN

Pusch verlor die Führung

sid/dpa, Hameln/Poitiers

Die deutschen Florettfechter befinden sich bereits in Olympiaform. Beim Sieben-Nationen-Turnier in Hameln setzten sie sich mit 7:0 Siegen als einzige ungeschlagene Mannschaft durch. Das entscheidende Gefecht gewannen die Weltmeister mit Mathias Gey, Harald Hein, Frank Beck, Mathias Behr (alle Tauberbischofsheim) und Klaus Reichert *(Bonn) gegen Italien mit 9:6.* Beste Einzelkämpfer wurden Scuri (Italien) und Mathias Behr. „Wir sind auf dem richtigen Weg", lobte Bundestrainer Beck.

Durch einen achten Platz beim sechsten Weltcup-Turnier der Degenfechter in Poitiers (Frankreich) verlor Europameister Alexander Pusch vor dem letzten Weltranglisten-Turnier am 25./26. Mai in Legnano (Italien) die Führung in der Weltpokal-Wertung. Nach seinem 10:8-Finalerfolg über den Weltmeisterschaftsdritten Mazzoni (Italien) verdrängte der Franzose Olivier Lenglet mit 44 Punkten den Tauberbischofsheimer (43 Punkte) von der Spitze.

Die deutsche Mannschaft brachte drei Fechter ins Finale der besten acht und gewann damit die Mannschaftswertung. Neben Pusch hatten noch dessen Mannschaftskameraden Franz Hoch (Platz sieben) und Volker Fischer (Platz sechs) die Finalgefechte erreicht. – Weltmeister Elmar Borrmann ist sechster der Weltcup-Wertung. Er hat keine Chance mehr, seinen Vorjahrssieg zu wiederholen.

SPORT-NACHRICHTEN

Aufzeichnung im ZDF

Düsseldorf (sid) – In einer Aufzeichnung ab 22.40 Uhr berichtet das Zweite Deutsche Fernsehen (*ZDF*) morgen vom 24. Endspiel um den Fußball-Europapokal der Pokalsieger in Basel zwischen Juventus Turin und dem FC Porto. Schiedsrichter ist Adolf Prokop aus der „DDR".

Zwei Tore von Müller

Mailand (dpa) – Zwei Tore erzielte der frühere Stuttgarter Hansi Müller beim 6:0 seines Klubs Inter Mailand gegen den FC Catania am letzten Spieltag der italienischen Fußball-Meisterschaft. Mailand belegte den vierten Rang und nimmt in der nächsten Saison am UEFA-Pokal teil.

Uwe Bein umworben

Offenbach (sid) – Torjäger Uwe Bein vom Fußball-Bundesliga-Absteiger Kickers Offenbach erhielt Angebote von Borussia Dortmund, dem 1. FC Köln sowie Schalke 04. Bein, der sich Mitte der Woche entscheiden will, kostet eine Ablösesumme von rund *500 000* Mark.

USA erster Gegner

Düsseldorf (sid) – Beim 7. Ambre Solaire World Team Cup in Düsseldorf (21.–27.Mai) sind die USA am 22.Mai erster Gegner der deutschen Tennis-Nationalmannschaft. Außerdem sind noch Spanien und Argentinien in der deutschen Gruppe. Die CSSR, Italien, Schweden und Australien bilden die zweite Gruppe.

Ehrung für Beckenbauer

Zürich (dpa) – Franz Beckenbauer und Helmut Schön werden am 21. Mai in Zürich mit einem neugeschaffenen Orden des Weltfußball-Verbandes (FIFA) für besondere Verdienste um den Fußballsport geehrt. Die früheren Stars Pele, Bobby Charlton und Dino Zoff erhalten ebenso die Auszeichnung wie der FIFA-Ehrenpräsident Sir Stanley Rous und der FIFA-Vizepräsident Mihailo Andrejevic (Jugoslawien).

ZAHLEN

MOTOR

1000-km-Rennen von Silverstone: 1. Ickx/Mass (Belgien/Deutschland) Porsche 956, 2. Ludwig/Pescarolo (Deutschland/Frankreich) Porsche 956, ... 9. Schornstein/Winter/Merl (alle Deutschland) Porsche 956, 10. Bell/Bellof (England/Deutschland). – Stand der Fahrer-WM: 1. Ickx und Mass je 40 Punkte, 2. Palmer und Lammers (England/Holland) je 20. – **Formel-2-EM**, vierter Lauf in Vallelunga/Italien, 65 Runden = 208 km: 1. Thackwell (Neuseeland) Ralt-Honda (164,232 km/Std.), 2. Moreno (Brasilien) Ralt-Honda, 3. Danner (Deutschland) March-BMW. – Stand in der EM-Wertung: 1. Thackwell 33 Punkte, 2. Moreno 21, 3. Danner und Ferte (Frankreich) je 11.

TENNIS

„Turnier der Meister" in Forest Hills, Finale: McEnroe (USA) – Lendl (CSSR) 6:4, 6:2.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Los Angeles. Männer: 100 m: 1. Brown 10,13, 2: Sanford 10,22, 400 m: 1. Egbunike (Nigeria) 44,81 (Jahres-Weltbestzeit), 110-m-Hürden: 1. Foster 13,21 (Jahres-Weltbestzeit). 400-m-Hürden: 1. Moses 48,71 (Jahres-Weltbestzeit), Stabhochsprung: 1. Bell 5,71 (Jahres-Weltbestleistung). Frauen: Meile: Decker 4:22,92 (Jahres-Weltbestzeit).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 2, 9, 12, 14, 23, 43, Zusatzspiel: 21. (Ohne Gewähr).

Finanzbeamte protestieren. Vogel warnt

AP/DW. Bonn

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DStG) hat Äußerungen von Koalitionspolitikern zurückgewiesen, wonach die Finanzämter eine illegale Parteispendenpraxis nicht beanstandet hätten. Der Vorsitzende der DStG, Werner Hagedorn, sagte gestern, Betriebsprüfer und Steuerfahnder hätten „unverzüglich" die gesetzwidrigen Praktiken aufgegriffen, sobald sie entdeckt worden seien.

Hagedorn sprach von einem „schäbigen Versuch" einzelner Politiker, die Schuld an der Parteispendenaffäre den Finanzämtern in die Schuhe zu schieben und forderte. die Anschuldigungen einzustellen. Sie vergifteten das Steuerklima und fügten damit dem Staat noch weiteren Schaden zu.

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel will notfalls mit rechtlichen Mitteln reagieren, wenn sich - falls über das geplante Amnestiegesetz überhaupt debattiert und abgestimmt wird - auch solche Abgeordnete an Aussprache und Abstimmung beteiligen sollten, die von diesem Gesetz selbst begünstigt wären. Die SPD wolle gegebenenfalls schon anläßlich der ersten Lesung zum Bundesverfassungsgericht gehen, erklärte Vogel.

Der Fraktionschef der SPD im Bundestag bat auch die Vorsitzenden der anderen Fraktionen zu erwägen, ob - gegebenenfalls - den von einer Amnestie selbst betroffenen Abgeordneten nicht von den jeweiligen Fraktionen nahegelegt werden sollte, auf die Teilnahme an der parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfs verzichten. In einem Schreiben an Bundestagspräsident Rainer Barzel begründet Vogel die Rechtsauffassung der Sozialdemokraten mit dem Grundsatz, niemand könne sein eigener Richter sein. Weiter fehle den Betroffenen die vom Grundgesetz geforderte Unabhängigkeit.

CDU und FDP wollen Krise verhindern

● Fortsetzung von Seite 1

Teilnehmer der FDP-Präsidiumssitzung schilderten gegenüber der WELT, das Gremium sei unabhängig von der persönlichen Meinung einzelner Mitglieder in einer „Lageeinschätzung" zu dem Ergebnis gekommen, daß es keinen Zweck habe, gegen den mehrheitlichen Willen der Parteibasis ein Gesetz durchziehen zu wollen. Bereits vor den vertraulichen Beratungen des Präsidiums hatte FDP-Schatzmeister Richard Wurbs erklärt, das Amnestiegesetz sei „nicht durchsetzbar". Wie aus der Sitzung des Präsidiums verlautete, gab es weder Kritik an der Person Genschers noch Schuldzuweisungen an die eine oder andere Adresse. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum betonte ausdrücklich, es müsse alles unternommen werden, damit sowohl Genscher als auch der Fraktionsvorsitzende Mischnick – der wegen einer „DDR"-Reise nicht an der Präsidiumssitzung teilgenommen hatte – unbeschadet aus der aktuellen Diskussion herauskommen könnten.

Einmütigkeit herrschte im Präsidium darüber, daß die Amnestiedebatte nicht zum Ausgangspunkt für eine neue Personaldiskussion in der FDP werden dürfe. Das könne erreicht werden, wenn am Mittwoch, rechtzeitig vor dem am 1. Juni in Münster beginnenden FDP-Parteitag, der Gesetzentwurf zurückgezogen werde.

Allerdings bedarf ein solcher Schritt der Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sich mit großer Mehrheit für den Gesetzentwurf ausgesprochen hatte. Fraktionsvorsitzender Dregger machte auf diesen Sachverhalt aufmerksam und sprach von einer „wohlerwogenen Position". Dregger fügte hinzu: „Und ich habe bisher kein Sachargument gehört, das Anlaß gäbe, unsere Position zu verändern."

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hat Verläßlichkeit von der FDP gefordert. In einem Interview sagte Albrecht, die Standfestigkeit der FDP in dieser Frage sei von großer Bedeutung für die Koalition. Auf die bisherige Form der Parteienfinanzierung könne niemand stolz sein. Nun müsse endlich ein Schlußstrich gezogen werden.

Der CSU-Landesvorstand billigte in München ohne Gegenstimme den Bonner Amnestieplan. Auch der bayerische JU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Alfred Sauter stimmte dafür, nachdem er zuvor die generellen . Bedenken der Nachwuchsorganisation der Union vorgetragen hatte. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß sprach ebenfalls die Verläßlichkeit des Koalitionspartners FDP an. Er sagte, wenn die Amnestie scheitern sollte, so werde dies sicherlich für Bundeskanzler Helmut Kohl Anlaß sein, die Glaubwürdigkeit Genschers und das Verhältnis zur FDP ernsthaft zu prüfen. Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Theo Waigel äußerte die Erwartung, daß die FDP-Bundestagsfraktion zu ihrer Entscheidung stehe und das Gesetz mitbeschließen werde.

Die FDP versuchte, Zweifeln an ihrer Verläßlichkeit entgegenzuwirken. Ihr NRW-Landesvorsitzender Möllemann sagte, die Verläßlichkeit der FDP orientiere sich an der Koalitionsvereinbarung. Möllemann, der ursprünglich zu den Befürwortern der Amnestiepläne gehörte, sagte, die 55 Prozent der Bürger, die der Koalition ihre Stimme gegeben hätten, hätten „sicher nicht das primäre Anliegen" gehabt, diese Koalition möge „zuallererst eine Amnestieregelung verabschieden". Notwendig sei jetzt eine einvernehmliche Regelung mit der Union.

Peking erhebt gegen Moskau neue Vorwürfe

dpa, Peking

Nach Wochen der Ruhe in den Propaganda-Attacken zwischen Peking und Moskau beginnen sich jetzt wieder die gegenseitigen Beschuldigungen zu häufen. Die englischsprachige Pekinger Zeitung „China Daily" druckte gestern auf ihrer Titelseite auszugsweise einen Kommentar der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua ab, worin die Sowjetunion beschuldigt wird, sie unterstütze Vietnam bei dessen zahlreichen „Provokationen" gegen China. Diese Aktionen stünden im Zusammenhang mit dem vietnamesischen Vorgehen in Kambodscha und an der Grenze zu Thailand. Sie sollten von Hanois dortigen Taten ablenken.

Umgekehrt stellt auch Hanoi einen Zusammenhang mit Kambodscha her. Es wirft China vor, die Grenzzwischenfälle herauszufordern, um damit Vietnam zu bedrängen und den pro-chinesischen Kräften in Kambodscha sowie Thailand moralisch und politisch den Rücken zu stärken.

Mit dem Pekinger Vorwurf, Moskau ermutige Vietnam zu „Provokationen", bekommen die Zwischenfälle an der chinesisch-vietnamesischen Grenze nach Meinung von Beobachtern eine veränderte politische Dimension. Bisher galten sie als lokal begrenzt und politisch weniger brisant. Nun droht ihre Ausweitung, und sie können zu einem Hindernis für eine Verbesserung des Verhältnisses Peking–Moskau werden. Bereits jetzt fühlt sich China starkem militärischen Druck der Sowjets ausgesetzt und macht von dessen Verminderung eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen abhängig. Angeblich soll die befürchtete Zunahme der Kämpfe an der Grenze zwischen China und Vietnam einer der Hauptgründe dafür gewesen sein, daß Moskau den Besuch von Vizepremier Iwan Archipow in Peking absagte.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Bock als Gärtner

„Vertreter der Swapo als Berater für ein Schulbuch über Namibia": WELT vom 28. April

Es verschlägt einem die Sprache: da arbeitet eine deutsche Universität – die von Bremen – zusammen mit Vertretern von afrikanischen Widerstandsbewegungen an einem Schulbuch für namibische und deutsche Schüler zur Förderung des Bildungswesens in Namibia. Drüben soll es Lehrmittel in den sogenannten Frontstaaten und in den Swapo-Flüchtlingslagern in Angola werden, wohin die Swapo bekanntlich ganze Schulklassen aus dem Owamboland in Südwestafrika entführt hat. Welche deutschen Schüler – etwa ausgerechnet in Bremen, der Vaterstadt von Adolf Lüderitz?! – erreicht werden sollen, wird nicht erklärt. Die „Bildungsfachleute" wollen mit ihrem Werk das angeblich unausrottbare „koloniale Denken hierzulande abbauen und deutsche und namibische Geschichte miteinander verbinden".

Wenn diese Herren den angeblichen Bildungsnotstand im südlichen Afrika bedauern, so sollten sie doch nicht vergessen, daß die schwarzen und farbigen Einwohner dort sich nicht nur eines ungleich höheren Lebensstandards, sondern auch eines beachtlichen Bildungsvorsprungs gegenüber allen anderen Staaten des Kontinents erfreuen. Über 22 Prozent der Schwarzen Südafrikas besuchen eine Schule, in den anderen Ländern nur 9,7 Prozent; mehr als 35 000 Schwarze studieren an südafrikanischen Universitäten!

In Südwestafrika schufen Deutsche die ersten Missions- und Herero-Schulen und legten – lange vor Übernahme der Schutzherrschaft – den Grundstein für den weiteren Ausbau der Bildungsarbeit an den Schwarzen. Schon 1866 gründeten sie eine Lehrerbildungsanstalt für junge Hereros, das „Augustineum". Diese Einrichtung, die im übrigen Afrika ihresgleichen sucht, hat Internat, hochmoderne Hörsäle, Werkstätten für die Ausbildung in handwerklichen Berufen, Einrichtungen für Sport, Theater, Freizeit und steht kostenlos den Angehörigen aller eingeborenen Gruppen des Landes zur Verfügung. Sie wird heute von mehr als 700 Schülern besucht, bei Eignung als Vorstufe für ein Universitätsstudium. Dieses Bildungswerk in der Landeshauptstadt Windhoek sei den Mitarbeitern an dem Schulbuch wie allen, die an unserer kolonialen Vergangenheit herumnörgeln, als Repetitorium zur Vervollkommnung ihrer Kenntnisse des deutschen Wirkens dort empfohlen.

H. Schmolck, Rendsburg

Polnische Geschichte

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Beitrag „Verhandlungen über ein Konkordat Vatikan – Polen bergen auch Risiken" (DIE WELT vom 27. April) schreibt Joachim G. Görlich: „... Primas Hlond, der mit seinen nationalen Eskapaden dem Vatikan arg zu schaffen gemacht hatte, bekam erst sieben Jahre nach dem Tod von Pius XI. den obligaten Kardinalshut." Pius XI., seit 1922 Papst, starb 1939. Hlond war 1926 Erzbischof von Gnesen und Posen geworden. Ein Jahr später, also bereits 1927, wurde er in das Kardinalskollegium aufgenommen.

In welchen Annalen mag Görlich da wohl geblättert haben?

Mit freundlichen Grüßen
E. Plazinski, Rheinhausen

*

Sehr geehrte Herren,

in der Ausgabe Ihrer von mir sehr geschätzten Zeitung vom 27. April heißt es in dem Artikel, von Joachim Görlich „Verhandlungen über ein Konkordat Vatikan – Polen": „Nochvor ... sollte Rom entscheiden, welcher Erzbischof den Primastitel behalten könne – von Posen oder Warschau."

Dieser Satz enthält einen Fehler. Die Alternative muß richtig heißen: „... von Gnesen oder Warschau". Das Erzbistum Gnesen – das erste Bistum in Polen – wurde 999/1000 von Kaiser Otto III. gegründet und entwickelte sich zum Metropolitanbistum. Seit 1416 war der Gnesener Erzbischof Primas von Polen. Das später gegründete Bistum Posen wurde 1821 mit Gnesen in Personalunion verbunden. Es gab ein Gnesener und ein Posener Domkapitel. Der Erzbischof residierte in Posen, weil dies die Provinzhauptstadt war; sein Primastitel blieb jedoch an sein Amt als Erzbischof von Gnesen gebunden.

Als der letzte Erzbischof der Zwischenkriegszeit, Kardinal Hlond, nach dem Zweiten Weltkrieg nach Polen zurückkehrte, wurde er Erzbischof von Warschau. Damit er seine frühere Funktion als Primas von Polen weiter ausüben konnte, wurde nun eine Personalunion zwischen Gnesen und Warschau begründet. Posen erhielt einen eigenen Bischof.

Die Personalunion Gnesen – Warschau wurde von dem Nachfolger Hlonds, dem Kardinal Wyszynski, beibehalten. Auch der jetzige Primas, Kardinal Glemp, ist Erzbischof von Gnesen und Warschau.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Klusak, Bonn 2

Mehrwegflaschen

„Falsches Pferd"; WELT vom 18. April

Bundesinnenminister Zimmermann reitet sicherlich das richtige Pferd, wenn er das Anwachsen der Hausmüll-Lawine durch die Vierte Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz beschränken will.

Der Mehrweganteil bei Getränkeverpackungen ist in den letzten Jahren „verläßlich" um über 1 % gesunken. Das bestreitet in der Getränkeindustrie heute niemand mehr. Im Lebensmitteleinzelhandel betrug der Mehrweganteil 1970 noch 88 % und heute nur noch 74 %. Bei Bier liegt der Mehrweganteil zwar insgesamt noch bei 82 %, jedoch mit starken regionalen Unterschieden. Der Einweganteil beträgt in Berlin bereits weit über 50 % und fällt in Bayern bis auf 7 % ab. Der Anteil der Bierdosen hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt.

Positiv sieht es allein im Mineralwasserbereich mit einem Mehrweganteil von 92 % aus.

Bundesinnenminister Zimmermann muß eher das Gefühl haben, auf einem störrischen Esel zu sitzen, den er mit Stock und Sporen zum Laufen bringen muß, damit die Wegwerfverpackungen sich verringern.

Roland Langner, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, Hamburg 1

Verleumdung?

„Leserbrief: Kirchen jenseits der Elbe"; WELT vom 3. Mai

Wenn jemand seine Gemeinde in der DDR verlassen, also „pfarramtliche Fahnenflucht" begangen hat, sollte er besser hier schamhaft schweigen. Es ist aber eine besondere Dreistigkeit, aus sicherer Entfernung mit Lüge und Verleumdung diejenigen zu beschimpfen, die dort ihren Dienst tun. Schon die erste Behauptung: „Alle Kirchenleitungsmitglieder der acht evangelischen Landeskirchen in Mitteldeutschland haben durch Unterschrift die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen des 'DDR'-Regimes versprechen müssen", ist eine solche verleumderische Lüge. Pfui!

Oder will der Schreiber sich anheischig machen, dafür den Wahrheitsbeweis anzutreten?

Mit freundlichem Gruß
W. Hammer, Hannover 1

Wort des Tages

» Was der Reiseplan dem Reisenden ist, das ist der Lebensplan dem Menschen. Ohne Reiseplan sich auf die Reise zu begeben, heißt erwarten, daß der Zufall uns an das Ziel führe, das wir selbst nicht kennen. Ohne Lebensplan leben, heißt vom Zufall erwarten, ob er uns so glücklich machen werde, wie wir es selbst begreifen. «

Heinrich von Kleist; dt. Autor (1777–1811)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Das in Mailand ansässige Kuratorium des Johann-Georg-Zimmermann-Fonds hat den diesjährigen mit je 25 000 Mark dotierten Preis für Krebsforschung an die Professorin **Natale Cascinelli** aus Mailand und **Egon Macher** aus Münster für ihre Forschungsarbeiten zu dem Thema „Malignes Melanom – Diagnostik und Therapie" verliehen. Förderpreise für ihre Arbeit in der Krebsforschung erhalten Dr. **Wolfgang Dipphold** und Dr. **Alexander Knuth** aus Mainz, Dr. **Rainhard Osieka** aus Essen und Dr. **Stanislav Pavel** aus Groningen. Die Förderpreise, die an Wissenschaftler verliehen werden, die das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind mit 10 000 Mark dotiert und werden pro Arbeit vergeben. Der Johann-Georg-Zimmermann-Preis wurde 1972 gestiftet.

*

Der Senat der Hansestadt Hamburg verlieh dem Universitätsprofessor und Schriftsteller **Walter Jens** die Medaille für Kunst und Wissenschaft für seine literarischen Verdienste. Walter Jens, am 8. März 1923 in Hamburg geboren, ist in Tübingen tätig und weithin als „leidenschaftlicher Republikaner und Lehrer im Geiste Lessings" bekannt. Ein Termin für die Übergabe der Auszeichnung steht noch nicht fest.

VERANSTALTUNGEN

Das Hamburger Renommierhotel „Atlantic" feiert dieses Jahr sein 75jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß durfte jetzt „Atlantic"-Chef **Karl-Theodor Walterspiel** die Auszeichnung „Commandeur" des weltweit in 100 Ländern mit 60 000 Mitgliedern vertretenen Feinschmekker-Clubs Chaine des Rotisseurs entgegennehmen. Der Hamburger Chaîne-Präsident **Heinz Köllisch** verlieh den Titel in Vertretung des internationalen Club-Präsidenten **Valby** aus Paris, der üblicherweise die Ehrenverleihungen vornimmt. Den Titel „Commandeur" erhält man nach 20jähriger Mitgliedschaft, während der man sich durch hervorragende gastronomische Tätigkeit ausgezeichnet haben muß.

*

Seit 30 Jahren besteht in Frankfurt am Main die Deutsch-Iberoamerikanische Gesellschaft, die sich mit zahlreichen Aktivitäten um Kontakte und Verständnis für die Länder und Völker Mittel- und Südamerikas bemüht. Dazu gehören auch die alljährlich in Frankfurt stattfindenden Iberoamerikanischen Tage. Aus Anlaß des dreißigjährigen Bestehens der Gesellschaft gibt der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main heute im Kaisersaal des Rathauses Römer einen Empfang, auf dem Bürgermeister Dr. **Hans-Jürgen Moog** die Gäste begrüßen und zu einem anschließenden „Frankfurter Abend" einladen wird.

MILITÄR

US-General **Paul Williams**, der bisher an der Spitze des in Frankfurt am Main stationierten V. Corps der amerikanischen Streitkräfte stand, geht zum NATO-Hauptquartier nach Brüssel. Während eines Empfanges des Magistrats der Stadt Frankfurt im Kaisersaal des Rathauses Römer verabschiedete sich Williams von Oberbürgermeister Dr. **Walter Wallmann**.

ERNENNUNGEN

Der bisherige Leiter der Akademie der Deutschen Gesellschaft für Personalführung in Düsseldorf, Dipl.-Kfm. **Jörg P. Salomon**, ist mit Beginn dieses Monats als weiterer Geschäftsführer zu der Plaut Personalberatung GmbH in Frankfurt am Main berufen worden. Salomon, gebürtiger Augsburger, studierte in München und Regensburg und wird in Zukunft das Düsseldorfer Büro der Plaut Gesellschaft leiten. Die Plaut Personalberatung GmbH ist Mitglied einer der größten Unternehmensberatungs-Gesellschaften Europas.

*

Für die afrikanischen Staaten Sudan und Tschad sind neue Botschafter der Bundesrepublik Deutschland ernannt worden: Neuer Botschafter in Sudan wird **Roland Zimmermann**. Zimmermann, 1928 geboren, im Auswärtigen Dienst seit 1955, war zuletzt Gesandter an der Botschaft in Marokko und davor Leiter der Wirtschaftsabteilung an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York. Neuer Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik Tschad ist **Hans-Joachim Heldt**. Der 50 Jahre alte Diplomat, der zuletzt stellvertretender Referatsleiter in der Rechtsabteilung in der Bonner Zentrale war, gehört seit 1965 dem Auswärtigen Dienst an. Zu seinen Auslandsposten zählen Osaka-Kobe, Manila, Cotonou und London.

*

Brasilien wird durch einen neuen Generalkonsul in Hamburg vertreten. Das Exequatur ist von der Bundesregierung **Paulo Augusto Cotrim Rodrigues Pereira** erteilt worden. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Portugal hat einen neuen Generalkonsul in Frankfurt am Main. Die Bundesregierung erteilte Dr. **Joao Manuel da Cruz da Silva Leitao** das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Ebenfalls in Frankfurt wird der neue Generalkonsul von Kolumbien seine Tätigkeit aufnehmen. Es ist Dr. **Emiliani Roman**, der seit 1981 als Generalkonsul in Bremen tätig war. Sein neuer Konsularbezirk umfaßt die Länder Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Mitterrands dritter Weg

J. Sch. (Paris) – Staatspräsident Mitterrand hat den Franzosen die „gemischte Wirtschaftsordnung" als einen dritten Weg zwischen Kollektivismus und Liberalismus aufgezeigt. Er soll den Sozialismus à la française wetterfest machen, um den Sozialisten den Sieg der Parlamentswahlen von 1986 und Mitterrand selbst seine Wiederwahl 1988 zu erlauben.

Dies ist keine ungeschickte Taktik. Denn die Opposition dürfte ihren Wahlkampf vor allem auf die Entnationalisierung stützen, da ihr die derzeitige Wirtschatspolitik, die eher noch verschärft fortgeführt werden soll, wenig Angriffsfläche bietet. Aber sind die Franzosen wirklich daran interessiert, daß die von den Sozialisten verstaatlichten Banken und Industriekonzerne reprivatisiert werden?

Gewiß, noch kosten diese Konzerne den Steuerzahler viel Geld. Aber die Regierung hat deren Präsidenten unter Androhung ihrer Entlassung angewiesen, sie mit Ausnahme der Stahlkonzerne bis 1985 aus den roten Zahlen zu bringen. Ende 1987 sollen sie sogar rentabel sein. Dann sei bewiesen, so meinen die Sozialisten, daß sich die Nationalisierungsaktion gelohnt hat. Tatsächlich hatten die meisten der neu nationalisierten Industriekonzerne vor ihrer Verstaatlichung Verluste *gebracht.*

Im übrigen ist die Verstaatlichung keine sozialistische Erfindung, ebensowenig wie der allgemeine staatliche Wirtschaftsdirigismus, den es *hier seit Colberts* Zeiten gibt. Die Wirtschaft fordert zwar mehr Freiheit, möchte aber keineswegs auf Subventionen verzichten. Deshalb sind auch die früheren Regierungen den „dritten Weg" gewandelt, wenn auch etwas umsichtiger als die Sozialisten.

Neuer Index

cd. – Leicht kommt Mißtrauen auf, wenn der Index für die Kosten der Lebenshaltung neu berechnet wird. Da wird doch nur gefummelt, damit die Inflationsrate niedriger erscheint, so lautet der Verdacht. Doch der ist völlig unbegründet, wie man allein schon daran sehen kann, daß der neue Index mit dem Warenkorb des Jahres 1980 im vergangenen Jahr um 3,3 Prozent gestiegen ist, der bisherige Index (Basis 1976) dagegen nur um drei Prozent. Gelegentliche Umstellungen des Preisindexes sind einfach nötig, weil sich die Verbrauchsgewohnheiten im Laufe der Zeit ändern. *Manches, was weniger wich*tig geworden ist, zum Beispiel das Tonbandgerät oder der Kinderroller, wird ersetzt durch anderes, was „in" ist, den Videorecorder, das Telespiel oder den Skateroller. Daß die Hausfrau oft den Eindruck hat, der Index „stimme" nicht, liegt einfach daran, daß die Kaufgewohnheiten von denen der „statistischen *Durchschnittsfamilie" abweichen.*

STEUERREFORM / Finanzminister gegen eine Einschränkung des Splitting-Effekts

Staat muß die Familiengemeinschaft als selbstverantwortlich respektieren

HEINZ HECK, **Bonn**

Eine Einschränkung des Ehegattensplitting beträfe hauptsächlich die mehr als sieben Millionen steuerzahlenden Ehepaare, bei denen die Ehefrau ausschließlich oder weit überwiegend als Hausfrau und Mutter tätig ist. Mit diesem Hinweis ist das Finanzministerium erneut den Forderungen nach Schmälerung des Splitting-Effekts entgegengetreten, die zum Teil auch aus der Bonner Unionsfraktion kommen.

Unter Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts wird das Ehegattensplitting mit dem sogenannten Splitting-Divisor 2,0 (dabei wird das gemeinsam zu versteuernde Einkommen den Ehepartnern je zur Hälfte angerechnet, und auf die beiden Hälften wird jeweils der Einkommensteuertarif angewendet, wie er auch für entsprechende Einkommen von Alleinstehenden gilt, daher Halbteilungsverfahren) als eine allen Erfordernissen angemessene Lösung dargestellt.

Denn der Staat habe die Familiengemeinschaft auch wirtschaftlich als eigenständig und selbstverantwortlich zu respektieren. Die Ehegatten *dürften ihre wirtschaftliche Lebens*führung in gleichberechtigter Partnerschaft bestimmen und daher auch über die Verteilung der Haus- und Berufsarbeit frei entscheiden. Das Halbteilungsverfahren gewährleiste dieses Recht, da die Steuer unabhängig von der Verteilung der Einkünfte anfalle.

Zwar sieht das Ministerium eine Verringerung des Divisors von 2,0 auf 1,8 als „im Grundsatz wohl verfassungsrechtlich gerade noch zulässig" an, macht jedoch zugleich auf die Möglichkeiten aufmerksam, mit denen Ehepartner dieser Wirkung ausweichen können. Zum einen biete sich die getrennte Veranlagung der Ehepartner an, die als „verfassungsrechtliches Mindesterfordernis" bezeichnet wird. Zum anderen könne man Einkünfte oder abziehbare private Ausgaben auf den Partner verlagern, was „steuerrechtlich nicht zu verhindern" sei.

Nach Berechnungen des Finanzministeriums stünde sich „die weit überwiegende Mehrheit" der rund 4,4 Millionen Mitverdiener-Ehepaare bei getrennter Veranlagung besser. Dabei wird daran erinnert, daß die getrennte Veranlagung die im Vergleich zur Zusammenveranlagung „unwirt*schaftlichere Besteuerungsform" dar*stellt, also wesentlich mehr Verwaltungsaufwand beim Bürger wie beim Finanzamt erfordert.

Hinzu komme, daß die Einschränkung des Splittings zahlreiche Steuerpflichtige veranlassen würde, Einkünfte auf den Ehegatten zu verlagern, um dem Effekt ganz oder teilweise zu entgehen. An Rechenbeispielen wird nachgewiesen, daß dies mit verhältnismäßig geringfügigen Verlagerungen bei praktisch allen Mitverdiener-Ehepaaren möglich ist. Bei Alleinverdiener-Ehepaaren hingegen müßten die Verlagerungen schon umfangreicher ausfallen (zum Beispiel durch Mitunternehmerschaft am Betrieb).

Arbeitseinkommen könnten allerdings nicht verlagert werden, so daß Arbeitnehmer-Ehepaare folglich keine Ausweichmöglichkeiten hätten. Mit dem eingangs erwähnten Einwand zielt das Ministerium gerade auf solche Fälle. Selbst wenn der Kinderfreibetrag gegenüber dem Stoltenberg-Vorschlag um 500 auf 2900 Mark angehoben würde (rein rechnerisch wäre diese Anhebung aus einer Verringerung des Splitting-Divisors auf 1,8 zu finanzieren), stünden sich diese Ehepaare „überwiegend schlechter" als bei der von Stoltenberg favorisierten Tarifkorrektur (T 1) mit Kinderfreibeträgen von 2400 Mark. Im Ergebnis würden diese Familien die verbesserte Kinderentlastung für einen Teil der Doppelverdiener und für die Kinder aus sogenannten nicht-intakten Familien finanzieren.

Auch hinsichtlich der Steuermehreinnahmen durch die Absenkung des Splitting-Divisors meldet das Finanzministerium erhebliche Bedenken an. Rein rechnerisch werden sie für 1986 auf rund vier, für 1988 auf rund fünf Milliarden Mark veranschlagt. Doch angesichts der geschilderten Ausweichreaktionen sowie anderer Faktoren würden sich die rechnerischen Mehreinnahmen „um mindestens 50 Prozent vermindern".

KREDITWIRTSCHAFT

Streik treibt Zinsen hoch und dämpft die Konjunktur

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Vor den nachteiligen Folgen lange anhaltender Arbeitskämpfe auf den deutschen Export, den Wechselkurs der D-Mark und die Zinsen in der Bundesrepublik warnten Sparkassenverbandspräsident Helmut Geiger und der Bundesverband Deutscher Banken. Die Möglichkeiten einer weiteren Abkoppelung der deutschen Zinsen von den amerikanischen stoßen an Grenzen, wenn das Vertrauen ausländischer Anleger in die D-Mark durch innere Entwicklungen in der Bundesrepublik gestört werde, schreibt *der Bankenverband* in seinem Konjunkturbericht. Bei vernünftigen Lohnabschlüssen könnten sich die gegenwärtigen Wechselkurs- und Zinstendenzen freilich bald wieder ändern, zumal dann, wenn die amerikanischen Leistungsbilanzprobleme wieder stärker an den Devisenmärkten in das Bewußtsein rückten. Die Hoffnung auf im weiteren Jahresver*lauf stabile oder leicht nachgebende* Zinsen brauche deshalb nicht aufgegeben zu werden.

Sparkassenpräsident Geiger lobt die Bundesbank für ihren bisherigen pragmatischen Kurs und empfiehlt ihr, sich auch künftig von den nervösen Schwankungen der Devisenmärkte nicht beeinflussen zu lassen *und keine Maßnahmen* zu beschließen, die zu Zinserhöhungen führen müßten. Aber wenn lange anhaltende Arbeitskämpfe den deutschen Export empfindlich störten, müsse der D-Mark-Kurs zwangläufig weiter abrutschen. Dann, so fürchtet Geiger, ließe sich der große Zinsgraben zwischen der Mark und dem Dollar nicht mehr verteidigen. Die Bundesbank müsse in einer solchen Situation die Zinsen entsprechend heraufsetzen, was Gift für die noch nicht gefestigte Konjunktur sei.

Sowohl Geiger als auch der Bankenverband warnen vor der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Sie appellieren an die Tarifparteien, eine Lösung zu finden, deren Kosten tragbar sind und die nicht internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen beeinträchtigt. Die Schäden eines Arbeitskampfes sind nach Geigers Auffassung in der heutigen labilen Weltwirtschaftslage nicht mehr kalkulierbar. Deshalb dürfe keine Tag versäumt werden, den Arbeitskampf abzuwenden und unverzüglich in ein Schlich*tungsverfahren einzutreten.*

Kritisch äußern sich Geiger und der Bankenverband zur Diskussion um eine Steuerreform, die nach Geigers Meinung die wirtschaftliche Erholung belastet. Beide lehnen eine Mehrwertsteuererhöhung ab. Unter Hinweis auf die schlechten Erfahrungen der USA betont der Bankenver*band die Notwendigkeit, Steuersen*kungen auf der Ausgabenseite abzusichern und die bisherigen Erfolge bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht zu gefährden.

Zornige Mosel-Winzer

Von JOACHIM NEANDER

In Frankfurt und Italien ist es nichts Neues. Die Deutschen erleben es zum erstenmal: Der Wein, der göttliche Rebensaft, als brisantes Politikum. An der Mosel diskutieren die Winzer intern bereits einen flächendeckenden Boykott der Europawahl am 17. Juni.

Das Komische an diesem Vorgang ist, daß ausgerechnet jetzt am Verbrauchermarkt dem deutschen Wein endlich wieder bessere Zeiten zu winken scheinen. Die neuesten Zahlen des Mainzer Stabilisierungsfonds für Wein besagen, daß nicht nur der theoretische Pro-Kopf-Verbrauch von Wein und Sekt in der Bundesrepublik 1983 von 24,8 auf 26,5 Liter gestiegen ist, sondern – wichtiger noch – der deutsche Wein an diesem Anstieg besonders stark beteiligt ist. Der in den letzten schwierigen Jahren mit Massenernten und Massenimporten auf 62 Prozent zurückgegangene Marktanteil des deutschen Weins am Inlandsverbrauch ist in den ersten Monaten 1984 wieder auf 71 Prozent geklettert. Im Lebensmitteleinzelhandel beträgt er sogar 75 Prozent. Auch der Export wuchs 1983 wieder *um 19 Prozent und selbst hier ein* struktureller Fortschritt: Nicht mehr die billigen EG-Tafelweinverschnitte mit deutscher Aufmachung spielten die Hauptrolle, sondern auch wieder richtiger deutscher Qualitätswein bis hin zu hochwertigen Spezialitäten.

Doch muß man sofort vor Euphorie warnen. Ein Blick auf die Preise macht deutlich, warum die Situation voller Explosivstoff bleibt, sich sogar noch verschärft hat. Von 1982 auf 1983 sank hierzulande der durchschnittliche Endverbraucherpreis pro Flasche bei deutschem Wein um 63 Pfennig (auf 5,68 Mark), bei ausländischem Wein dagegen nur um 16 Pfennig (auf 4,41 Mark). Die bittere Wahrheit des Umsatzzuwachses sieht also so aus: Massiver Verdrängungswettbewerb über den Preis. Die Sonderangebote überschlagen sich: Spätlesen unter zwei Mark und selbst fränkische Bocksbeutel unter 2,50 Mark (noch vor zwei Jahren selten unter sieben oder acht Mark zu haben) signalisieren, in welcher Richtung die sausende Fahrt geht.

Zwei Bereiche werden diesen mörderischen Wettlauf der großen Mengen und Niedrigpreise mit Sicherheit nicht mehr lange mithalten. Zum einen sind es die durch Tradition, große Namen, hohe Qualität, aber auch entsprechend hohe Kosten gekennzeichneten Weingüter. Durch strenge Selbstkontrolle, verstärktes Marketing und Exportanstrengungen versuchen sie inzwischen, sich selbst am Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, stoßen dabei aber vielfach auf Mißtrauen, Sozialneid und Gruppenegoismus sogar in den eigenen Reihen.

Zum anderen aber sind es die kleinen Moselbetriebe. Hier steht man mit dem Rücken an der Wand. Der hohe Arbeitsaufwand der Steillagen, sowieso geringere Mengenerträge, der durch die Skandale und eine verfehlte Süßwein-Politik weitgehend selbst ruinierte Ruf, die überdurchschnittlich ernste Wirtschaftsflaute gerade in den traditionellen Mosel-Absatzregionen an Rhein und Ruhr und nicht zuletzt die relativ hohe Verschuldung der zum Teil winzigen Moselbetriebe drohen hier jede Hoffnung auf bessere Zeiten zunichte zu machen. Der Ruf nach dem Staat wird immer lauter.

In den Kellern der Mosel-Winzer liegen unverkauft immer noch 30 Prozent der Ernte 1982 und 70 Prozent der Ernte 1983, beides Rekorderträge. Und mindestens Frostschäden sind für 1984 nicht mehr zu „erhoffen". Appelle an Vernunft und Selbstbegrenzung, *wie sie beispielsweise in* Franken offenbar ein großes Echo gefunden haben, sind an der Mosel in den Wind gesprochen. Wer nachts die Tanklastzüge mit italienischen Kennzeichen durch die engen Moselsträßchen zu den großen Kellereien fahren sieht, dem mag der Sinn nach Selbstbegrenzung wohl vergehen.

Selbst die geheime Hoffnung, die am 1. März 1984 endgültig ausgelaufene EG-Sondererlaubnis zur Naßverbesserung der Moselweine werde am Ende nicht so streng kontrolliert werden, scheint sich zu zerschlagen. Trinkwasser von Eifel und Mosel, besagen die Behördendaten, enthält überdurchschnittlich viel Nitrat. Und das kann man recht gut auch noch im Wein nachweisen.

Nun ist der große Zorn da. Zunächst richtet er sich gegen Europa. Aber sogar in den eigenen Reihen weiß man inzwischen an der Mosel sehr gut, daß die EG in anderen Ländern noch viel größere Probleme zu lösen hat. Und auch hierzulande haben der Bund und das Land Rheinland-Pfalz nicht die Möglichkeit, per Federstrich die Preise zu erhöhen oder die Bürger der Bundesrepublik zum Trinken der Moselweine aufzufordern. Die Zukunft wird also in jedem Fall schmerzhaft sein. Alles, was der Staat noch tun kann, ist, diese Schmerzen für die Betroffenen ein wenig zu lindern.

AUF EIN WORT



» Wir sind überzeugt, daß das qualitative Anspruchsdenken mit einer optimistischeren *Zukunftseinschätzung* und einem steigenden Konjunkturtrend wächst. «

Herbert Obergfell, Präsident des Verbandes der Deutschen Uhrenindustrie
FOTO: DIE WELT

Ecu-Notierungen an den Devisenbörsen?

dpa/VWD, **Paris**

Im Zuge der angestrebten Weiterentwicklung des Europäischen Währungssytems (EWS) wird die Europäische Währungseinheit Ecu möglicherweise an den Devisenmärkten der Gemeinschaft zum täglichen Fixing zugelassen, hieß es nach dem informellen Treffen der EG-Finanzminister. Außerdem soll die Ecu verstärkt für Transaktionen der Notenbanken der EG-Handelspartner zugelassen werden. Der EG-Währungsausschuß soll im Auftrag der Finanzminister prüfen, ob die im Rahmen des kurzfristigen Währungsbeistandes von den Notenbanken ausgeliehenen Beträge nicht verstärkt in Ecu zurückgezahlt werden könnten. Der Prüfungsauftrag an den Währungsausschuß umfaßt die Überwindung von legalen Hindernissen, die der verstärkten Verwendung der privaten Ecu für Transaktionen außerhalb der Notenbanken entgegenstehen.

EG-MINISTERRAT

Die Sparmöglichkeiten sind noch nicht ausgeschöpft

WILHELM HADLER, **Brüssel**

Keinen Grund zur Eile sieht der EG-Ministerrat gegenwärtig für die Entscheidung, auf welche Weise die Gemeinschaft ihr drohendes Milliardenloch im Haushalt füllen soll. Die meisten Regierungen verhielten sich gestern abwartend, ohne allerdings die Notwendigkeit außergewöhnlicher Finanzierungsmaßnahmen grundsätzlich von der Hand zu weisen.

Die einstündige Diskussion der Außenminister zeigte, daß die von der Kommission vorgelegten Zahlen in den Hauptstädten durchweg als überhöht angesehen werden. Die meisten Regierungen sind der Meinung, daß die Sparmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft sind und daß die Gemeinschaft durch Umschichtungen im Etat oder durch eine Verzögerung von Auszahlungen zusätzlich Luft gewinnen könnte.

Die Kommission hatte den mutmaßlichen Fehlbedarf für das Haushaltsjahr 1984 auf 2,33 Milliarden Ecu (rund 5,22 Milliarden Mark) veranschlagt, vor allem als Folge der verspäteten Beschlüsse über die Agrarreform. Ihr Vorschlag, wonach die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft ein einmaliges verzinsliches Darlehen bereitstellen sollen, ist vor allem in der Bundesrepublik und in Großbritannien auf Widerstand gestoßen.

Eine Schlüsselposition kommt vor allem London zu, das die Taktik verfolgt, die EG „auszuhungern", um seiner Forderung nach einer gerechteren Lastenverteilung Nachdruck zu geben. Die Briten haben bereits mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie jede zusätzliche Finanzspritze von der Lösung ihres Beitragsproblems abhängig machen. In Bonn ist offenbar eine endgültige Position noch nicht entwickelt worden. Dagegen *drängt Frankreich auf eine möglichst* schnelle Entscheidung.

SELBSTÄNDIGE UNTERNEHMER

Integration der Ausländer entschiedener betreiben

HEINZ HECK, **Bonn**

Für die in der Bundesrepublik wohnenden und arbeitenden türkischen Arbeitnehmer sollte eine „entschiedene Integrations-Politik" mit dem Ziel des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft in absehbaren Fristen betrieben werden. Diesen Vor*schlag hat jetzt die Arbeitsgemein*schaft Selbständiger Unternehmer (ASU) in einem langfristig orientierten Konzept der Ausländerpolitik gemacht. Dazu gehöre „die vollkommene Gleichstellung aller türkischen Arbeitnehmer im Arbeits- und Niederlassungsrecht", soweit sie in Deutschland bleiben wollen und die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben. *Zugleich sollten die* Einbürgerungen – besonders für Jugendliche – erleichtert, die Ausweisungsmöglichkeiten reduziert und die Wartezeiten bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen gestrichen werden.

Alle in Deutschland bleibenden Türken sollten in bestimmten Fristen aufgefordert werden, sich für oder gegen das Ziel der Einbürgerung zu entscheiden. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft nicht anstrebe, sollte sich grundsätzlich nur befristet in der Bundesrepublik aufhalten können.

Die Zuzugssperre müsse bestehen bleiben, um diese Integration nicht durch weitere Zuwanderungen von Ausländern außerhalb der EG zu gefährden. Nach Meinung der ASU hat die Türkei keinen Rechtsanspruch auf Freizügigkeit, denn auch nach 1986 bleibe sie der EG lediglich assoziiert. Familienzusammenführung sei in der Weise zu begünstigen, daß die Eltern zu ihren Kindern in die Türkei zurückkehren. *Familiennachzug soll* nur für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr und für Ehepartner nach Einbürgerung möglich sein. Diese „Notbremse" sei unerläßlich, denn in der Türkei lebten noch rund 220 000 „potentiell nachziehende" türkische Kinder unter 16 Jahren.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wachstum in südlichen Regionen am stärksten

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die „Südländer" in der Bundesrepublik wiesen auch 1983 die größte wirtschftliche Dynamik auf. Während das Wirtschaftswachstum insgesamt 1,3 Prozent betrug, wuchs die bayerische *Wirtschaft mit 2,2 Prozent deutlich* schneller als der Bundesdurchschnitt. Dagegen blieb nach einer Analyse des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie die Wachstumsrate im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit nur 0,6 Prozent deutlich hinter dem Durchschnitt zurück. In Bremen (minus 1,8 Prozent) und im Saarland (minus 1 Prozent) ging das Sozialprodukt weiterhin zurück. Die Dynamik des Südens ist auch längerfristig gegeben, wie ein Vergleich von 1970 bis 1982 belegt.

Zins-Obergrenze gefordert

Hot Springs (AFP) – Angesichts der schweren Belastung namentlich *der Entwicklungsländer durch die* Zinsentwicklung in den USA hat sich der Präsident der amerikanischen Federal Reserve Bank, Paul Volcker, für eine Zins-Obergrenze bei Krediten an die Dritte Weltausgesprochen. Es wäre positiv, eine „neue Finanzierungsphase" einzuleiten, die die von einigen Entwicklungsländern verwirklichten wirtschaftlichen Erfolge zu konsolidieren erlaube. Die Idee war schon mehrfach von US-Finanzexperten ins Gespräch gebracht worden.

Kritik an der Regierung

Bonn (DW.) – Überlegungen der Bundesregierung, innerhalb der geplanten Steuerreform, die Versiche*rungssteuer von bisher fünf auf sie*ben Prozent anzuheben, sind vom Gesamtverband der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) kritisiert worden. Die Regierung erhofft sich von der Erhöhung Steuermehreinnahmen von rund 1,2 Mrd. DM. Die Versicherer befürchten allerdings, daß die höhere Steuer nicht ohne Folgen auf das Abschlußvolumen neuer Versicherungsverträge bleibt.

Fonds aufgestockt

Tunis (AP) – Die 75 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) haben sich auf eine Erhöhung des Entwicklungsfonds um 50 Prozent geeinigt. Er soll für den Zeitraum von drei Jahren 1,5 Mrd. Dollar betragen. Ein entsprechender Beschluß wurde nach einer dreitägigen Sitzung des AfDB-Aufsichtsrats gefaßt. Der Entwicklungsfonds, der zinslose Kredite für ausgewählte Entwicklungsprojekte bereitstellt, wird von den 25 nichtafrikanischen AfDB–Mitgliedsstaaten finanziert.

Konkurse zugenommen

Tokio (VWD) – Die Zahl der Konkurse von japanischen Unternehmen mit Verbindlichkeiten über zehn Mill. Yen nahmen im April im Vorjahresvergleich um 17,4 Prozent auf 1757 Fälle zu. Die zusammengefaßten Verbindlichkeiten stiegen gegenüber *April 1983 um 14,8 Prozent auf* 243,038 Mrd. Yen.

Neues Ölfeld gefunden

Beirut (rtr) – Ein neu erschlossenes libysches Ölfeld nordwestlich des Ölfeldes Abul-Tifel produziert nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Jana täglich 4500 Barrel Öl und sechs Mill. Kubikmeter Gas. Es hieß, das neue Ölfeld sei in den letzten Tagen angebohrt worden. Seine Größe würde noch untersucht, doch erste Resultate ließen auf schätzungsweise 624 Mill. Barrel schließen.

Hohes Handelsdefizit

Rom (VWD) – Die italienische Handelsbilanz weist für das erste Quartal 1984 nach vorläufigen Zahlen ein Defizit von 4,184 Bill. Lire (6,78 Mrd. DM) aus, verglichen mit 4,106 Bill. im gleichen Vorjahreszeitraum. Nach Angaben des staatlichen statistischen Instituts Istat stiegen die Importe um 21 Prozent auf 34,873 Bill. und die Exporte um 24,5 Prozent auf 30,689 Bill. Lire an. Für den März allein er*gibt sich ein Fehlbetrag von 1,776* Bill. Lire.

Optimismus mit Grenzen

Belgrad (dpa/VWD) – Die jugoslawische Regierungschefin Milka Planinc hat vor übertriebenem Optimismus bei der Sanierung der schwer angeschlagenen Wirtschaft des Landes gewarnt, während sie im Parlament den Rechenschaftsbericht über die zweijährige Amtsperiode abgab. Als Aufgaben nannte sie unter anderem die finanzielle Konsolidierung der von Illiquidität bedrohten Unternehmen und eine einschneidende Reform des Steuer- und Preissystems.

SCHWEIZ / Wohnungsverkauf an Ausländer diskutiert

Bern gegen Volksinitiative

IRENE ZÜCKER, Genf

Soll der Verkauf von Grundstükken und Ferienwohnungen an nicht in der Schweiz lebende Ausländer generell verboten werden? Das ist die Grundfrage der eidgenössischen Volksabstimmung „gegen den Ausverkauf der Heimat" vom 20. Mai. Die Ablehnung dieser Volksinitiative empfehlen Berner Regierung und Parlament. Auf Druck der Initiative haben die Behörden einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet, der zwar mit seiner zusätzlichen Beschränkung der Ferienwohnungsverkäufe an Ausländer in der politischen Diskussion keinen leichten Stand hat, weil die bisherigen ineffizienten Kauf- und Baubewilligungssysteme das Vertrauen der Bevölkerung im Hinblick auf Lösungen zum Thema „Ausverkauf der Heimat" erschüttert.

Denn das Immobiliengeschäft mit *Grundstücken in der helvetischen* Alpenwelt floriert weiter. Jede zehnte Schweizer Familie besitzt eine Ferienwohnung. Aber auch viele Bürger der Bundesrepublik und Vermögende anderer Staaten haben den Reiz der Schweiz als ständiges Ferienziel entdeckt. Ein eigenes Haus im neutralen Alpenland bietet zudem steuertechnische Vorteile.

Bereits 20 Prozent aller Ferienwohnungen sind Eigentum von im Ausland lebenden Nichtschweizern. Der tatsächliche Umfang ausländischen Grundbesitzes in der kleinen Eidgenossenschaft liegt jedoch weit höher, da die Umgehungsmöglichkeiten der seit 1961 eingeführten Bewilligungspflicht mittels Gesellschaften und Schweizer „Strohmännern" relativ einfach sind.

Offiziell bewilligt wurden von 1961 bis 1982 rund 70 000 Verkäufe ans Ausland, was 2,6 Prozent der gesamten Bauzonenfläche entspricht. Beim Lesen der Annoncen in ausländischen Zeitungen für Schweizer Liegenschaften wird jedoch bald klar, daß nicht touristische Zwecke, sondern die sichere Kapitalanlage oder Steuer- und Kapitalflucht Hauptmotiv für den Grundstückerwerb sind und dies zusätzlich Bodenpreise weiter in die Höhe treibt. Volkswirtschaftlich gesehen bringen diese Ferienhäuser den Gemeinden wegen der notwendigen Infrastruktur mehr Kosten als Erträge, da der Auslastungsgrad der Zweitwohnungen von Ausländern bloß elf Prozent beträgt, ausgenommen Apartment-Hotels, die weitervermietet werden.

Die Volksinitiative, die seit dem Höhepunkt der Verkäufe 1979 besteht, verlangt die Ergänzung der Bundesverfassung durch einen neuen Artikel, der den Erwerb von Grundeigentum nur Schweizern und Ausländern mit Niederlassungsbewilligung gestattet. Zukünftige Käufe von Ferienwohnungen durch Ausländer, die vorwiegend außerhalb der Schweiz wohnen, wären unmöglich. Juristische Personen dürften Grundstücke erwerben, wenn ihr Eigen- und Fremdkapital zu mindestens 75 Prozent in den Händen von Personen mit Niederlassung und Wohnsitz in der Schweiz liegt. Zwei Ausnahmen werden gewährt: Grundstückserwerb durch Ausländer ohne Niederlassung oder ausländisch beherrschte Firmen ist zulässig, wenn er als Grundlage für einen Produktions- oder Dienstleistungsbetrieb dient und wenn es um öffentliche oder gemeinnützige Interessen geht, wie bei internationalen Organisationen.

Der Druck der Volksinitiative der Nationalen Aktion für Volk und Heimat (NA) hat „Bern" zu einem indirekten Gegenvorschlag veranlaßt, der zum 1. Januar 1985 in Kraft treten soll, sofern die Initiative am nächsten Sonntag abgelehnt wird. Dieses neue Bundesgesetz will den Verkauf von Zweitwohnungen an Ausländer weder unterbinden noch stabilisieren, sondern die zulässige Zahl der Bewilligungen für Ferienwohnungen und Apartment-Hotels auf zwei Drittel der 1980–84 verzeichneten Bewilligungen kontingentieren.

Der „Ausverkauf der Heimat" ist vor allem ein Problem der Konzentration. 76 Prozent aller bewilligten Landverkäufe an Ausländer entfallen auf die Ferienkantone Waadt (Genfersee), Graubünden, Wallis und Tessin. Dies veranlaßt Umweltschutz-motivierte Kreise, darauf hinzuarbeiten, daß diese vier Kantone mit einer druckfesten Gesetzgebung zur Vernunft gezwungen werden.

ANGERMANN / Unternehmensvermittlung belebt

Gesunde Firmen gesucht

JAN BRECH, Hamburg

Eine spürbare Belebung der Nachfrage für gesunde und entwicklungsfähige Unternehmen registriert der Hamburger Unternehmensvermittler und Firmenberater Horst F. G. Angermann. Gefragt seien vor allem Firmen aus den Branchen Elektronik/Meßtechnik, Robotertechnik und Lebensmittel. Demgegenüber bleibe die Abwicklung von Aufträgen in der Investitionsgüterindustrie schwierig.

Kennzeichen für das Interesse am Erwerb von Unternehmen oder Unternehmensteilen sind nach Angaben von Angermann die steigende Anzahl von gezielten Suchaufträgen. Dabei stehe nicht mehr wie in der Vergangenheit das Streben nach Expansion im Vordergrund, sondern die bessere Auslastung der bestehenden Anlagen durch synergetische Effekte. Gesucht seien in erster Linie Unternehmen von Produktionsverfahren mit technischen Neuerungen. Eine bescheidene Belebung zeichne sich auch auf dem gewerblichen Immobilienmarkt ab, betont Angermann. Die anhaltende Strukturwandlung in der Industrie führe allerdings dazu, daß mehr Fläche am Markt freigesetzt werde als unterzubringen sei. Die Preise stünden nach wie vor unter Druck.

Der Strukturwandel sorgt auch bei Maschinen und Anlagen für ein breites Angebot. Diese Abteilung habe 1983 gute Umsätze gemacht. Als Käufer treten vor allem Unternehmen aus europäischen Schwellenländern auf. Das Versteigerungsgeschäft in diesem Bereich hat Angermann in der Angermann Auktions KG zusammengefaßt, die 1983 rund 30 Versteigerungen von Maschinenparks und Anlagen vornahm.

Der Objektumsatz der Gruppe wird mit unverändert 275 Mill. DM angegeben. Darin enthalten sind auch die Honorarumsätze der Angermann Consult GmbH, die ebenfalls eine deutliche Geschäftsbelebung verspürte. Sehr zufrieden zeigt sich Angermann mit der Entwicklung des angebotenen „Sales plus program". Es soll mittelständischen Unternehmen bei der Erschließung nordamerikanischer Exportmärkte helfen.

DEUTSCHER KAFFEEVERBAND / Harter Wettbewerb brachte nicht nur Freude

Verbrauch wieder leicht gestiegen

JAN BRECH, Hamburg

Der deutsche Kaffeemarkt ist nach Jahren der Stagnation 1983 wieder leicht gewachsen. Wie der Deutsche Kaffeeverband in einem ersten Überblick über das Kaffeejahr 1983 mitteilt, stieg der Absatz um 1 bis 2 Prozent. Mit 7119 Gramm Rohkaffee erreichten die Deutschen den bislang höchsten Pro-Kopf-Verbrauch. In den Haushalten gaben die Kaffeetrinker dafür rund 7,5 Mrd. DM aus. Im statistisch schwer zu erfassenden Außerhausmarkt dürften 1,6 Mrd. DM mit Kaffee umgesetzt worden sein.

Ein reines Jahr der Freude war 1983 für die Röster dennoch nicht. Verstärkt durch den Höhenflug des Dollar hat sich Rohkaffee verteuert, ohne daß die Preiserhöhungen im gleichen Ausmaß an den Verbraucher weitergegeben werden konnten. Nach Angaben des Verbands stieg der Einstandspreis von 7,08 DM je Kilo im Januar 1983 auf 7,83 DM im Dezember. Der durchschnittliche Preis für ein Pfund ungemahlenen Bohnenkaffee mittlerer Qualität betrug im Januar 11,83 DM, im *Dezember dagegen nur 10,91 DM.*

Der ungemein harte Wettbewerb am Kaffeemarkt wird nach Aussage des Verbands darin deutlich, daß sich die Marktauseinandersetzungen überwiegend im Niedrigpreisbereich abspielen. Im vergangenen Jahr wurden 45 Prozent des Röstkaffees für weniger als 9 DM gekauft, 28 Prozent im Segment 9 bis 10 DM und nur 27 Prozent der Verbraucher gaben für ein Pfund Kaffee 10 DM und mehr aus.

Den erbittert geführten Frontenkrieg am Kaffeemarkt spürt auch der Verband selbst. Eine für kommende Woche vorgesehene Pressekonferenz, in der die Daten des Marktes erläutert werden sollten, wurde wegen der angespannten Lage unter den Mitgliedern wieder abgesetzt. Hier spielen die Vorgänge um die Einführung der neuen Kurzzeitröstung und die Umstellung auf die 400-Gramm-Packung eine Rolle. Diese, den Markt beherrschende Entwicklung erwähnt der Verband in seinem Bericht mit keinem Wort.

Um so ausführlicher weist er auf die gemeinsame Erkenntnis der Branche hin, daß das gültige Rohkaffee-Abkommen in seiner jetzigen Form schwere Mängel habe und Absatzprobleme in den Kaffeeländern schaffen müsse. Kritisiert wird einmal, daß durch das Überangebot am Rohkaffeemarkt die Länder profitierten, die dem Abkommen nicht beigetreten sind.

Zweiter Kritikpunkt ist die Marktverteilung, die bislang die Erzeuger alleine regeln. Die großen Produzentenländer, so der Verband, fällen dabei politische Entscheidungen, die der Nachfragestruktur nicht entsprechen und die vor allem die von der deutschen Kaffeewirtschaft benötigten Qualitäten durch Verknappung verteuern. Alle Versuche, die Verbraucherwünsche in die Quoten-Regelung mit einzubringen, seien vorerst am Widerstand der Erzeuger gescheitert.

Von den 1983 brutto eingeführten 511 700 Tonnen Rohkaffee stammte etwa ein Drittel aus Kolumbien. Als weitere wichtige Lieferanten lagen Brasilien auf Platz zwei und El Salvador auf Rang drei.

LAKER / Klage gegen Lufthansa erfolglos

Keine „Verschwörung"

WILHELM FURLER, London

Das amerikanische Justizministerium hat die Ermittlungen gegen eine Reihe internationaler Fluggesellschaften, darunter auch die Deutsche Lufthansa, für ein angestrebtes Antitrust-Verfahren in Verbindung mit dem Zusammenbruch der britischen Billig-Fluggesellschaft Laker Airways eingestellt. Wie in London bekannt wurde, hat das US-Justizministerium in Briefen an die Regierungen Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschlands und der Schweiz mitgeteilt, daß es keinerlei Anhaltspunkte gibt, die Zivil- oder Strafprozesse im Bereich der Antitrust-Rechtsprechung gegen die Fluggesellschaften der drei Länder zumindest in einem Klagepunkt rechtfertigten.

Das Ministerium hatte seine Ermittlungen gegen die Deutsche Lufthansa, Swissair, British Airways, British Caledonian, PanAm und TWA aufgenommen, nachdem der Konkursverwalter der Laker Airways, Christopher Morris, vor dem Bundesgericht in Washington Zivilklage auf Schadenersatz mit einem Streitwert von rund 2,5 Mrd. DM wegen unerlaubter Absprachen und „Verschwörung" gegen Laker gegen die Fluggesellschaften sowie den Flugzeug-Hersteller McDonnell Douglas und den Triebwerk-Konzern General Electric erhoben hatte. Angeblich, so der Konkursverwalter, hätten die beteiligten Fluggesellschaften die Herstellerfirmen unter Druck gesetzt, Laker bei der Finanzierung seiner Flugzeuge keine Sonderkonditionen einzuräumen.

Auch bezüglich des zweiten Klage-Punktes wurden Lufthansa, Swissair und British Caledonian vom Justizministerium in Washington von jeglichem Verdacht einer Beteiligung befreit. Dabei geht es um die Behauptung, die Transatlantik-Gesellschaften hätten Laker in den Konkurs getrieben, weil sie in geheimen Absprachen die Laker-Flugpreise noch unterboten hätten. Allerdings waren die einzigen direkten Laker-Wettbewerber die Fluggesellschaften British Airways, PanAm und TWA auf der Strecke London–New York. Gegen diese drei scheint das Ministerium auch weiterhin zu ermitteln.

GROSSBRITANNIEN / Keine Sofortabschreibung mehr

Änderung trifft Banken hart

WILHELM FURLER, London

Die britischen Großbanken werden durch die Steueränderungen, die von Schatzkanzler Nigel Lawson im März-Budget verkündet wurden, empfindlich getroffen. Um künftigen Steueransprüchen, die sich aus den Änderungen im Bereich Sonderabschreibungen ergeben, gerecht werden zu können, mußten fünf Banken jetzt zusätzliche Steuerrückstellungen in Höhe von fast acht Mrd. DM vornehmen.

Ohne jede „Vorwarnung" hatte der Schatzkanzler die bisherige Regelung geändert, nach der Maschinen, Anlagen und gewerbliche Gebäude im ersten Jahr voll abgeschrieben werden konnten. Diese Möglichkeit wird im laufenden und im nächsten Finanzjahr drastisch reduziert und läuft Ende *März 1986 ganz* aus. Von dann an gilt ein 25prozentiger Jahressatz.

Von diesen Sonderabschreibungen hatten insbesondere die Großbanken profitiert, indem sie sich stark im Leasing-Geschäft engagierten. Durch die Budget-Änderungen sehen sie sich plötzlich zu hohen Rückstellungen gezwungen. Sie werden nicht nur wegen des Fortfalls der hundertprozentigen Abschreibung im ersten Jahr nötig, sondern auch wegen der vom Schatzkanzler in seiner Jahressteuervorlage angekündigten Reduzierung der Körperschaftssteuer.

Damit werden die Großbanken gezwungen, von ihren Leasing-Kunden niedrigere Abgaben für die Maschinen- und Anlagenverpachtung zu verlangen, was zu einer entsprechenden Verringerung des Steuervorteils für das eigentliche Bankgeschäft führt. Die zusätzlichen Steuerrückstellungen erreichen bei den fünf Großbanken gut *7,5 Mrd. DM.* Einige Großbanken werden möglicherweise ihr Engagement im Leasing-Geschäft drastisch abbauen.

GENOSSENSCHAFTEN / Bezugsgeschäft stagniert

Probleme für Vermarkter

dos, Hannover

Die geplante Anhebung der Umsatzsteuer für die deutschen Landwirte ist nach Ansicht des Genossenschaftsverbandes Niedersachsen als Einkommensausgleich für die EG-Beschlüsse zwar grundsätzlich zu begrüßen (1. September), so Verbandsdirektor Manfred Schlüter, beinhalte aber „erhebliche Unsicherheiten für die aufnehmende Hand", weil die Vermarktung von Getreide und Raps sowie die Inanspruchnahme der Intervention gestört wird. Zudem würden der Abbau des Währungsausgleichs und der damit verbundene Preiseinbruch ab Anfang 1985 durch die geplante Ausgleichsmaßnahme nicht verhindert. Deshalb seien Überbrückungsmaßnahmen für die Getreide- und Rapsvermarktung und ein voller Preisausgleich für die Lagerbestände notwendig.

Im Geschäftsjahr 1982/83 haben die 110 Raiffeisen-Warengenossenschaften und 88 Kreditgenossenschaften mit Warenverkehr des Verbandes den Umsatz um 3,2 Prozent auf 2,43 (2,36) Mrd. DM erhöht. Nach den Worten Schlüters zeigte sich dabei, daß reale Umsatzsteigerungen nur noch im Absatzgeschäft erzielt werden. Vom Gesamtumsatz entfielen unverändert 1,77 Mrd. DM auf das Bezugs- und 0,66 (0,59) Mrd. DM auf das Absatzgeschäft.

Schwierig verlief das Geschäft der Viehverwertungs-Genossenschaften, die nach Stückzahlen zwar einen Anstieg um 6,4 Prozent verzeichneten, zugleich aber einen Umsatzrückgang auf 1,1 (1,12) Mrd. DM hinnehmen mußten. Einer leichten Verbesserung bei Schlachtrindern standen um 10,9 Prozent geringere Erlöse bei Schweinen gegenüber. Im laufenden Jahr allerdings haben sich die Preise für Schweinefleisch wieder erholt. In der zweiten Jahreshälfte wird eine weitere Festigung des Niveaus erwartet.

YTONG

Bauindustrie droht Rückschlag

DANKWARD SEITZ, München

Weil bereits 1985 der Bauindustrie wieder ein Rückschlag droht und von „längerfristigem Wachstum in der Branche keine Rede" sein kann, will die Ytong AG, München, ihre Produktpalette in den nächsten Monaten verstärkt diversifizieren. Allein rund ein Viertel soll dafür, wie Vorstandsvorsitzender Dieter Jutzi erläuterte, aus dem Investitionsvolumen von 25 (12) Mill. DM 1984 bereitgestellt werden. Geplant ist in allen sieben deutschen Werken die Errichtung von Anlagen zur Herstellung von Granulaten. Ausgebaut wird im Werk Schrobenhausen die Produktion beschichteter Ausbauplatten sowie eines Trennwandsystems.

Im laufenden Jahr hofft Jutzi im wesentlichen mit den bisherigen Ytong-Produkten mit einem Umsatzplus von 10 Prozent und auch beim Ertrag an das gute Geschäftsjahr 1983 anknüpfen zu können, in dem das Unternehmen mit einem Absatz von Steinen und Montageteilen um 7 Prozent auf 1,38 Mill. cbm von der Konjunkturbelebung am Bau profitierte. Daß der Umsatz mit 253 Mill. DM dabei nur um 3,3 Prozent stieg, ist auf das Abfallen der Bauleistung auf 43 (53) Mill. DM zurückzuführen.

Sprunghaft verbessert hat sich dagegen die Ertragslage des Unternehmens. Das Netto-Ergebnis (nach DVFA) verdreifachte sich auf 4,5 (1,5) Mill. DM; der Netto-Cash-flow stieg auf 17,0 (11,7) Mill. DM. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von 3,6 (1,33) Mill. DM. Daraus wird eine auf 12 (4) Prozent erhöhte Dividende auf das Grundkapital von 27 Mill. DM ausgeschüttet, an dem die schwedische Yxhult AB mit 70 Prozent und die Readymix AG, Ratingen, mit 29,5 Prozent beteiligt sind.

Ausgebaut werden soll, so Jutzi, das 1982 von der schwedischen Mutter übernommene Lizenz- und Anlagengeschäft. In 13 Ländern arbeiten derzeit 27 Werke nach dem Ytong-Verfahren; drei weitere werden jetzt in Ägypten gebaut. Außerdem stünden mehrere Aufträge kurz vor dem Abschluß.

VEGLA / Aus der „bedrängten Wettbewerbssituation" in der europäischen Glasindustrie kann Schlimmes folgen

Rekord-Investitionen für die Renditebesserung

J. GEHLHOFF, Aachen

Schlimmes sieht Felix Altenhoven für die deutschen Flachglasproduzenten heraufziehen, denen der bisher schon scharfe Wettbewerbsdruck aus dem Ausland weder 1983 noch 1984 die Chance zu nennenswerten Preiserhöhungen lasse. Den Vorsitzenden der Geschäftsführung bei der Aachener Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH, die mit 400 Mill. DM Stammkapital voll dem französischen St.-Gobain-Konzern gehört und neben der zum englischen Pilkington-Konzern gehörenden Fürther Flachglas AG der führende deutsche Produzent ist, drückt eine dicke Sorge.

Denn mit ungebrochener Lust sieht Altenhoven die Regierenden in anderen westeuropäischen Ländern am Werke, durch „beschäftigungswirksame" Subventionen den Bau neuer Floatglasanlagen zu fördern. Davon gebe es zwar schon jetzt mehr als genug. Und der „Beschäftigungseffekt" aus solchen Basisanlagen aller Flachglasproduktion, von denen jede rund 300 Mill. DM oder gut eine Million pro Arbeitsplatz koste, sei ja nun auch nicht sonderlich groß. Aber die Neubaupläne bleiben akut und zielen allesamt mit Vorliebe auf den in Europa größten und attraktivsten deutschen Markt, der ohnehin schon bei Bauglas heute weit über 50 (vor drei Jahren noch unter 40) Prozent Importanteil aufweist.

Zumindest mit ihren Absatzmengen jedoch konnte die Vegla-Gruppe 1983 in ihrem Flachglasgeschäft (zu 47 Prozent mit der Autoindustrie und zu 53 Prozent mit der Bauwirtschaft) erstmals wieder zufrieden sein. Rechnet man die nun in eine Schwestergesellschaft ausgegliederten und jeweils „kundennahen" zwei Dutzend Isolier-Bauglasbetriebe in Handwerksformat für beide Jahre mit, so hat die Gruppe ihren Gesamtumsatz vor allem durch höheren Absatz an die Autohersteller um 10 Prozent auf 1,09 Mrd. DM mit einer auf 8000 (8400) reduzierten Mitarbeiterzahl gesteigert.

Das Ertragsresultat daraus blieb allerdings noch mager. Ohne Ertragssteuer (die bei der als oHG geführten Aachener St.-Gobain-Zwischenholding anfällt) besserte die Vegla GmbH ihren Jahresüberschuß erst wieder auf 10,8 (4,3) Mill. DM, wovon 6,6 (4,1) Mill. DM an die Zwischenholding abgeführt werden. Besser, aber gleichfalls noch mager, hätte der Gewinn ausgesehen, wenn die Vegla GmbH von ihrer nun quasi auf „Handwerksformat" zurückgestuften Tochter Glas- und Spiegel-Manufactur AG, Gelsenkirchen-Schalke, nicht mit einer durch Stillegungsaufwand hohen Verlustübernahme von 23,5 (–) Mill. DM belastet gewesen wäre.

Weitere Ertragsbesserung (und Belegschaftsschwund) prophezeit der Vegla-Chef denn auch für 1984. Dies freilich mit dem Hinweis auf ein wohl nur noch mäßig wachsendes Geschäft im Kfz-Bereich und mit der Sorge, daß es beim Absatz von Bau-Isolierglas im Herbst zu Lieferklemmen kommen könnte, wenn Bonn die Ende 1984 auslaufende Bau-Investitionszulage nicht wenigstens bis zum nächsten Frühjahr verlängere.

Die entscheidende Besserung der Vegla-Rendite soll aus dem vor Jahresfrist verkündeten großen Drei-Jahres-Investitionsprogramm von 500 Mill. DM kommen, das bereits 1983 die Sachinvestitionen auf die bisherige Rekordhöhe von 103 (76) Mill. DM bei 67 (57) Mill. DM Abschreibungen steigerte. Die verstaatlichte Pariser St.-Gobain-Holding, deren deutsche Töchter 3 Mrd. DM Umsatz bringen, braucht ihrer Flachglas-Tochter für diesen Kraftakt keine Kapitalhilfe zu leisten.

LAMPEBANK / Kontinuität sorgte für Erfolge

„Das Klassenziel erreicht"

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Das Jahr 1983 war für uns recht komfortabel", stellt Helmut Nieland, Sprecher der Geschäftsleitung der Bankhaus Hermann Lampe AG, Bielefeld/Düsseldorf, lapidar fest. Mit gewohntem Understatement begründet er die „recht zufriedenstellende Ertragslage" mit der Kontinuität der Geschäftspolitik. Sie zeige, daß eine Privatbank auch in härterem, selbst in Marktnischen deutlich erkennbarem Wettbewerb ihre Stellung ausbauen kann. Man habe das „Klassenziel mit unterschiedlichen Noten erreicht".

Im Kreditgeschäft (ohne Avale) lag die Zinsmarge bei knapp 3 (2,9) Prozent. Der Zinsüberschuß allein überdeckte den Personal- und Sachaufwand um 46 (46) Prozent. Das „erfreuliche Betriebsergebnis" erlaubt eine umfassende Kredit-Risiko-Vorsorge. Der bewußt wieder auf 13,5 Mill. DM abgestellte Jahresüberschuß läßt nach Rücklagendotierungen von 4 (5) Mill. DM eine auf 9,6 (8,5) Mill. DM erhöhte Ausschüttung an die Eigentümer, allen voran mit 70 Prozent Rudolf August Oetker, zu. Gleichzeitig erhöhten die Gesellschafter ihre Kapitaleinlagen.

Sosehr das Geschäft auf Stärkung der Ertragskraft ausgerichtet war, die Bilanzsumme wuchs erstaunlich kräftig, weitgehend durch den Anstieg der Kundeneinlagen. Schwerpunkt des Kreditgeschäfts blieben kurzfristige Barausleihungen sowie die Diskont- und Akzeptkredite „nach strengen Bonitätsregeln", die auch die Trennung von mancher Adresse nahelegte. Im risikoträchtigen Auslands- und Großgeschäft ist man nicht vertreten, deshalb liegt der Wertberichtigungsbedarf bei 3,6 Prozent des Gesamtkreditvolumens. Trotz verstärkten Drucks auf die Zinsmarge erwartet Lampe für 1984 ein ähnliches Ergebnis wie 1983.

Lampebank	1983	±%
Gelder v. Banken (Mill. DM)	1102	+ 1,4
Gelder v. Kunden	1223	+ 10,2
Forder. an Banken	924	+ 20,5
Forder. an Kunden	1085	+ 1,4
Kreditvolumen	1656	+ 0,9
Bilanzsumme	2624	+ 7,2
Geschäftsvolumen	3122	+ 6,9
Zinsüberschuß	50,8	+ 4,3
in % d. Bil.-Summe	1,9	(2,0)
Provisionsüberschuß	12,0	+ 12,1
Eigenkapital	100	+ 11,1
in % d. Bil.-Summe	3,8	(3,7)
in % d. Verbindlk.	4,1	(3,9)
Liquide Mittel	640	+ 3,7
in % d. Verbindlk.	28,1	(26,8)

SEL / Durchbruch für das digitale Fernsprechvermittlungssystem ein Höhepunkt der Firmengeschichte

Große Fortschritte in der Gewinnentwicklung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, die ertragsmäßig einen großen Schritt nach vorn machte, setzt sich die freundliche Geschäftsentwicklung auch 1984 fort. Im ersten Quartal dieses Jahres lag der Auftragseingang der Gruppe um 64 Prozent über dem Vorjahr, der Auftragsbestand erhöhte sich um 27 Prozent. Der Umsatz stieg in dieser Zeitspanne zwar „nur" um 5,4 Prozent, wobei die stärkeren Impulse vom Export ausgingen, doch rechnet Vorstandsvorsitzender Helmut Lohr für das ganze Jahr mit einem Umsatzwachstum von etwa 7 Prozent.

Das Unternehmen wird nach Lohrs Worten die Politik der Hochtechnologie auf der Basis einer nachhaltig gestärkten Ertragskraft in Zukunft fortsetzen. Im laufenden Jahr sollen die Investitionen um mehr als 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen. Einer der Schwerpunkte wird dabei der Aufbau einer Serienfertigung für das digitale Fernsprechvermittlungssystem „System 12" sein.

Zusammen mit der im Geschäftsjahr 1983 eingetretenen Ertragsverbesserung verdreifachte sich der SEL-Jahresüberschuß, wobei die Umsatzrendite (der Gruppe) auf 2,0 (0,7) Prozent zunahm. Der Nettogewinn stieg um 53 Prozent. Die Ertragskraft – die EEV-Steuern verdoppelten sich – veranlaßte SEL nunmehr auch, den aus der Zeit der Übernahme von Graetz aus den fünfziger Jahren „mitgeschleppten" Verlust von 15 Mill. DM auszubuchen. Die freien Aktionäre der SEL, die 16 Prozent des Kapitals von 384 Mill. DM halten, werden wie im Vorjahr mit der Garantiedividende von 21 Prozent bedient. An die Muttergesellschaft ITT wird eine von 5 auf 21 Prozent aufgestockte Dividende ausgeschüttet.

Zu den wesentlichsten Gründen für die deutliche Ertragsverbesserung zählt Lohr die zielstrebige Ausrichtung des Unternehmens auf Spitzentechnologie, die sich unter anderem in der forcierten Bereinigung des Produktionsprogramms niederschlug. Durch den Einstz neuer Informations- und Kommunikationssysteme stieg die Effizienz, und die Kostenstruktur verbesserte sich in allen Bereichen spürbar. Für Forschung und Entwicklung wurden wiederum 10 Prozent des Umsatzes aufgewendet.

An der Steigerung des Gruppenumsatzes um 3,4 Prozent auf 4,3 Mrd. DM (dabei weitete sich das Exportgeschäft um 19,8 Prozent aus) waren alle drei Unternehmensgruppen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, beteiligt: Die Umsätze in der Nachrichtentechnik stiegen um 1,2 Prozent auf 2,69 Mrd. DM, in der Konsumelektronik wurden mit 1,14 Mrd. DM 8,5 Prozent mehr als im Vorjahr umgesetzt. Der Umsatz der Gruppe Bauelemente nahm um 2,3 Prozent auf 675 Mill. DM zu.

Zu den Höhepunkten für SEL wertet Lohr als „wichtigstes Projekt in der Firmengeschichte" den Durchbruch für das digitale Fernsprechvermittlungssystem „System 12", das von der Deutschen Bundespost ab 1985 auch auf der Ortsvermittlungsebene eingeführt wird. Weitere 16 Länder haben sich für seinen Einsatz entschlossen. Im Sektor der Unterhaltungselektronik wartete SEL mit einem besonderen Trumpf, der Einführung eines völlig neuen Fernsehgerätetyps („Digivision") mit digitaler Signalverarbeitung auf.

Viel verspricht sich das Unternehmen von seinem Lösungsangebot für alle Aufgaben in der Bürokommunikation. Im Hinblick auf das Gemeinschaftsprojekt einer Glasfaserfabrik in Berlin, gegen das das Kartellamt inzwischen Front machte, läßt man bei SEL keinen Zweifel, daß man alle Möglichkeiten ausschöpfen (z. B. Ministererlaubnis) wolle, um doch noch zu einer Realisierung zu kommen.

In der Bilanz erscheinen Vorräte um weitere 30 Mill. DM niedriger. Deutlich zugenommen auf 393 (262) Mill. DM haben Forderungen an verbundene Unternehmen wegen Darlehensgewährung an die Mutter. Die dadurch verursachte Aufblähung der Bilanzsumme hatte einen leichten Rückgang der Eigenkapitalquote der AG auf 29,9 (32,7) Prozent zur Folge. Die Investitionen, die sich im Vorjahresrahmen hielten, wurden „spielend" durch den Cash flow abgedeckt.

SEL	1983	±%
Gruppenumsatz (Mill. DM)	4293	+ 3,4
Exportanteil (%)	29,3	(25,3)
Beschäftigte	30 721	- 2,9
Sach-Investitionen (Mill. DM)	144	+ 0,7
Abschreibungen	126	+ 3,3
Cash flow[1]	235	+ 41,6
Nettogewinn[2]	82	+ 53,0
Jahresüberschuß	87	+ 210,7
in % vom Umsatz	2,0	(0,7)

[1] Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuf. zu Pensionsrückstellungen; [2] Gewinn je Aktie 10,74 (7,02) DM (nach Angaben der Verwaltung).

LEHNKERING

Disziplin bei den Investitionen

HARALD POSNY, Duisburg

Ungeachtet des unbefriedigenden Konjunkturverlaufs und schwacher Beschäftigung in allen Tätigkeitsbereichen hat die im Schiffahrts- und Speditionssektor tätige Lehnkering AG, Duisburg, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) erneut ein akzeptables Ergebnis vorweisen können.

Das ausschließlich auf dem deutschen Markt tätige, mehrheitlich zur Metallgesellschaft gehörende Unternehmen hat nach den Worten von Vorstandssprecher Heribert Becker die Rezessionsauswirkungen sehr deutlich anhand rückläufiger Aufträge gespürt.

Im grenzüberschreitenden Rheinschiffsverkehr hatte, so Becker, der ruinöse Wettbewerb zwischen Reedereien und Partikulier-Organisationen einen Frachtenverfall zur Folge gehabt.

So ist der Umsatzrückgang um 6,4 (1) Prozent auf 161 Mill. DM bei einemRückgang des Transportvolumens um 7,2 Prozent auf 10,6 Mill. t nicht verwunderlich. Auf der anderen Seite ist es gelungen, mit 6.3 Mill. DM ein nur um 0.4 Mill. DM geringeres Betriebsergebnis zu erwirtschaften.

„Bewußt diszipliniert" hat sich Lehnkering bei den Investitionen verhalten. Sie gingen auf 5,3 (13,4) Mill. DM zurück, während die Abschreibungen mit 9,7 Mill. DM unverändert hoch blieben. Aus 2,4 (2,3) Mill. DM Jahresüberschuß flossen 1,1 (1) Mill. DM in die Rücklagen. Die Aktionäre (von 9 Mill. DM Aktienkapital sind 5 Prozent in Streubesitz) werden wie im Vorjahr mit 7 DM je 50-DM-Aktie bedient.

In den ersten 6 Monaten des laufenden Geschäftsjahres hat sich das Ladungsangebot verbessert. Der Umsatz wuchs um 14, der Rohertrag um 5 Prozent. Das Ergebnis, so Becker, soll sich weiter verbessern.

WHB / Letzter Dividendenquell versiegt

Neue Verluste im Bausektor

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zuletzt hatten die Aktionäre der WHB Wickrather Handels- und Beteiligungs-AG, Mönchengladbach, für 1980 eine Ausschüttung von 7 DM je 50-DM-Aktie aus dem erwirtschafteten Jahresergebnis erhalten. Zwei weitere Jahre zahlte der Großaktionär (99 Prozent), die britische Bowater Corp., jedem Kleinaktionär erst 5 dann 3 DM je 50-DM-Aktie aus der eigenen Tasche, obwohl ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht zur Verfügung stand. Jetzt gehen Groß und Klein leer aus. Die WHB AG weist einen Fehlbetrag von 2,5 (8,9) Mill. DM, der Teilkonzern von 5 (13) Mill. DM aus, der sich mit dem Vortrag auf 9,7 (4,7) Mill. DM Verlust addiert.

Die als Holding für die im Leder- und Industriesektor hauptsächlich jedoch im Baubereich engagierten Beteiligungsgesellschaften tätige WHB AG weist im Geschäftsbericht erneut auf die widrigen Verhältnisse im Baubereich hin. Geringe Nachfrage, Überkapazitäten und Preisverfall, aber auch der Wegfall von Investitionshilfen und steuerlichen Fördermaßnahmen, führten zu belastenden „Re-Strukturierungsmaßnahmen" mit anschließenden Sozialplänen.

Die Belegschaft in der Gruppe sank um 200 auf 900 Mitarbeiter, der Umsatz um fast 13 Prozent auf 140 Mill. DM, von denen etwa zwei Drittel auf den Baubereich entfallen, der auch für den Umsatzrückgang verantwortlich ist. Die Investitionen in der Gruppe lagen bei 7,2 (4) Mill. DM, denen Abschreibungen von 6,5 (7,5) Mill. DM gegenüberstanden.

Im Jahr 1984 wird, so der Jahresbericht, „mit dem Abschluß der Strukturmaßnahmen eine Stabilisierung der Gruppe und Zurückführung auf eine befriedigende Erlössituation eingeleitet". Mit Ertragsprognosen ist man anders als 1983, vorsichtiger geworden (Hauptversammlung 15. 6.).

Otto Stumpf mit schwarzen Zahlen

VWD, Nürnberg

Nachdem die pharmazeutische Großhandlung Otto Stumpf AG, Nürnberg, im Geschäftsjahr 1983 ein positives Betriebsergebnis erwirtschaftet und ihre Umsätze auf 380 (316) Mill. DM ausweiten konnte, geht der Vorstand für 1984 bei einem langsameren Wachstum der gesamten Branche (1983: plus 9 Prozent) davon aus, Umsatzent und Ertrag des Vorjahres nicht zu erreichen. Gleichwohl wird, wie es in der Erläuterung des Geschäftsberichts heißt, ein erneut positives Ergebnis erwartet. Aus dem Jahresüberschuß 1983 von 14,82 (5,28) Mill. DM wurden 0,74 Mill. DM in die gesetzliche Rücklage eingestellt. Der Hauptversammlung am 26. Juni wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn von 14,08 Mill.DM ebenfalls den Rücklagen zuzuführen. 1982 war ein Verlustvortrag von 17,165 Mill. DM durch Erträge aus einer Kapitalherabsetzung von 16 Mill. DM getilgt worden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag von Salzgitter

Stockholm (gtm) – Die Stahlwerke Peine-Salzgitter, Salzgitter, haben der nordschwedischen staatlichen Grubengesellschaft LKAB deren bisher größten Auftrag beschert. Peine-Salzgitter wird von 1985-1990 jährlich 2 Mill. Tonnen Erz beziehen, davon 600 000 Tonnen Pellets. Vermutlich wird die LKAB damit auch in die Lage versetzt, ihr drittes Pelletswerk in Svappavaara wieder in Betrieb zu nehmen.

AVA mit Bonus

Bielefeld (hdt.) – Die AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, schlägt ihrer Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 20 Prozent plus 8 Prozent Bonus auf 12,2 Mill. DM Grundkapital vor. In den Genuß dieser Rekorddividende in der deutschen Handelslandschaft, die die Vorjahresausschüttung von insgesamt 24 Prozent noch übertrifft, kommen rund 23 000 Kleinaktionäre, darunter ein Viertel eigene Mitarbeiter. Das in Westfalen und Südniedersachsen tätige Unternehmen hatte im Vorjahr seinen Umsatz um 12,9 Prozent auf 1,37 (1,21) Mrd. DM steigern können. Die Mitarbeiterzahl stieg um etwa 500 auf 5000.

Varta erhöht Dividende

Hannover (dos) – Die Verwaltung der Varta AG, Bad Homburg, schlägt der Hauptversammlung am 27. Juni für das Geschäftsjahr 1983 die Ausschüttung einer auf 12 (8) Prozent erhöhten Dividende auf das Grundkapital von 98,94 Mill. DM vor. Der Jahresüberschuß hat sich auf 23.1 (16,2) Mill. DM verbessert. Daraus werden den Rücklagen 11,5 (7,9) Mill. DM zugeführt.

Wieder 7 Prozent

Berlin (Wz.) – Die Verwaltung der Kempinski AG, Berlin, schlägt der Hauptversammlung am 6. Juli für das Geschäftsjahr 1983 wieder eine Dividende von sieben Prozent auf das Aktienkapital von 13,75 Mill. DM vor. Zusammen mit der Steuergutschrift für die inländischen Aktionäre beträgt die vorgesehene Ausschüttung rund elf Prozent.

Neuer MBB-Personalchef

München (sz.) – Vollkommen überraschend hat der Aufsichtsrat der MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, München, einen neuen Personalchef in die Geschäftsführung dieses Luft- und Raumfahrt-Konzerns berufen. Wie ein Unternehmenssprecher auf Anfrage bestätigte, wird der bisherige Arbeitsdirektor Fritz Killguß demnächst abgelöst von Ulrich Jacubowski, bisher noch im Vorstand der Iveco Magirus AG, Ulm, für Personalfragen zuständig. Über Gründe für diesen Wechsel und seinen Zeitpunkt wird bei MBB noch Stillschweigen gewahrt.

Aktien verbreitet schwächer

Streik- und Zinssorgen bestimmen die Tendenz

DW.- Der weitere Zinsanstieg in den USA und eine schwache Börse in New York hinterließen am deutschen Aktienmarkt tiefe Spuren. Er hatte zusätzlich unter dem Streikbeginn in der Metallindustrie zu leiden. Auch der Berufshandel hielt sich zurück. Autoaktien hatten am Wochenbeginn naturgemäß überdurchschnittlich unter dem Arbeitskampf zu leiden. Mit Ausnahme von Porsche, wo in der Gegend von 940 DM offensichtlich eine Widerstandslinie gefunden worden ist, gaben die Papiere der Autounternehmen deutlich nach.

Kräftige Kursabschläge mußten sich auch die Papiere der Deutschen Bank und von Siemens gefallen lassen. Hier dürften Abgaben aus dem Ausland vorgelegen haben. Überdurchschnittlich unter *Druck* lag auch der Hoechst-Kurs, die zur Zeit laufende Kapitalerhöhung erweist sich als zusätzliche Belastung. Das Bezugsrecht mußte zurückgenommen werden, lag aber auf rechnerischer Parität. Obwohl unter Umständen durch die Streiks Kaufkraftverluste in Milliardenhöhe entstehen werden, konnten sich die Warenhausaktien mit Abschlägen bis zu 4 DM noch einigermaßen gut halten. Indirekt betroffen von den sich in der Autoindustrie *abzeichnenden* Streikfolgen waren auch Conti Gummi.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt verminderten um 5 DM und Aigner um 7,50 DM. Edelstahl Witten und Glas Schalke gaben jeweils um 5 DM nach. Keramag verloren 3 DM und Pegulan St. 7 DM. Erhöht haben Alexander um 15,90 DM und DAT um 10 DM. Gerresheimer Glas verbesserten sich um 3,50 DM. Bei den Versicherungen stockten *Aachener Rück* um 10 DM auf und Allianz Versicherung gaben um 11 DM nach.

Frankfurt: ADT erhöhten um 5,50 DM auf 115,50 DM und Mannheimer Versicherung um 17 DM auf 457 DM. Binding verloren 5 DM auf 217 DM und Linde 6,80 DM auf 375,20 DM. Metall verbesserten sich um 11,50 DM auf 246,50 DM.

Hamburg: Beiersdorf mußten um 4 DM auf 338 DM zurückgenommen werden. Im gleichen Ausmaß schwächer verkehrten Reichelt zu 120 DM. Bremer Vulkan gaben um 2,50 DM auf 58 DM nach. Phoenix Gummi verkehrten zu 135 DM bis 134 DM (minus 1 DM). Kräftig erholen konnten sich Haller Meurer, die mit 140 DM (plus 7,50 DM) bezahlt wurden. Vereins- und Westbank gingen zu 298 (minus 1 DM) um.

München: Aticnne Aigner verloren 7 DM, Agrob St. 10 DM und Dywidag 4 DM. Um 4 DM verbesserten sich Flachglas und um 1,50 DM Brau AG Nürnberg. Leonische Draht erhöhten um 2 DM. Patrizier nahmen um 8 DM zurück und Rahtgeber um 7 DM. Süd Chemie verloren 1 DM und Zahnräder Renk 2 DM.

Berlin: Schering büßten 7 DM und Berthold 4 DM ein. Bergmann wurden um 4 DM niedriger taxiert. DUB-Schultheiss gaben um 2 DM und *Bekula* um 1,40 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 148,4 (149,7)
Welt-Umsatzindex: 1696 (2010)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Brüssel

	14. 5.	11. 5.
Arbed	1765	1780
Brux. Lambert	2580	2565
Cockerill Ougrée	300	289
Ebes	2580	2595
Gevaert	3245	3185
Kredietbank	7290	7220
Pétrofina	7990	7970
Soc. Gén. d. Belg.	1825	1855
Sofina	6210	6180
Solvay	4130	4135
UCB	5200	5200
Index	154,45	154,30

Optionshandel

Goldmünzen

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisen

Die technische Abschwächung des Dollar-Kurses setzte sich auch am 14. 5. zu Beginn der neuen Woche fort und wurde unterstützt durch Marktspekulationen auf eine Diskont- bzw. Lombardanhebung durch die Bundesbank auf der in der zweiten Wochenhälfte anstehenden Zentralbanksitzung. Nach ruhigem Beginn mit Kursen von knapp unter 2,78 gab der Kurs im Tagesverlauf bei teilweise hektischen Kursausschlägen bis 2,7510 nach. Der amtliche Mittelkurs wurde noch mit 2,7675 festgestellt und die Bundesbank intervenierte mit einem Verkauf von 16,85 Mill. Dollar. Paralell zur Dollarkursentwicklung konnte sich die D-Mark gegenüber den übrigen amtlich notierten Währungen erneut verbessern. Der Japanische Yen schwächte sich dabei um 7,5 Promille auf 1,1950 ab. US-Dollar in: Amsterdam 3,1080; Brüssel 56,2275; Paris 8,4865; Mailand 1700,00; Wien 19,5150; Zürich 2,2842; Ir. Pfund/DM 3,075; Pfund/Dollar 1,3822; Pfund/DM 3,828.

Ostmarkkurs am 14. 5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

WIRTSCHAFT

SCHWANK-GRUPPE

Infrarot-Geschäft im Aufschwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Umsatzsteigerungen von jeweils 10 Prozent erwartet das seit drei Jahrzehnten existierende Kölner Familienunternehmen Schwank GmbH für 1984 sowohl im Stammhaus-Geschäft als auch in der mit eigenen Auslands-Firmen in sechs Ländern operierenden Gruppe. Unternehmer Bernd Schwank, mit seiner Produktidee der Gas-Infrarot-Strahler zur Großraumbeheizung auf heimischen Markt längst zum größten Produzenten emporgestiegen (50 Prozent Marktanteil), nennt für 1983 den Umsatz seines Kölner Hauses mit gut 16 (15,6) Mill. DM und den Gruppenumsatz mit knapp 50 (49) Mill. DM.

Trotz dieses nur dürftigen Wachstums zeigt sich Schwank mit der 1983er Rendite sehr zufrieden. Die GmbH habe ihren Gewinn nach Steuern auf stolze 8,5 (6,6) Prozent vom Umsatz verbessert. Mit Ausnahme der US-Tochter sei der Ertrag auch bei allen Auslandsfirmen „sehr gut" gewesen. Dies offensichtlich auch als Resultat weiterer Rationalisierung in der sehr personalintensiven Fertigung: Die Belegschaftszahl ging 1983 bei der GmbH auf 121 (136) und in der Gruppe auf 327 (353) Mitarbeiter zurück. Das Gruppen-Geschäft zeigte 1983 vor allem deshalb Stagnation, weil die US-Tochter ihre Produktion von Petroleum-Heizgeräten (3 Mill. Dollar Umsatz) unter dem Druck japanischer Konkurrenz einstellte. Die Konzentration auf das Gas-Infrarot-Geschäft brachte Schwanks US-Tochter in den ersten vier Monaten von 1984 sogar eine Umsatzsteigerung von 25 Prozent.

Elu-Kooperation mit Black & Decker

nl. Stuttgart

Die Eugen Lutz GmbH & Co., Mühlacker, unter dem Markenzeichen „Elu" als Hersteller von Elektrowerkzeugen und Maschinen zur Bearbeitung von Holz sowie Aluminium- und Kunststoff-Profilen bekannt, will im Auslandsgeschäft eine enge Kooperation mit der Welt größtem Hersteller, dem amerikanischen Black & Decker-Konzern, eingehen. Nach Angaben beider Unternehmen sei eine vorläufige Vereinbarung getroffen worden, wonach Black & Decker von Elu das Geschäft mit Elektrowerkzeugen und Maschinen für die Holzbearbeitung außerhalb der Bundesrepublik erwerben will.

Die Vereinbarung benötige noch die Zustimmung verschiedener europäischer Behörden, so daß sie erst in einigen Monaten wirksam werden könne. In diesem Zusammenhang erwirbt Black & Decker die schweizerische Elu-Fabrik sowie sämtliche an dieses Tochterunternehmen angeschlossenen ausländischen Elu-Vertriebsfirmen mit insgesamt 300 Beschäftigten. Elu begründet dieses Arrangement damit, sich stärker als bisher auf die inländischen Aktivitäten konzentrieren zu können. Elu hatte in 1983 den Umsatz um 26 Prozent auf rund 200 Mill. DM gesteigert.

NAMEN

Manfred Schröder, Vorstandsmitglied der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg wurde als Nachfolger von **Reinhard Entholt**, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Schiffahrtsbank.

Dr. **Fritz Lehnen**, Leiter des Bereichs Zentrales Controlling der WMF, wurde per 1. Juli zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt.

Dr. **Knut Fischer**, wurde per 1. Oktober 1984 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Berliner Bank AG, Berlin, berufen.

Klaus Balzer (49), Geschäftsführer der Deutschen IHK London, ist zum Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsführer deutscher Auslandshandelskammern gewählt worden. Er ist Nachfolger von **Hans-Joachim Meyer-Marsilius**.

Christoph von Blanckenhagen, bisher Vertriebsleiter „Süd" der Amdahl Deutschland GmbH, München, ist zum Geschäftsführer berufen worden. Er ist Nachfolger von **Bernhard P. Sauer**, der zum 1. Juli als Geschäftsführer bei der ICC International Computer & Consulting GmbH, Hamburg, anfängt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: IBV Industriefilmsatz f. Buchdruckereien und Verlage mbH & Co. Lichtsatz KG; **Bocholt:** ALMOE-Bauelemente GmbH, Südlohn 1; **Düren:** Anton Schmitz GmbH, Inden; **Düsseldorf:** dbs-seestern Datenverarbeitung, Beratung u. Service GmbH; **Gütersloh:** DEMA Immobilienvermittlungsges. mbH; **Hannover:** Bernhard Lüdemann, Kfz-Handwerker, Laatzen 1; Nachl. d. Erna Lange, ohne festen Wohnsitz; Boots-Plattenladen Manfred Schütz GmbH & Co. KG; **Lüdenscheid:** Halverscheidt & Co. GmbH, Neuenrade; **Mönchengladbach:** Kunibert Weichel Ing. GmbH – Heizung-Klima-Sanitär, Wegberg-Beeck; **Weißenburg:** Stein oHG, Treuchtlingen; Fritz Weigl, Langenaltheim.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Buxtehude: Kelch Strickwarenfabrik Harsefeld; **Freudenstadt:** Ges. f. Textilveredlung Kappler & Klemm GmbH & Co. KG, Loßburg; **Neuwied:** Werner Röhle, Rheinbreitbach.

Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1983

Aktivseite	DM	Passivseite	DM
Langfristige Ausleihungen	9 142 714 685,38	Begebene Schuldverschreibungen (einschl. Lieferungsverpflichtungen)	9 495 812 244,34
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	3 808 399,23	Aufgenommene langfristige Darlehen	250 405 600,—
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	10 749 405,96	Kurz- u. mittelfristige Verbindlichkeiten	90 095 323,73
Kurz- und mittelfristige Forderungen	1 018 719 082,30	Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	328 233 273,35
Eigene Schuldverschreibungen	42 989 149,58	Durchlaufende Kredite	11 750 996,36
Zinsen für langfristige Ausleihungen	217 309 093,87	Rückstellungen	14 485 664,—
Durchlaufende Kredite	11 750 996,36	Sonstige Verbindlichkeiten	553 054,05
Grundstücke und Gebäude	2 220 985,01	Rechnungsabgrenzungsposten	31 810 017,59
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 613 357,—	Sonderposten mit Rücklageanteil	253 565,—
Sonstige Vermögensgegenstände	349 675,26	Grundkapital	27 500 000,—
Rechnungsabgrenzungsposten	54 853,50	Offene Rücklagen	191 900 000,—
		Bilanzgewinn	10 479 945,03
	10 453 279 683,45		10 453 279 683,45

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1983

Aufwendungen	DM	Erträge	DM
Zinsen für Schuldverschreibungen und Darlehen	764 168 914,50	Zinsen aus Hypotheken, Kommunaldarlehen und sonstigem	714 164 362,17
Andere Zinsen	8 396 766,95	Andere Zinsen	121 908 827,54
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft	28 712 547,53	Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	38 204 743,89
Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	7 255 266,29	Andere Erträge	1 341 910,40
Personalaufwendungen	14 562 300,63	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	25 356,50
Sachaufwand	6 539 830,03		875 645 200,50
Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Grundstücke u. Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	712 815,72	Jahresüberschuß	20 875 612,61
Steuern	24 027 493,02	Gewinnvortrag	4 332,42
Sonstige Aufwendungen	393 653,22		20 879 945,03
Jahresüberschuß	20 875 612,61	Einstellung in offene Rücklagen	10 400 000,—
	875 645 200,50	Bilanzgewinn	10 479 945,03

Der vollständige Jahresabschluß, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft enthält, wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Hauptversammlung vom 14. Mai 1984 hat beschlossen, den im Jahresabschluß ausgewiesenen Bilanzgewinn in Höhe von 10 479 945,03 DM wie folgt zu verwenden:

5 500 000,- DM zur Ausschüttung einer

Dividende von 10,- DM je Aktie im Nennbetrag von 50,- DM,

1 375 000,- DM zur Ausschüttung einer

Zusatzdividende (Bonus) von 2,50 DM je Aktie im Nennbetrag von 50,- DM,

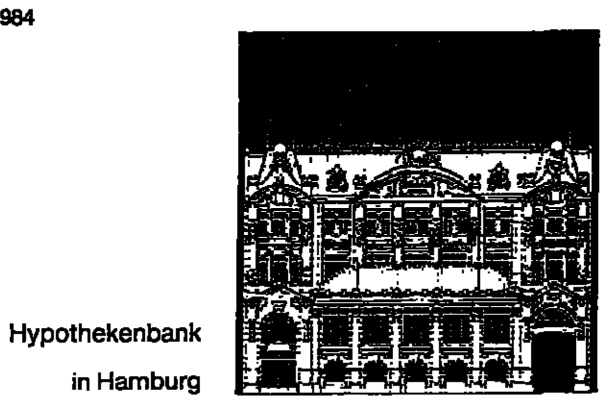
zahlbar am 15. Mai 1984 auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 27 500 000,- DM, Zuweisung zu den sonstigen Rücklagen nach § 7 HBG 3 600 000,- DM, Gewinnvortrag 4 945,03 DM. Die Dividende wird unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 43 der Aktien ausgezahlt.

Dem Aufsichtsrat unserer Bank gehören an: Dr. Christoph von der Decken, Hamburg, Vorsitzender, Dr. Wolfgang Leeb, Frankfurt/Main, stellv. Vorsitzender, Dr. Hans Joachim Bechtolf, Hamburg, Dr. Manfred Hohage, Hamburg, Gerhard Ohmsen, Hamburg, Dirk Schrödter, Hamburg.

Arbeitnehmervertreter: Rainer Schmidt, Hamburg, Siegfried Schumann, Hamburg, Werner Valk, Hamburg.

Vorstand: Dr. Clauß Leibrock, Hamburg, Dr. Manfred Meissner, Hamburg, Dr. Wolfgang Weitze, Hamburg.

Hamburg, im Mai 1984



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 14. Mai 1984 entsprechend den Vorschlägen von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 in Höhe von DM 25.840.000,— wie folgt zu verwenden:

a) Zahlung einer Dividende von DM 12,— je Aktie im Nennwert von DM 50,— auf das Grundkapital von DM 66.000.000,— DM 14.840.000,—
b) Zuführung zur gesetzlichen Rücklage DM 10.000.000,—

Die Dividende wird ab 15. Mai 1984 an den Kassen der Gesellschaft in Köln und Berlin sowie bei allen Banken und Sparkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 35 gezahlt. Der Steuerabzug beträgt 25 % Kapitalertragsteuer.

Aus unserem Jahresabschluß 1983

AKTIVA	1983 Mio DM	1982 Mio DM
Ausleihungen mit vereinbarter Laufzeit von vier Jahren oder länger	21.610	20.120
Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand	31	34
Anleihen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Bundes und der Länder sowie Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind	297	264
Flüssige Mittel und täglich fällige Forderungen und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren	1.310	1.380
Eigene Schuldverschreibungen	133	88
Sonstige Aktivposten	487	452

PASSIVA	1983 Mio DM	1982 Mio DM
Begebene Schuldverschreibungen	21.117	19.138
Verpflichtungen zur Lieferung von Schuldverschreibungen	178	387
Aufgenommene Darlehen mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger	571	674
Täglich fällige Verbindlichkeiten und solche mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als vier Jahren	435	682
Rückstellungen	70	63
Grundkapital	66	66
Offene Rücklagen	471	436
Bilanzgewinn	26	25
Sonstige Passivposten	934	887
Bilanzsumme	23.868	22.338

AUFWENDUNGEN	1983	1982
Zinsen für Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	1.664	1.550
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehnsgeschäft	90	87
Gehälter und Löhne, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	33	30
Sachaufwand für das Bankgeschäft	11	9
Steuern	53	53
Sonstige Aufwendungen	17	16
Jahresüberschuß	51	50

ERTRÄGE	1983	1982
Zinsen aus Darlehensgeschäften	1.729	1.593
Andere Zinsen und zinsähnliche Erträge	74	87
Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	115	114
Sonstige Erträge	1	1
Summe der Erträge und Aufwendungen	1.919	1.795

Der ungekürzte Jahresabschluß 1983 wird im Bundesanzeiger Nr. 91 veröffentlicht.

Berlin/Köln, im Mai 1984
Der Vorstand

Centralboden

Ihre Hypothekenbank — damit's am Geld nicht scheitert

Deutsche Centralbodenkredit-AG
Hauptverwaltung: 5000 Köln 1 · Kaiser-Wilhelm-Ring 27-29 · Telefon (0221) 57211
Vertreten in allen großen Städten der Bundesrepublik sowie West-Berlin



BAYERISCHE HANDELSBANK

AKTIENGESELLSCHAFT GEGR. 1869

Aus dem Geschäftsbericht für 1983

	1983 Mio DM	1982 Mio DM	1981 Mio DM
Darlehenszusagen	1 407,8	2 511,3	1 954,6
davon: Hypotheken (einschl. lb/lc)	717,0	849,3	512,9
Kommunaldarlehen	690,8	1 662,0	1 441,7
Darlehensbestand	14 329,0	14 099,8	12 596,7
davon: Hypotheken (einschl. lb/lc)	5 942,1	5 650,2	5 134,8
Kommunaldarlehen	8 386,9	8 449,6	7 461,9
Schuldverschreibungsumlauf, Lieferungsverpflichtungen und aufgenommene langfristige Darlehen	14 465,6	13 692,7	12 300,0
Grundkapital	50,0	44,0	44,0
Offene Rücklagen	253,3	232,3	221,7
Bilanzsumme	16 051,0	15 388,0	13 756,2

Der vollständige, mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluß wird in Kürze im Bundesanzeiger bekanntgemacht.

Die 107. ordentliche Hauptversammlung vom 30. April 1984 hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von DM 10,- je Aktie im Nennwert von DM 50,- auf das ganzjährig dividendenberechtigte Grundkapital von DM 44 Millionen und DM 5,- je Aktie im Nennwert von DM 50,- auf das für das Geschäftsjahr 1983 zur Hälfte dividendenberechtigte Grundkapital aus der Kapitalerhöhung 1983 von DM 6 Millionen auszuschütten. Die Dividende wird ab sofort unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 44 ausgezahlt. Nach näherer Maßgabe der Vorschriften des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes ist mit der Dividende ein anrechenbares oder zu vergütendes Steuerguthaben in Höhe von 9/16 = DM 5,63 bzw. DM 2,81 je Aktie im Nennwert von DM 50,- verbunden. Die Aktionäre erhalten von den die Dividende auszahlenden Stellen eine Bescheinigung, aus der sich das Steuerguthaben und die abgezogene Kapitalertragsteuer ergeben. Bei Vorlage einer Bescheinigung des Finanzamtes gemäß § 36 b Abs. 2 EStG zahlen die Depotbanken die Dividende ohne Abzug der Kapitalertragsteuer und zuzüglich Steuerguthaben aus.

München, den 30. April 1984 Der Vorstand



Girmes-Werke Aktiengesellschaft

Grefrath-Oedt bei Krefeld

Wertpapier-Kennummern 587 900, 587 902 und 587 904

Wir laden hiermit unsere Aktionäre zu der am **Mittwoch, dem 27. Juni 1984, 10.30 Uhr,** im Seidenweberhaus in Krefeld, Theaterplatz, stattfindenden **ordentlichen Hauptversammlung** ein.

Tagesordnung

1. **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 1983, des Geschäftsberichts und Konzerngeschäftsberichts des Vorstands über das Geschäftsjahr 1983 und des Berichts des Aufsichtsrats**
2. **Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahres 1983**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 von 1 563 523,33 DM wie folgt zu verwenden:

Bilanzgewinn	1 563 523,33 DM
Minderaufwand aufgrund dieser Gewinnverwendung	851 310,00 DM
	2 414 833,33 DM
Einstellung in die freie Rücklage	2 337 500,00 DM
Vortrag auf neue Rechnung	77 333,33 DM

3. **Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983 Entlastung zu erteilen.
4. **Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983**
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Mitgliedern des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983 Entlastung zu erteilen.
5. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 wiederum die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung ist jeder Aktionär berechtigt. Um in der Hauptversammlung das Stimmrecht ausüben zu können, müssen die Aktionäre spätestens bis zum Ablauf des 22. Juni 1984 bei der Gesellschaftskasse, einem deutschen Notar, einer Wertpapiersammelbank oder einem der nachstehend genannten Kreditinstitute in den üblichen Geschäftsstunden ihre Aktien oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer deutschen Wertpapiersammelbank hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
J.H. Stein
Delbrück & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Sparkasse Krefeld

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank muß die von diesen auszustellende Bescheinigung spätestens am 25. Juni 1984 bei uns eingegangen sein.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einer anderen Stelle bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Grefrath-Oedt bei Krefeld, im Mai 1984

GIRMES-WERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Der Vorstand



Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 14. Mai 1984 wurde die Ausschüttung einer Dividende für das Geschäftsjahr 1983 in Höhe von DM 10,– sowie einer Zusatzdividende (Bonus) von DM 2,50

insgesamt DM 12,50 je Aktie im Nennbetrag von DM 50,-,

zahlbar auf das dividendenberechtigte Grundkapital von DM 27 500 000,– beschlossen.

Die Dividende wird ab 15. Mai 1984 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 43 der Aktien ausgezahlt.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Zahlstellen sind

in Hamburg	Unsere Kasse, Hohe Bleichen 17, Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG, Vereins- und Westbank AG, M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co,
in Berlin	Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank Berlin AG,
in Düsseldorf	Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG,
in Frankfurt/Main	Dresdner Bank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Deutsche Bank AG, Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.

Hamburg, den 15. Mai 1984



Hypothekenbank in Hamburg

Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

Renten erneut unter Druck

Die Zinsentwicklung in den USA führte zu einer weiteren Beunruhigung am Deutschen Rentenmarkt. Eine Diskont- und Lombardsatzerhöhung wird für Ende Mai nicht länger ausgeschlossen. Der Abgabedruck hat sich im Bereich der öffentlichen Anleihen verstärkt. Er konnte nur dadurch gemildert werden, daß die kurspflegenden Stellen die Kurse nochmals bis 0,30 Prozentpunkten zurücknahmen und auf dieser Basis dann einige Verkaufsorder zurückgezogen wurden. DM-Auslandsanleihen tendierten uneinheitlich. Bei den Pfandbriefen Renditeangleichungen.

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Uneinheitlich notierte Kaffee. In allen Sichten schwächer ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	14. 5.	11. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	356,00	360,50
Juli	340,75	341,75
Sept.	341,00	342,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)	14. 5.	11. 5.
Wheat Board cif		
St. Lawrence 1 CW	247,15	251,95
Amber Durum	233,75	238,75
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	137,00	141,50
Juli	139,00	144,00
Okt.	141,20	145,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	141,60	141,60
Juli	133,30	133,50
Okt	125,30	125,60
Hafer Chicago (c/bush)	14. 5.	11. 5.
Mai	185,50	181,00
Juli	194,50	192,75
Sept	155,25	182,75
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	345,00	348,75
Juli	342,50	344,50
Sept	314,25	316,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	14. 5.	11. 5.
Mai	140,20	139,70
Juli	127,20	137,40
Okt	129,20	129,50

Genußmittel

	14. 5.	11. 5.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	152,50	152,50
Juli	151,25	151,61
Sept	147,60	147,51
Kakao New York ($/t)	14. 5.	11. 5.
Terminkontr. Mai	2560	2645
Juli	2570	2635
Sept	2590	2652
Umsatz	7493	5432
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,75	5,55
Sept	6,07	5,85
Okt	6,30	6,13
Jan	6,80	6,60
März	7,47	7,23
Umsatz	6 667	7 050
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,28	unerhältlich
Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt Mai	2250–2260	2255–2258
Juli	2270–2275	2281–2283
Sept	2242–2244	2240–2243
Umsatz	6709	7405
Kakao London (£/t) Terminkontrakt Mai	1900–1910	1930–1945
Juli	1937–1939	1964–1965
Sept	1940–1943	1950–1952
Umsatz	–	4454
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug	153,80–154,00	153,00–153,20
Okt.	164,00–164,20	163,00–163,20
Dez	–171,90	170,20–170,40
Umsatz	1879	2151
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	14. 5.	11. 5.
schw. Sarawak spez.	350,00	350,00
weißer Sarawak	645,00	645,00
weißer Muntok	652,50	652,50
Orangensaft New York (c/lb)	14. 5.	11. 5.
Mai	188,50	187,45
Juli	189,20	188,80
Sept	188,00	187,40
Nov.	184,80	184,35
Jan.	183,45	183,00
Umsatz	800	1200

Öle, Fette, Tierprodukte

	14. 5.	11. 5.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	58,00	57,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	–	36,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	38,90	38,20
Juli	38,40	37,44
Aug.	36,95	36,10
Sept	34,85	33,85
Okt	31,75	30,90
Dez	30,05	29,30
Jan.	29,60	28,80
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	40,00	39,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	32,00	32,00
Choice white hog 4% fr. F.	24,50	23,50
Talg New York (c/lb) top white	22,00	22,00
fancy	21,75	21,75
bleichfähig	20,00	20,00
yellow max. 10% fr. F.	18,25	18,25
Schweine Chicago (c/lb) Juni	54,00	54,90
Juli	58,00	58,75
Aug.	58,10	58,75
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Mai	64,80	66,00
Juli	64,40	65,60
Aug.	63,50	64,60
Häute Chicago (c/lb)	14. 5.	11. 5.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	70,00	70,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Mai	856,00	856,00
Juli	861,00	854,00
Aug.	843,50	837,50
Sept.	776,50	772,00
Nov.	728,50	726,00
Jan.	739,50	736,00
März	750,50	747,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Mai	189,00	191,30
Juli	195,00	197,20
Aug.	195,80	198,00
Sept.	192,50	194,50
Okt.	184,00	185,00
Dez.	185,50	176,60
Jan.	186,50	188,10
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	14. 5.	11. 5.
Mai	372,00	368,50
Juli	375,00	371,80
Okt.	374,50	371,60
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	58,50	57,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1185,00	1175,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	650,00	625,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	960,00	925,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	298,00	290,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1325,00	1285,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	327,50	335,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	14. 5.	11. 5.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	82,30	82,82
Aug.	80,00	80,75
Okt.	79,25	79,70
Dez.	76,80	76,97
März	77,80	78,25
Mai	78,25	78,75
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	52,00	52,25
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	14. 5.	11. 5.
Mai	420	425–432
Aug.	450–451	447–450
Okt.	451–452	448–450
Umsatz	75	20
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	14. 5.	11. 5.
Mai	51,70	51,50
Juli	50,00	50,00
Okt.	50,50	50,40
Dez.	50,40	50,30
Umsatz	4500	20 250
Tendenz: stetiger		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	14. 5.	11. 5.
Mai	565,0–566,0	565,1–569,0
Juli	578,00	579,0–580,0
Okt.	577,0–578,0	567,0–573,0
Umsatz	20	138
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	14. 5.	11. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	14. 5.	11. 5.
Mai	13 903	13 904
Juni	13 884	13 880
Kautschuk London (p/kg)	14. 5.	11. 5.
Nr. 1 RSS loco	72,50–74,50	73,00–75,50
Juni	72,00–74,80	72,00–75,90
Juli	73,50–74,50	74,00–75,50
Aug.	74,00–75,30	75,20–76,50
Tendenz: etwas leichter		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	14. 5.	11. 5.
Juni	229,50–229,75	232,00–232,50
Juli	235,00–235,75	238,00–239,00
Nr. 2 RSS Juni	226,00–227,00	228,00–229,00
Nr. 3 RSS Juni	222,50–223,50	224,50–225,50
Nr. 4 RSS Juni	215,50–216,50	217,50–218,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	14. 5.	11. 5.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	14. 5.	11. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	118,12–118,31	119,94–120,32
drittfolg. Monat	120,80–121,19	122,05–122,43
Zink: Basis London		
laufend. Monat	265,00–265,38	267,32–267,70
drittfolg. Monat	254,64–255,03	258,68–259,07
Produz.-Preis	302,09	302,61
Reinzinn 99,9%	3856–3894	3877–3915

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	14. 5.	11. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	391,94–393,85	395,51–397,42
Blei in Kabeln	125,75–126,75	127,75–128,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	456,00–458,50	455,00–456,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	14. 5.	11. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	387–389	389–390
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	428–430	430–431
MS 63	418–423	421–425

Zinn-Preis Penang

	14. 5.	11. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	14. 5.	11. 5.
Leg. 225	415–433	420–443
Leg. 226	417–435	422–445
Leg. 231	447–465	452–475
Leg. 233	457–475	462–485

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	14. 5.	11. 5.
Platin (DM je g)	35,75	36,95
Gold (DM je kg Feingold)		
Barren-Vkfpr.	33 700	33 700
Rücknahmepr.	32 950	32 950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 520	33 620
Rücknahmepr.	33 000	33 090
verarbeitet	35 180	35 280
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 275	33 395
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	798,60	792,70
Rücknahmepr.	782,60	776,80
verarbeitet	834,00	827,90

Internationale Edelmetalle

	14. 5.	11. 5.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	371,20	373,00
15.00	372,55	372,50
Zürich mittags	372,30–372,80	373,00–373,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 450	101 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	627,55	632,45
3 Monate	652,00	647,00
6 Monate	667,40	661,50
12 Monate	695,45	692,55
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	277,30	277,20
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	109,65	110,50

New Yorker Preise	14. 5.	11. 5.
Gold H & H Ankauf	372,55	372,50
Silber H & H Ankauf	878,00	872,50
Platin fr. Händlerpr.	382,50–385,50	387,50–385,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	152,50–153,50	153,00–154,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	892,00	877,00
Juni	897,00	877,50
Juli	895,00	884,00
Sept.	912,00	900,00
Dez.	941,10	930,00
Jan.	950,90	941,00
März	871,00	950,40
Umsatz	23 500	30 000

New Yorker Metallbörse

	14. 5.	11. 5.
Kupfer (c/lb)		
Mai	62,80	62,10
Juni	63,20	62,50
Juli	63,80	63,00
Sept.	65,25	64,45
Dez.	67,25	66,50
Jan.	67,85	67,15
März	69,20	68,50
Umsatz	6 500	9 000

Londoner Metallbörse

	14. 5.	11. 5.
Aluminium (£/t)		
Kasse	887,50–888,50	905,50–906,50
3 Monate	908,00–909,00	926,00–926,50
Blei (£/t) Kasse	312,00–313,00	308,00–309,00
3 Monate	318,50–319,00	314,50–315,00
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1009,5–1010,0	1018,0–1018,5
3 Monate	1026,5–1027,5	1034,5–1036,0
abends Kasse	1010,0–1011,0	1014,5–1015,5
3 Monate	1027,5–1028,5	1031,0–1031,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1008,5–1010,0	1012,0–1013,0
3 Monate	1020,0–1022,0	1024,0–1025,0
Zink (£/t) Kasse	695,00–697,00	690,00–691,00
3 Monate	685,00–688,00	670,00–671,00
Zinn (£/t) Kasse	9050–9070	9130–9150
3 Monate	9025–9030	9075–9080
Quecksilber ($/Fl.)	310–325	310–325
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	83–88	83–88

Industrie-Pensions-Verein E. V.

Köln – Varel

Die Mitglieder unseres Vereins werden hiermit zu der am Donnerstag, dem 14. Juni 1984, 15.00 Uhr, in Köln, im Haus der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V., Gustav-Heinemann-Ufer 72, Blauer Saal, stattfindenden

Mitgliederversammlung

eingeladen.

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung 1983
2. Jahresbericht des Verwaltungsrates
3. Geschäftsentwicklung
4. Rechnungslegung
5. Entlastung des Vorstandes und des Verwaltungsrates
6. Verwaltungsratswahlen
7. Verschiedenes

Zu Punkt 1:
Es wird vorgeschlagen, die Niederschrift zu genehmigen.

Zu Punkt 2 bis 4:
Es wird vorgeschlagen, Berichte und Rechnungslegung zu genehmigen.

Zu Punkt 5:
Es wird Entlastung vorgeschlagen.

Zu Punkt 6:
Turnusmäßig scheiden die Herren Peiffer, Köln, Dr. Franz, Duisburg und Mewis, Uetersen, aus dem Verwaltungsrat aus.
Es wird Wiederwahl vorgeschlagen.

Köln/Varel, 15. Mai 1984

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Doetsch — Der Vorstand Kruchen Oberbörsch

FINANZANZEIGE

Rosenthal Aktiengesellschaft Selb/Bayern

Einladung

zur ordentlichen Hauptversammlung am 11. Juli 1984

Wir laden die Aktionäre der Rosenthal AG ein, an der ordentlichen Hauptversammlung am Mittwoch, dem 11. Juli 1984, 11.00 Uhr, in Selb im Feierabendhaus des Werkes Rosenthal am Rothbühl teilzunehmen.

Kurzfassung der Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1983, des Geschäftsberichts, des Berichts des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 1983 und des Konzern-Geschäftsberichts.
2. Gewinnverwendung
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Bilanzgewinn von 4 224 248 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 7,00 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital zu verwenden und den Rest auf neue Rechnung vorzutragen.
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983
5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und Ersatzmitgliedern
6. Beschlußfassung über ein genehmigtes Kapital
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, zu beschließen
   a) § 3 Abs. (4) der Satzung erhält folgende Fassung:
      Der Vorstand ist für die Zeit bis zum 10. Juli 1989 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital einmalig oder mehrfach um einen Betrag bis zu insgesamt höchstens nominal 15 Millionen DM durch Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlagen oder Sacheinlagen gemäß den Bestimmungen der §§ 202 ff des Aktiengesetzes (genehmigtes Kapital) zu erhöhen.
   b) Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, nach Durchführung der einzelnen Kapitalerhöhungen aufgrund des genehmigten Kapitals § 3 der Satzung der jeweiligen Höhe des Grundkapitals und der Zahl der Aktien anzupassen.
7. Wahl des Abschlußprüfers

Teilnahme

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die spätestens am 4. Juli 1984 bei der Gesellschaftskasse in Marktredwitz oder bei einer der nachstehend genannten Hinterlegungsstellen ihre Aktien bis zur Beendigung der Hauptversammlung ordnungsgemäß hinterlegen:

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank mit sämtlichen Niederlassungen,
Dresdner Bank mit sämtlichen Niederlassungen,
Bank für Handel und Industrie AG in Berlin,
Bayerische Landesbank Girozentrale in München,
Berliner Bank AG in Berlin.

Der vollständige Text der Einladung zur Hauptversammlung ist im Bundesanzeiger Nr. 86 vom 8. Mai 1984 veröffentlicht.

Selb, im Mai 1984
Rosenthal Aktiengesellschaft — Der Vorstand



Veronica Carstens,
Ärztin und Frau des Bundespräsidenten,
Schirmherrin der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft

„Multiple Sklerose Kranke dürfen nicht länger im Schatten leben"

Multiple Sklerose ist eine Entmarkungs-Krankheit des Zentralnervensystems mit Lähmungserscheinungen unterschiedlicher Schweregrades, sowie Seh- und Hörstörungen.

Die MS-Krankheit kann jeden von uns treffen.

Die Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft berät und betreut MS-Patienten und fördert die medizinische Forschung über diese rätselhafte Krankheit.

Ihre Spende hilft uns, den Kranken zu helfen.

Spendenkonto Nr. 313131 PSA Köln/Stadtsparkasse München

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.), Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Hambrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt.
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Der Fall Peter Nestler oder: Peter Nestlers Fall

bth.– „Herr Nestler, treten Sie zurück vom Amt des Kölner Kulturdezernenten!" Diese Forderung des FDP-Fraktionsvorsitzenden im Kölner Stadtrat, Winkler, blieb merkwürdigerweise ohne lautes Echo. Die beiden großen Fraktionen im Stadtrat scheuen offenbar davor zurück, die harte Personalentscheidung zu fällen. Dabei ist es mittlerweile die einzige Möglichkeit, noch mehr Schaden abzuwenden – Schaden für das kulturelle Leben der rheinischen Millionenstadt.

Die Malaise der Intendantensuche für das Kölner Schauspiel, in der fast täglich ein neues Kapitel geschrieben wird, reichte ja allein schon hin, diesen Kulturdezernenten in die Wüste zu schicken. Rekapitulieren wir: Zunächst gelang es Nestler nicht, den derzeitigen Schauspielchef Jürgen Flimm in Köln zu halten, als diesem das Hamburger Thalia Theater angeboten wurde. In geheimen Missionen guckte sich Nestler den Mannheimer Jürgen Bosse aus, ohne sich zuvor zu vergewissern, daß dieser auch eine Chance auf Mehrheit im Stadtrat hätte. Bosse hatte keine.

Mit dem Heidelberger Theaterchef Peter Stoltzenberg verhandelte er so ungeschickt, daß dieser die Kölner Offerte nur dazu nutzte, am Neckar bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen, und dort bleiben wird. Darauf kürte Nestler den puren Verlegenheitskandidaten: den Flimm-Stellvertreter Volker Canaris, den jedoch der Rat ablehnte, jedenfalls als alleinigen Chef. Diese Brücke, vom Rat gebaut, brachte Nestler kühn zum Einsturz. Er offerierte Hans Neuenfels als Co-Direktor im Gespann mit Canaris, und die Sache schien endlich im Lot – bis Kurt Hübner von der Freien Volksbühne in Berlin ein gigantisches Lügengebäude zum Einsturz brachte und die Verpflichtung von Neuenfels an *sein* Haus bekanntgab, was dessen Bindung an Köln ausschloß. Tröpfchenweise kam die Wahrheit heraus: Nestler hatte in keinem Moment Neuenfels' Zusage für Köln gehabt, im Gegenteil, Neuenfels hatte ausdrücklich nur einige Gast-Regien akzeptiert.

Der Neuenfels-Coup hatte also keinen anderen Sinn und Zweck, als Canaris erst einmal ins Amt zu hieven, und sei es um den Preis, das städtische Parlament zu hintergehen. Nestlers gerechtes Pech war es, daß der Schwindel für ihn zu früh aufflog. Daß nun auch Canaris nicht mehr zur Debatte steht, ist eine Selbstverständlichkeit. Inzwischen steht Peter Eschberg, Bonn, als Schauspielchef zur Diskussion, freilich über Nestlers Kopf hinweg von Ratsmitgliedern ins Gespräch gebracht. Man wird sehen.

Man wird auch sehen müssen, wie sich Marek Janowski als Generalmusikdirektor in Köln bewähren wird, der einzige hohe Posten, den Nestler ohne größere Krämpfe und Wirkungen besetzen konnte. Allerdings mit einem Dirigenten, an dem schon jetzt bemängelt wird, daß er denn doch nicht jene Ausstrahlungskraft besitze, die spätestens dann verlangt werden wird, wenn der derzeit entstehende Konzertsaal im Neubau des Museums Ludwig ein neues und größeres Konzertpublikum verlangt. Den Manager für diesen Saal fand Nestler auch erst im dritten Anlauf und für eine Konzeption, der alle guten Wünsche nicht zum Gelingen helfen werden.

Karl Ruhrberg schließlich, der von Nestler verpflichtete Museumschef, mußte schon kurz nach seinem Antritt unbefristet beurlaubt werden, unter Hinterlassung eines Chaos, aber mit Fortzahlung seiner Bezüge. Und das in einer Zeit, wo sich die Sammlungen des Wallraf-Richartz-Museums und Museums Ludwig zum Umzug ins neue Haus rüsten, einer Zeit also, die wie keine andere einen aktiven Direktor verlangt!

Ein hübsches Arsenal von Zeitbomben hat Nestler da in Köln versteckt. Und er ist weiß Gott nicht der Mann, sie wieder zu entschärfen. Viel eher besteht die Gefahr, daß die Funken der Schauspielhaus-Affäre bald überspringen und einen Knall nach dem anderen auslösen werden. Man kann Köln nur wünschen, daß der Brandmeister dann nicht mehr Peter Nestler heißen wird.

Kampnagel statt Natur: Die „Empedokles"-Fragmente von Hölderlin im Hamburger Schauspielhaus

Weihesprüche aus dem Kranführerhaus

Kahle, weißgetünchte Wände, das Dach eine Stahlträger-Konstruktion, eine Krananlage über der riesigen Halle und ein Schild mit dem Namen der früheren Hamburger Fabrik: Kampnagel – das ist die Szene zu Friedrich Hölderlins Trauerspiel-Fragment „Empedokles" in der Inszenierung des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg. Das besagt schon viel. Ein Stück, das göttliche Harmonie beschwört, das pantheistisch das Aufgehen in der Natur zu Sinn und Ziel menschlichen Daseins erklärt, in die industrielle Kälte gestellt: Frank-Patrick Steckels Inszenierung sucht den Bruch, die Konfrontation.

Aber damit nicht genug. In Hamburg spielt man gleich alle drei Fassungen an einem Abend, was der Veranstaltung den Charakter eines germanistischen Seminars gibt, zumal die zweite Fassung auch noch als reine Lesung dargeboten wird. Fünf Stunden dauert dieses Zeitmonstrum. Wer das durchsteht, muß entweder die Dickfelligkeit eines Elefanten besitzen oder die Trägheit eines Krokodils beim Sonnenbad.

Hölderlins Fragmente sind Dokumente eines großen Scheiterns. Der griechische Philosoph Empedokles (5. Jahrhundert vor Christus) gilt als der Begründer des dualistischen Prinzips in der europäischen Geistesgeschichte. Liebe und Streit waren die beiden großen Kontrapunkte seines Denkens. Sie zu vereinen, die Trennungen und ihre Zerstörungsfolgen aufzuheben, war für Empedokles der Sinn allen Strebens und Tuns. Er selbst hat sich in den Ätna gestürzt, um die große Vereinigung mit den Göttern zu vollziehen.

Hölderlin hat versucht, dieses Motiv, das seinem eigenen pantheistischen Lebensgefühl entsprach, in ein Trauerspiel zu formen. Empedokles, vom Volk wegen seiner Weisheit, seiner inspirativen Kraft und seiner wunderbaren Verbundenheit mit den Naturkräften verehrt, hat sich gottähnlich gemacht und damit den Unmut des Priesters Hermokrates auf sich gezogen. Als Empedokles, des Irdischen müde, sich zurückzieht, sieht der Priester seine Chance, wiegelt das führerlose Volk auf und spricht den Fluch über den Philosophen aus. Damit ist Empedokles endgültig im Irdischen heimatlos geworden und entschließt sich unwiderruflich zum Freitod. Man versucht, ihn zurückzuholen, bietet ihm die Königskrone an. Aber Empedokles entsagt. Die Götter sind ihm näher als die Menschen. Das ist Hölderlins immerwährendes Thema: das Verhältnis von Idee und Wirklichkeit. Zu einem Drama wollte es sich nicht formen.



Mit Göttern ist für Menschen nicht gut streiten: Szene aus der Hamburger „Empedokles"-Adaption mit Peter Roggisch in der Titelrolle (links) FOTO: PETER PEITSCH

Alle drei Wege, die Hölderlin einschlug, endeten vor der gleichen Schwierigkeit: Dieser Empedokles ist keine dramatische Figur. Sein Denken und Handeln sind auf Harmonie gerichtet. Sie streitbar durchzusetzen entsprach weder Hölderlins Natur noch seiner Idee. Jemand, der so über allem Irdischen steht, ist kein Kontrahent. Mit Göttern ist für Menschen nicht gut streiten. Warum aber spielt man das? Um Hölderlins Gedanken, seine große Sprache dem Publikum näherzubringen? Weil einem das Scheitern der Idee in der Wirklichkeit ein bewegendes Thema ist? Um den Traum von Harmonie zu kräftigen? In Steckels Inszenierung findet man darauf keine Antwort.

Eingefallen ist ihm auch nicht viel. Ein paar Äste auf der riesigen Bühne, ein paar Steine, einmal ein bißchen Dampf aus dem Fußboden (das nennt sich ein Bühnenbild: Susanne Raschig), ansonsten fast nur Deklamation. Gerenne über die leere Bühne, mal steigt man auf die Heizkörper, mal muß einer aus dem Kranführerhäuschen herunterbrüllen, mal verschwindet man minutenlang hinter irgendwelchen Stützpfeilern. Und ewig gurrt eine Taube – unfreiwilliges Symbol eines Restes von Natur.

Ein paar Gags sollen dem zähen Unternehmen auf die Füße helfen. Eine Mini-Akropolis wird zu Beginn von der Bühne getragen. Aha, denkt man, die Antike ist nur noch Versatzstück! Der Priester Hermokrates (Adolph Spalinger) kommt wie eine Mischung aus Nosferatu und Großinquisitor daher. Natürlich, der böse Machtmensch! Und wenn Empedokles zum Volke spricht, dann rennt er vor ihm her wie bei einer Jogging-Veranstaltung. Der Guru auf der Flucht vor seinen Jüngern!

Damit erschöpfen sich aber auch schon die Regie-Einfälle. Mitgefühl muß man da für den sonst so großartigen Peter Roggisch in der Titelrolle haben. Er kann nicht, so steht es bei Hölderlin, „mit allgegenwärtigem Herzen innig, wie ein Gott, und frei und ausgebreitet, wie ein Gott, in ihnen (den Verhältnissen) leben und lieben". Roggisch bietet nicht einmal eine Ahnung von „innig" und „ausgebreitet". Er nörgelt, er schimpft, er rennt wie ein mißverstandener Guru herum. Manchmal gleicht er dem Rattenfänger von Hameln, manchmal einem mittelalterlichen Bettelmönch. Von Größe, von Erhabenheit keine Spur. Wo Rhetorik gefordert wäre, kommt nur endloses Geschwätz.

Natürlich ist das Absicht. Aber welche? Und was erreicht man damit? Der Verlag Roter Stern, auf dessen Hölderlin-Ausgabe man in Hamburg zurückgreift, hat einmal verkündet, die Linke müsse ihre eigene Literatur, durch bürgerliche Auswahl und Auslegung verschüttet, wiederentdecken. Hölderlin bei den Grünen? Hölderlin säkularisiert? Nun, jedenfalls: Hölderlin in der Fabrik, das war nur eine langweilige, zähflüssige, verfehlte Angelegenheit. Das Publikum verließ die Halle zuhauf. Am Ende herzlicher Beifall der Getreuen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Bremen: „Pro musica nova" mit Mauricio Kagel

Orwell des Fernsehens

Was dem Zwerg unter den ARD-Sendern, Radio Bremen, mangels stehender Ensembles an eigenen Produktivkräften fehlt, versucht er alljährlich durch Festivals zur Rhododendronblüte wettzumachen: kleine, ehrgeizige Musikmessen, in ungeraden Jahren der Alten, in geraden der Neuen Musik gewidmet. Aktuellen Sparzwängen gehorchend, hat Musikchef Hans Otte jetzt seine 13. Biennale „Pro musica nova" abgekürzt, wobei er wiederum seiner Neigung zu bestimmten Tendenzen der amerikanischen und fernöstlichen Musik nachgab, ohne neue Töne im Lande zu überhören. Diese schlug diesmal vor allem Mauricio Kagel an. Ihm stieß „nach einer Lektüre von Orwell" eine neudeutsche Metasprache auf, die „ehrliche" Dudenwörter zu hinterhältigen Komposita einer germanischen Neusprache zusammenstaucht, die – in gebetsmühlenhafte Slogans eingespannt – als indoktrinäre Gehirnwäsche auf die „1984er" Menschen herniederprasselt.

Kagel fand für dieses martialische Hörstück, das er weiterdenkend aus Orwells Zukunftsroman heraushörte, zwei Realisationsformen: als Hörspiel (am 1. Mai vom WDR urgesendet) und als verkappte Horrorszene, die in diesen Tagen in der Bremer „Concordia" den Nerven zusetzt. Da baut sich gegenüber den Publikumsbänken ein Gegenpublikum auf, das gebannt auf einen überdimensionalen Fernseher starrt, den das „echte" Publikum nur von hinten sieht. Dieses hört nur, worunter das fiktive Publikum sichtbarlich leidet: gräßliche Angstauslöser, die die Zuschauer weichmachen, sturmreif für die verbalen Bewußtseinshämmer, die der „Große Bruder" schwingt (sein Abbild thront gummikauend zuoberst des Meta-Orwellschen Publikums).

So direkt gab sonst niemand in Bremen seine Ängste preis, wiewohl auch Gerhard Rühm das Grausen überkommt, wenn er zum Beispiel in Presseberichten liest, wie zwei angezechte Jugendliche einen in Zeitungen eingewickelten Penner bei lebendigem Leibe anzünden. Diese und andere Meldungen setzt Rühm nach einem ausgeklügelten Prinzip Wort für Wort, Laut für Laut in Klaviertöne um, denen er einerseits die Texte zuspricht, die er dann aber auch wieder wegläßt, wobei er dem Hörer die „Programmarbeit" überläßt. Dem Thema Waldsterben verschafft Rühm eine längst fällige melodramatische Pointe: die ironische Ausblendung romantischen Waldesrauschens vermittels Robert Schumann.

Zu Beginn der Musica-nova-Woche hatte es einen Aufmarsch japanischer „Grenzüberschreiter" gegeben, die sich nach Art des Zen der Sinnfrage des Lebens enthoben, sich in halluzinatorische Klangkokons einspannen oder ein unentwegtes Nachtpublikum an ihren multimedial betriebenen Selbsterfahrungen teilnehmen ließen. Ein amerikanisch beschicktes „Klaviermarathon" im Sendesaal enthielt wenig Aufregendes, bot aber viel liebliches Geläute zum Dahingleiten, Sich-fallen- und Gewährenlassen, wobei Richard Teitelbaum es fertigbrachte, mit Hilfe von Minisendern gleichzeitig drei Flügelklaviaturen zu bedienen.

Herausragend durch die Offenheit ihrer Selbstanzeige: Doris Hays, geschätzte Cowell-Interpretin, ließ ihr Pianistentrauma, die ero- und katogenen Aspekte der berufsmäßig-zwanghaften Tastenberührung, in Film, Tasten- und Schattenspiel beklemmend aufscheinen. Während sie persönlichste Erfahrungen kompositorisch in Zeichen verwandelt, die über ihren Anlaß hinausragen, bleibt Richard Kostelanetz in seiner audiovisuellen Komposition „New York City" in Selbstbespiegelung befangen – eine Ton-Dia-Schau, die niemand angeht außer ihren Urheber. Am Ende beschwor Mauricio Kagel – Wartezimmer- und Klinikerfahrungen dreihändig für Klavier aufarbeitend – den „Eid des Hippokrates". So allenfalls wird aus Leben Kunst.

LUTZ LESLE

Trotz Theaterbrand: Bonn spielt Gounods „Faust"

Teufel und Feuerteufel

Eins ist sicher: Mephisto höchstselbst war nicht der Feuerteufel, der während der Proben zu Charles Gounods Oper „Faust" das Bühnenhaus des Bonner Stadttheaters in Brand setzte und so den dortigen Spielbetrieb bis zum Saisonende lahmlegte. Aber die Bonner haben ja noch genügend Übung, mit dem roten Hahn umzugehen – konnten sie doch gerade ihre Beethovenhalle nach einer Feuersnot wieder in Betrieb nehmen. Sie dient nun der Oper für den Rest der Spielzeit als Ausweichquartier, teils für konzertante



„Mein schönes Fräulein. . . ": Faust (Alberto Cupido) begegnet Gretchen (Adriana Maliponte) FOTO: STEPHAN ODRY

Aufführungen, im Falle der Gounod-Oper sogar als Behelfsbühne. Man kehrt gleichsam zurück ins alte Provisorium, denn hier fanden schon szenische Aufführungen größerer Werke des Musiktheaters statt, bevor das Große Haus am Boeselagerhof eröffnet wurde, das Theater noch im engen Bürgerverein residierte.

Gounods Oper „Faust", obzwar im französischen Original geboten, firmiert in Bonn unter ihrem deutschen Titel „Margarethe". Das ist um so weniger einzusehen, als der Regisseur Jorge Lavelli viel mit Faust, aber wenig mit Gretchen im Sinn hat. Schon in der Studierstube (Ausstattung: Max Bignens) zeigt er, worauf er hinauswill: Mephisto und Faust tragen haargenau den gleichen Hausmantel, auch später gleichen sie sich wie ein Ei dem anderen. Faust und Mephisto – das sind also die beiden Seelen, die da ach in einer Brust wohnen.

Aber erfreulicherweise noch immer mit verschiedenen Stimmen singen. Alberto Cupido ist der Faust. Er führt seinen Tenor auf gepflegter Linie, das helle Timbre und die sanfte Tongebung zeichnen ihn für die Lyrismen der französischen Oper aus. Er ist eine ideale Besetzung. Ruggero Raimondi als Mephisto nicht minder. Die Baßpartien der französischen Oper liegen ja so extrem hoch, daß ein Basso profundo die größte Mühe damit hätte. Raimondis Stimme tendiert zum Bariton. In der Höhe öffnet sie sich zu schaurigem Volumen. Genau so muß Gounods Mephisto klingen.

Die Margarethe freilich nicht so wie die von Adriana Maliponte. Sei es, daß sie an einer abendlichen Indisposition litt, sei es, daß die Stimme jetzt schon deutliche Alterungserscheinungen zeigt: Von dem in dieser Partie unentbehrlichen mädchenhaft jungen Klang (den sich mancher Sopran ja bis ins Alter bewahren kann) war keine Spur zu finden. Das hohe Register tönte scharf und ohne Resonanz. Darüber tröstete auch die recht gelenkige Koloratur nicht hinweg.

Auch von Thomas Hampsons Valentin hätte man sich ein samtigeres Timbre gewünscht, eine beherrschendere Präsenz, denn obzwar vom Ablauf des Geschehens übervorteilt, muß er ja zusammen mit Siebel (Chieko Shirasaka) die Gegenwelt zum Faust-Mephisto-Bündnis ins Recht setzen – und Gounod hat ihm dazu mit dem Gebet musikalisch alle nötigen Mittel an die Hand gegeben.

Gounods rührigster Streiter indessen ist der Dirigent Gianfranco Masini, der sich durchaus nicht nur auf die Ohrwürmer der Partitur verläßt, sondern gerade da, wo die Musik melodisch ins Durchhängen kommt, ganz raffinierte Farbspiele einfädelt, die schon als Vorahnung des Impressionismus gelten können. Gounods oft verteufelte Musik wird von Masini glänzend rehabilitiert.

Was Lavelli und Bignens mit ihrer Inszenierung vorhatten, das ließ sich an der binnen zehn Tagen auf der Behelfsbühne improvisierten Aufführung kaum ausmachen. „Faust" spielt da wohl im 19. Jahrhundert, zu Gounods Zeit, was dem deutschen Betrachter sicher erleichtert, seinen Goethe zu vergessen. Nur ahnen kann man, was da im Theater an Volkes Trubel auf der Bühne rotiert wäre. Aber vielleicht ist ja auch diese Lehre nicht unwillkommen: Auch szenisch arme Oper, ohne die turbulenten Extravaganzen ambitiöser Regie, kann Staat machen, stehen nur ein paar hochkarätige Sänger auf der Bühne und der rechte Dirigent am Pult.

REINHARD BEUTH

„Neue Sammlung" in München wiedereröffnet

Gugelots Radio als Sarg

Nach eineinhalbjähriger Schließung, die wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten notwendig war, wurde jetzt die Neue Sammlung, das Münchner Staatliche Museum für angewandte Kunst und Industrial Design, wiedereröffnet: mit einem Rückblick auf die früh abgebrochene Arbeit von Hans Gugelot (1920-65), dem einstigen Lehrer der Ulmer Hochschule für Gestaltung. In nur zehn Jahren hat Hans Gugelot manches geschaffen, was heute noch als vorbildlich und exemplarisch gilt. So hat er 1956 mit Hilfe seiner aufgeschlossenen Freunde Erwin und Artur Braun das damals ebenso progressive wie beispielsetzende Design für Radio-, Phono- und Fernsehgeräte verwirklicht. Dieses klare, kantige, helle Gehäuse aus Metall und Holz, abgedeckt mit Plexiglas, das ihm den Beinamen „Schneewittchensarg" eintrug, war eine kluge Antwort auf die schweren Musiktruhen jener Zeit. Mit dieser Design-Entwicklung gelang es einerseits, technische Geräte in das ihnen gemäße Feld zurückzuführen, andererseits mit den Ansprüchen neuer Wohnkultur zu vereinen.

Zudem wurde diese Gestaltung vom Systemdenken bestimmt, denn darin mündeten Gugelots Überlegungen stets. Nur im „System" sah er Harmonie gewährleistet. Radio, Plattenspieler und Fernseher wurden also bereits 1955 nicht als isolierte Geräte, sondern als komplette Einheit gesehen. Auch die Hamburger U-Bahn, die in der Zeit von 1959-1962 von Gugelot und seinen Mitarbeitern geschaffen wurde, entstand im System-Design: Das heißt Sitze, Lichtbänder, Innenverkleidungen, Halterungen und Außenhaut sind austauschbar.

1980 entschied sich die Stadt Amsterdam wiederum für diesen kühnen Gugelot-Entwurf eines modernen Massenverkehrsmittels für ihr neues U-Bahn-System. Trotz seiner kurzen Lebensspanne schenkte Hans Gugelot der Verbraucherwelt eine lange Reihe von Innovationen. So die ersten Bierkästen aus Kunststoff, einen Stapelstuhl oder das schwarz-silberne Gehäuse für einen marktführenden Trockenrasierer, ebenso Nähmaschinen, Dia- und Kopiergeräte – und eine Faltschrankwand. Der letzte Großauftrag der „gugelot design gmbh" war ein Vollkunststoff-Sicherheitssportwagen für eine schwedische Firma. Der wurde jedoch nie produziert. Gugelots Konzept der Elementbauweise, der Maßeinheiten und knappen Ordnung machten jedoch bis heute weiterhin Schule. (Bis 3. Juni, Katalog 26 Mark.)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Der englische Schauspieler James Mason wird 75

Ein „sanfter Sadist"

In seiner großen Zeit war er ein klassischer Star. Was heißen will, daß er sich durch seine Exzentrizitäten stets in den Schlagzeilen der Klatschpresse wiederfand – freilich auch, daß er durch sein intelligentes und konzentriertes Spiel meist besser war als die Filme, in denen er mitwirkte.

James Mason, der Brite, der heute 75 Jahre alt wird, hat sein Profil aber erst in Hollywood gewonnen. In England, wo er seit 1935 für ein Jahrzehnt gefilmt hat, war er auf ein merkwürdiges Rollenfach festgelegt: das des „sanften Sadisten", wie es einmal genannt worden ist – und das, obwohl er dort seine vielleicht beste Rolle in einem Film gespielt hat, der ihm die einzige Abweichung davon erlaubte: in Carol Reeds „Ausgestoßen" als irischer Freiheitskämpfer gegen die Briten.

In Hollywood wurde es dann besser. Dort konnte James Mason seine eigene recht problematische Natur in seine Rollen einbringen: Er war Rommel (in „Der Wüstenfuchs" und „Die Wüstenratten"), ein Spion („Der Fall Cicero"), Brutus („Julius Caesar"), ein Schurke („Der unsichtbare Dritte"), ein Alkoholiker („Ein neuer Stern am Himmel") und ein reifer Mann, der einer Halbwüchsigen sexuell hörig wird (in der Nabokov-Verfilmung „Lolita"). Heute lebt James Mason am Genfer See und widmet sich vornehmlich anderen problematischen Persönlichkeiten: seinen Katzen.

SVEN HANSEN



Spielte Rommel als „Wüstenfuchs": James Mason FOTO: CAMERA PRESS

JOURNAL

Bukarest fordert Gemälde von US-Museum zurück

AFP, Fort Worth

Die rumänische Regierung fordert vom Kimbell Art Museum von Fort Worth, Texas, ein gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Rumänien „gestohlenes" El-Greco-Gemälde zurück. Der Wert des Werkes, „Giacomo Bosio oder Bildnis eines alten Pfarrers", wird auf sechs Millionen Dollar geschätzt. Nach Angaben aus Bukarest wurde das Porträt kurz vor Machtübernahme der Kommunisten in Rumänien von König Carol II. aus dem Land geschafft, obgleich der Monarch es testamentarisch dem Staat vermacht habe. Die Erben des Ex-Königs verkauften das Bild an die New Yorker Galerie Wildenstein, bei der das Museum von Fort Worth es 1977 erwarb.

Bibliotheks-Institut kritisiert Kürzungen

dpa, Berlin

Zahlreiche öffentliche Büchereien haben nach Darstellung des deutschen Bibliotheks-Instituts in Berlin in den vergangenen Jahren kaum noch vertretbare Kürzungen ihrer Etats hinnehmen müssen. Besonders betroffen seien davon Großstädte in Nordrhein-Westfalen. So wurden die Erwerbungsmittel der Stadtbücherei Köln zwischen 1981 und 1983 von 2,4 Millionen auf 1,2 Millionen Mark, die der Stadtbüchereien Düsseldorfs von 1,5 Millionen auf 818 000 Mark gekürzt. In Gelsenkirchen habe es einen Rückgang von 840 000 auf 408 000 und in Bonn von 728 000 auf 408 000 Mark gegeben, teilte das öffentlich-rechtliche Institut, das die Bibliotheken in fachlichen Fragen berät und die deutsche Bibliotheks-Statistik führt, mit.

Deutscher Filmpreis 1984 wird in Berlin vergeben

AP, Berlin

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) wird am 23. Juni in Berlin den „Deutschen Filmpreis 1984" übergeben. Der Spielfilm „Wo die grünen Ameisen träumen" von Werner Herzog erhält das „Filmband in Gold". Die Prämien für die Auszeichnungen können je nach Filmkategorie zwischen 30 000 und 400 000 Mark betragen. Für darstellerische Einzelleistungen werden u. a. die Schauspieler Horst Buchholz und Maximilian Schell ein Filmband in Gold erhalten. Die gleiche Auszeichnung bekommen fünf Männer und drei Frauen für „langjähriges hervorragendes Wirken im deutschen Film". Dazu gehören Heidemarie Hatheyer, Paula Wessely, Sonja Ziemann und Georg Thomalla.

Peymanns Bochumer Saisonpläne

dpa, Bochum

Neben sechs Uraufführungen will Claus Peymann in Bochum in der nächsten Spielzeit einen neuen Stern am europäischen Dramatikerhimmel präsentieren: den 38jährigen Schweden Lars Noren, dessen „Dämonen" – Teil eins einer Trilogie – er selbst als deutsche Erstaufführung zum Spielzeitbeginn inszenieren will. Mit der „Familie Schroffenstein" will sich Peymann erneut eines vernachlässigten Werkes von Kleist annehmen. Von Herbert Achternbusch sind zwei neue Stücke angekündigt: „Sintflut" und „An der Donau". Von Martin Walser wird die Auftragsarbeit „Die Ohrfeige" uraufgeführt, Heiner Müller liefert den Text für eine „musikalische Aktion" mit dem Titel „Die Befreiung des Prometheus".

Elsaß: Dokumente zur Zweisprachigkeit

DW. Straßburg

„Unsere Sprache in der Schule" heißt die neueste Ausgabe der Zeitschrift „Les Cahiers du Bilinguisme – Land un Sproch", die soeben erschienen ist. Bereits im 14. Jahrgang, versucht die vom Straßburger René-Schickele-Kreis herausgegebene Publikationsreihe auf den Erhalt der Zweisprachigkeit im Elsaß hinzuwirken. So berichtet das neue Heft (44 S., 10 Franc) schwerpunktmäßig über den Stand dieser Bemühungen auf dem Schulsektor. Es ist zu beziehen über Cercle René Schickele, 31, rue Oberlin, F-67000 Strasbourg.

Ostdeutscher Widerstand in den Jahren 1933-1945

DW. Bonn

Zum 40. Jahrestag des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 legt die in Bonn erscheinende „Kulturpolitische Korrespondenz" ein Sonderheft vor: „Widerstand in Ostdeutschland 1933-1945". Neben einem Interview mit dem früheren Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, der 1942-44 dem „Kreisauer Kreis" angehört hat, enthält das Heft Aufsätze über den Widerstand in Schlesien, Pommern, Ostpreußen und dem Sudetengebiet sowie Porträts von Widerstandskämpfern. Das Heft (61 S.) ist über die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Kaiserstr. 113, 5300 Bonn, zu beziehen.

KULTURNOTIZEN

Im Washingtoner Freer-Museum ist zum 150. Geburtstag des Künstlers eine große Ausstellung mit rund 300 Werken von James Whistler zu sehen (bis Anfang Dezember).

Adalbert Spichtig ist zum neuen Präsidenten des Zentraleuropa-Komitees der Internationalen Amateurtheater-Vereinigung gewählt worden.

Als vierte Musikakademie in der Bundesrepublik ist die Bayerische Musikakademie Marktoberdorf eröffnet worden.

Eine Gedächtnisausstellung für den 1983 verstorbenen schwedischen Maler Eric Grate ist bis 11. Juni im Kunsthaus Angelmodde in Münster zu sehen.

Die deutsch-französische Schulbuchrevision wird im Mai 1985 mit der 28. Konferenz von Historikern und Geographen fortgesetzt.

Einen Dichterwettbewerb „Junge Mundart" hat die „Muettersproch-Gsellschaft für alemannische Sprache", Freiburg, ausgeschrieben.

Ein „Musisches Zentrum" ist für 20 Millionen Mark an der Bochumer Ruhr-Universität errichtet worden. Die Einweihung erfolgt am 30. Mai.

Blutbad im Pantanal – der stille Tod der Krodile

Von RALF PETER LAUCK

Ein kleiner Krieg tobt im Westen Brasiliens. Ein Krieg, bei dem die Chancen von Krokodilen *und Polizisten auf der einen Seite* ebenso gering sind wie der Verdienst der Wilderer auf der anderen. Umweltschützer hoffen nun, das Interesse der Weltöffentlichkeit auch auf dieses Fleckchen Erde richten zu können, wo der Mensch wieder einmal dabei ist, eine ganze Art auszurotten.

Dieses „Fleckchen", Pantanal genannt, ist ein riesiges Sumpfgebiet mit einer Fläche von mehr als 100 000 Quadratkilometern und damit nur wenig kleiner als Großbritannien. Weil die Nachfrage nach Krokodil-Leder vor allem in Westeuropa und den USA trotz vieler Appelle kaum nachgelassen hat, müssen, nachdem schon die afrikanischen Krokodile und danach ihre Verwandten am Amazonas nahezu ausgerottet worden waren, nun die Alligatoren weiter im Süden daran glauben. Seit einiger Zeit schon läuft hier, was João Pedro Cuthi Dias, Chef der Forst- und Wildpolizei von Mato Grosso do Sul, die größte Massenschlachtung der Geschichte nennt.

Diesem Blutbad in der Wildnis stehen er und seine Kollegen ebenso wie die Beamten der Staatspolizei hilflos gegenüber. Zwar wurden 1969 das Jagen von Krokodilen und der Verkauf von Häuten verboten, doch den Wilderern drohen – deshalb gilt die Jagd immer noch als „Kavaliersdelikt" – nur Geld- oder kleine Gefängnisstrafen. Erschwerend kommt hinzu, daß die Polizei den Wilderern schon von der Ausrüstung her hoffnungslos unterlegen ist.

Während die Jäger mit modernen großkalibrigen Gewehren auf die Pirsch gehen und gegen die Polizei auch schon Maschinengewehre einsetzten, sind die Beamten nur mit Pistolen und veralteten Karabinern ausgerüstet. Weil sie auch über moderne Radio- und Funkgeräte verfügen, wissen die Wilderer über die Polizeifrequenzen auch um fast jede Bewegung der Gegenseite. Hin und wieder ein Tip von Ranchern oder Bauern, die selbst mit den Outlaws aneinandergeraten sind, ist schon alles, was die Polizisten an Unterstützung erfahren.

Direkt gegenüber stehen den Rangern in diesem Kampf aber auch nur arbeitslose Farmhelfer oder Fischer aus Brasilien, Paraguay und Bolivien, die von Hintermännern jenseits der Grenzen finanziert und ausgerüstet werden. Sie sind nachts in Kanus auf den Flüssen und Seen unterwegs. Mit gleißenden Scheinwerfern wer*den die Alligatoren geblendet. Unfä*hig sich zu bewegen, bekommen sie einen Schuß zwischen die Augen oder werden mit Nagelkeulen einfach totgeschlagen. An Ort und Stelle werden die Tiere gehäutet, die Kadaver entweder verbrannt oder den Piranhas zum Fraß vorgeworfen.



Die Ausrottung einer Tierart ist im Pantanal noch Handarbeit – aber die kleinen Wilderer sind es nicht, die dabei reich werden. FOTO: WEREK

Solche Teams von fünf bis zehn Wilderern gehen oft für einen Monat oder länger in die tückische feuchte Wildnis. Heraus kommen sie dann mit zehntausend Häuten oder mehr. Für jede Haut bezahlen ihnen Mittelsmänner ein bis zwei Dollar. Die schaffen die Ware über die Grenzen in Gerbereien nach Bolivien oder Paraguay, wo sie dann schon bis zu 20 Dollar pro Haut kassieren.

Man schätzt die Zahl der Wilderer auf ungefähr 5000. Ihnen gegenüber stehen etwa 50 Polizisten. Leicht verständlich, daß die „Staatsmacht" in ihren kleinen Booten mit Außenbordmotoren in dem riesigen Gebiet nur selten auf die illegalen Jäger trifft. Weil inzwischen Experten schon davor warnen, daß das ganze Gebiet ökologisch kippen könnte, macht man sich nun auch bei den brasilianischen Behörden ernsthafte Gedanken. So haben sich an einigen Stellen schon die Piranhas, jene mörderischen kleinen Raubfische, die zur Hauptnahrung der Krokodile gehören, ganz enorm vermehrt. Das wiederum führte zur auffälligen Verminderung anderer Fischarten.

„Trotz des ungeheuren Arten- und Tierreichtums", so Gabriel Müller, Präsident der Umweltschutzorganisation Fundapan, „haben wir auch hier eine sehr empfindliche Balance in der Natur. Dieser Eingriff des Menschen kann in kürzester Zeit zu einem Ungleichgewicht und damit zur Ausrottung vieler Arten führen."

Um dem zuvorzukommen, will Brasilien die Schutztruppe um 1000 Mann verstärken und mit modernem Gerät wie Hubschraubern und Schnellbooten ausrüsten. Gesetze sind in Vorbereitung, die die Wilderer mit hohen Gefängnisstrafen bedrohen sollen.

Das alles aber, so glauben die Tierschützer, wird den Krokodilen in Pantanal nicht helfen. Deshalb schlagen sie vor, die Wilderer lieber in den Staatsdienst zu übernehmen und ihnen als Touristenführer oder Ranger ein festes Einkommen zu garantieren. Dazu sollen große Krokodil-Farmen gebaut werden, um die Tiere für ihre Bestimmung in Schuh- oder Handtaschenläden zu züchten.

Gabriel Müller glaubt jedoch nicht, daß man damit die Krokodile retten kann. Für ihn liegt die Lösung Tausende von Kilometern von Brasilien entfernt: „Das Problem der Massenabschlachtung von Krokodilen beginnt nicht in Pantanal. Das beginnt in den eleganten Boutiquen in Amerika und Europa und bei den Leuten, die dort einkaufen."

Vögel sorgten für Schaden in Milliardenhöhe

dpa, Bonn

Der Schaden durch Zusammenstöße zwischen Vögeln und startenden oder landenden Flugzeugen belief sich im vergangenen Jahr auf weltweit vier Milliarden Mark. Wie die Arbeitsgruppe Flughafenökologie auf einer Tagung in Bonn erklärte, entfielen rund ein Zehntel der 10 000 gemeldeten Fälle von sogenanntem Vogelschlag auf Flughäfen der Bundesrepublik Deutschland, das waren zwei Prozent weniger als im Vorjahr. Die Bundesluftwaffe, deren Schadensfälle in dieser Zahl enthalten sind, verlor 1983 keine ihrer Maschinen. Früher hatte es mitunter Verluste von vier bis fünf Flugzeugen jährlich gegeben.

Gerhard Schade, Vorsitzender der Arbeitsgruppe, verwies auf den Erfolg der ökologischen Maßnahmen in Flughafennähe, durch die beispielsweise die Zahl der brütenden Kiebitzpaare auf dem Köln-Bonner Flughafen von 200 bis 300 auf nur noch wenige Paare verringert werden konnte. Die Beseitigung von Naßstellen und das Ende der Schafbeweidung veranlaßten diese wie andere Vögel, ihre Lebensräume zu verlegen.

Beben in Jugoslawien

dpa, Belgrad

Ein schweres Erdbeben hat am Sonntag in der jugoslawischen Provinz Bosnien-Herzegowina, rund 150 Kilometer südlich von Sarajevo, ein Todesopfer gefordert und hohen Sachschaden angerichtet. Das Beben erreichte eine Stärke von acht Grad auf der zwölfstelligen Mercalli-Skala.

Aufgeschoben

dpa, Bukarest

Die Eröffnung des Donau-Schwarzmeer-Kanals ist vom 19. Mai ohne Begründung auf „unbestimmte Zeit" verschoben worden. Der 64 Kilomter lange Kanal, mit dessen Bau 1973 begonnen wurde, soll den Wasserweg zum Schwarzen Meer um mehrere hundert Kilometer verkürzen.

Urologe verurteilt

dpa, Bochum

Ein Bochumer Urologe, der die Krankenkassen durch Falschabrechnung um 480 000 Mark betrogen hat, wurde gestern zu vier Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Von einem Berufsverbot sah das Gericht ab.

Rattengift-Drohung

SAD, London

Radikale britische Tierschützer haben gedroht, Eier und Fleisch mit Rattengift zu versetzen. Scotland Yard stellte inzwischen in den Gefrierabteilungen einzelner Supermärkte, die in anonymen Briefen zum Ziel solcher Anschläge erklärt wurden, Spritzen mit dem Rattengift Ratex sicher, fand aber noch keine tatsächlich vergifteten Produkte.

Super-Jackpot

dpa, New York

Den größten Lotto-Jackpot, der sich je in den USA angesammelt hatte, teilten sich am vergangenen Wochenende vier Einwohner des Bundesstaates New York. Von den 22,1 Millionen Dollar (rund 60 Millionen Mark) erhält jeder Gewinner 15 Millionen Mark in 21 Jahresraten. 24 Millionen Tipper hatten sich beteiligt – ebenfalls ein Rekord.

Explosion in Athen

dpa, Athen

Mindestens 47 Menschen wurden gestern mittag bei einer Explosion in einem Pizza-Restaurant in der Athener Innenstadt schwer verletzt. Laut Polizei waren im Keller der Pizzeria zwei Gasflaschen explodiert. Durch die starke Druckwelle entstand im Stadtzentrum hoher Sachschaden.

ZU GUTER LETZT

Das Madeira-Restaurant im englischen Southport empfiehlt auf seiner Speisekarte besonders: „Gegrillte Scholle mit Maître d'Hotel".

In Heathrow brechen die Dämme

Londoner Zollfahnder resignieren im Kampf gegen die Heroinflut aus Iran und Indien

dpa, London

Es ist längst kein Geheimnis mehr: Die Rauschgiftfahnder beim britischen Zoll halten ihren Kampf gegen die Heroin-Mafia für verloren. „Wir kommen nicht mehr gegen den Drogen-Strom an", erklärt ein leitender Beamter vom Londoner Flughafen Heathrow. Das am stärksten frequentierte Luftdrehkreuz Europas ist eine gigantische Verteileranlage für Schmuggler geworden.

Die Kontrolle ist der von Personalmangel geplagten Behörde dermaßen entglitten, daß auch die Insellage keine Hürde mehr für miese Geschäftemacher ist. Die Folge: Das Land wird von einer Heroinwelle ungeahnten Ausmaßes heimgesucht. Sozialarbeiter reden von einer Epidemie und der Liverpooler Lokalsender „BBC Radio Merseyside" stellte kürzlich für seine Region fest: Jeder zweite Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren ist regelmäßiger Konsument von Drogen, darunter häufig Heroin. Nach Schätzungen des Innenministeriums sind in Großbritannien 20 000 Menschen heroinsüchtig. Heroin aber gilt als das gefährlichste aller Rauschgifte: Von ihm kommt kaum je einer wieder los. Zollfahnder halten diese Zahl noch für viel zu niedrig angesichts der Mengen, die das Land überschwemmen. Woche für Woche soll über Heathrow Heroin im Wert von rund 24 Millionen Mark eingeschleust werden.

Besonders erschütternd ist der hohe Anteil jugendlicher Abhängiger. Er hat sich in den vergangenen drei Jahren verzehnfacht. Die Opfer leben meist in den Großstadtslums.

Eltern und Erzieher bemerken die Sucht ihrer Kinder oft zu spät, seit eine neue Variante des Konsums existiert. Konnte man einen Heroinsüchtigen früher wenigstens noch an den Einstichen der Injektionsnadeln erkennen, so ist es jetzt Mode geworden, das aus Opium gewonnene weiß*liche Pulver ähnlich wie Kokain zu* schnupfen. Eine Methode die die „Einstiegsschwelle" wahrscheinlich noch herabsetzt.

Eine der Hauptursachen für die inflationäre Verbreitung dieser harten Droge ist nach Vermutung der Polizei die massive Einwanderung von Iranern seit der Revolution in Teheran. Einige der Immigranten lebten schon in ihrer alten Heimat vom Drogengeschäft und setzten ihre Aktivitäten im Asylland Großbritannien fort.

Der noch durch Mohn-Rekordernten forcierte Strom billigen Heroins begann auf der Insel ausgerechnet zu einer Zeit, als dort der Untergrundmarkt nach erfolgreichen Aktionen weitgehend frei von Haschisch und Marihuana war. Die auf dem trockenen sitzenden Konsumenten milder Drogen begannen sich daher nach Ersatzstoffen umzusehen. Dabei saßen offenbar viele Fixer dem Irrglauben auf, das Schnupfen von Heroin führe anders als das Injizieren nicht zur Sucht. Dealer verbreiten diese verheerende Meinung vorzugsweise bei jungen Kunden.

Mittlerweile ist die „Iran Connection" schon fast wieder durch die „Indian Connection" abgelöst worden. „Kaum ein Flugzeug aus Delhi ohne Rauschgift an Bord", erklärte der *Drogenexperte John King* von der US-Botschaft in der indischen Hauptstadt der Londoner „Times".

Nach Angaben von King wird das Geschäft in Indien durch die billige Herstellung, mangelhafte Zollkontrollen und kaum abschreckende Strafen erleichtert. Außerdem – so die „Times" – sei es üblich, daß die Chemiekonzerne in Kalkutta Heroin-Bestandteile herstellten und nach Burma verkauften. Dort würden die Chemikalien mit dem Suchtgift „aufgemischt" und illegal nach Indien zurückgeschafft, um von dort auf den Weg nach Europa und die USA verfrachtet zu werden.

LEUTE HEUTE

„Kollegen-Rat"

Prominenten Rat bekam **Albert Atta-Gyempeh** (14) aus Ghana auf seine schriftliche Frage an eine BBC-Hörersendung, welches Studium am besten für eine politische Karriere sei. **Margaret Thatcher** höchstselbst riet ihm von politischen Wissenschaften ab. Kein Wunder – die Regierungschefin selbst studierte Chemie.

Hilfe aus aller Welt

Eine Flut von Briefen bricht derzeit über den Vatikan herein. Katholiken aus aller Welt, so die Zeitung „France Dimanche", verlangen die



Auflösung der ersten Ehe von **Caroline von Monaco**, damit sie ihr erstes Kind ehelich zur Welt bringen kann. Zur Bearbeitung der Briefe sei ein Priester abgestellt worden.

Ein Dorf mit U-Bahn

Touristenattraktion auf Luftkissen für 12 Millionen Mark

KURT POLLAK, Wien

Zu einem achten Weltwunder dürfte vom kommenden Dezember an das winzige, in 1400 Metern Höhe gelegene Tiroler Dorf Serfaus mit seinen 900 Einwohnern und 3600 Gästebetten werden: Serfaus – 80 Kilometer von Innsbruck entfernt – leistet sich eine hochmoderne U-Bahn, die noch dazu völlig geräuschlos und frei von Erschütterungen auf einer Streckenlänge von 1,3 Kilometern knapp unter der Erdoberfläche des Alpendorfes dahingleiten wird. Bereits Ende Mai wird mit den Bauarbeiten begonnen. Rechtzeitig zum Beginn der Skisaison werden dann 2000 Passagiere pro *Stunde mit der „Dorfbahn", wie die* U-Bahn bescheiden genannt wird, zu den diversen Lift- und Seilbahnanlagen befördert werden können. Zwei Haltestellen im Dorf sollen der Bequemlichkeit von Einwohnern und Urlaubern dienen.

Der Geschäftsführer des örtlichen Fremdenverkehrsverbandes, der Hotelier Siegmund Tschuggmall, bestätigte dieses von Skeptikern als „Tausendundeinenacht"-Geschichte belächelte Projekt: „Der Bau unserer U-Bahn wird 12 Millionen Mark kosten. Die Finanzierung durch die Gemeinde, die örtliche Seilbahngesellschaft und durch das Land Tirol ist gesichert. Wir wollen mit der U-Bahn eine Verbesserung der Lebensqualität von Einwohnern und Urlaubern durch totale Verbannung des Autoverkehrs erreichen."

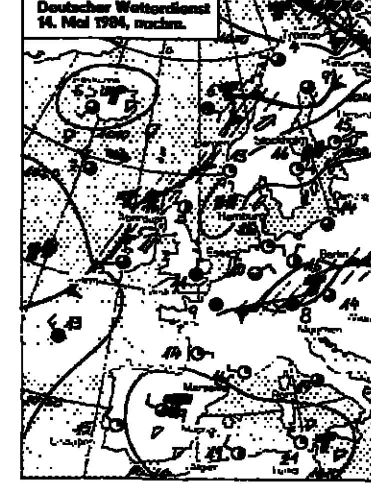
In der Welt gibt es vorerst nur in Denver/Colorado eine derartige „Klein-U-Bahn", die allerdings nur dem Pendelverkehr zwischen zwei Krankenhäusern dient. Tschuggmall: „Wir waren in Amerika und haben uns das System genau angesehen, ehe wir uns zum Nachbau entschlossen."

Die Serfauser U-Bahn wird ihren Betrieb mit zwei Kabinen für je 135 Passagiere aufnehmen. Das Luftkissengefährt wird von der Seilbahnstation aus gesteuert und über Monitore überwacht. Die Ankoppelung weiterer Waggons ist jederzeit möglich. Die U-Bahn wird eineinhalb Zentimeter über einem unterirdischen Asphaltband auf ihren Luftpolstern dahinschweben. Im Falle eines Stromausfalles können die Passagiere gefahrlos zu Fuß weitergehen. Bei einem eventuellen Druckabfall „landet" der unterirdische „Dorfzug" butterweich auf gefederten Kufen.

Und noch etwas hat die U-Bahn zu bieten: den Nulltarif. Tschuggmall: „Die Investitions- und Betriebskosten werden über die Umwegrentabilität wieder hereinkommen."

WETTER: Bis 16 Grad

Wetterlage: Bei nur geringen Luftdruckgegensätzen bleibt die kühle und feuchte Luft vorerst noch wetterbestimmend.



Vorhersage für Dienstag:

Bundesgebiet und Berlin: Stark bewölkt bis bedeckt und besonders im Norden und in der Mitte gelegentlich Regen. *Im Süden* zeitweise Bewölkungsauflockerungen und kaum noch Niederschlag. Tageshöchsttemperaturen um 12 Grad, im Südosten bis 16 Grad. Nächtliche Tiefstwerte 8 bis 4 Grad. Schwacher Wind aus Nord bis Nordost.

Weitere Aussichten

Leicht unbeständig und für die Jahreszeit noch immer zu kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	25°
Bonn	8°	Kopenhagen	15°
Dresden	8°	Las Palmas	20°
Essen	10°	London	11°
Frankfurt	10°	Madrid	9°
Hamburg	15°	Mailand	15°
List/Sylt	15°	Mallorca	17°
München	8°	Moskau	15°
Stuttgart	9°	Nizza	15°
Algier	19°	Oslo	15°
Amsterdam	13°	Paris	9°
Athen	21°	Prag	9°
Barcelona	12°	Rom	17°
Brüssel	12°	Stockholm	16°
Budapest	14°	Tel Aviv	24°
Bukarest	14°	Tunis	21°
Helsinki	15°	Wien	14°
Istanbul	17°	Zürich	10°

***Sonnenaufgang am Mittwoch:** 5.30 Uhr. Untergang: 21.08 Uhr, **Mondaufgang:** 23.06 Uhr, Untergang: 6.10 Uhr. * in MESZ, zentraler Ort Kassel.

Berlin hat ein „Ohr" für die ersten Signale

Einzigartiger Modellversuch in „Haus Neuhland" soll selbstmordgefährdete Kinder und Jugendliche auffangen

F. DIEDERICHS, Berlin

„Ich mache Schluß." Diesen verzweifelten Entschluß faßte die 15jährige Monika S., Schülerin in Berlin, vor zwei Wochen. In dieser Entscheidung für eine Verzweiflungstat sahen im vergangenen Jahr mehr als 1600 Kinder und Jugendliche in Deutschland den letzten Ausweg aus unlösbar scheinenden Problemen. Monika S. lebt weiter – ein Erfolg nicht zuletzt des Lehrers, der ihre Lebensmüdigkeit aus einem Gespräch heraushörte. Ein Verdienst aber auch der Therapeuten einer Berliner Einrichtung, die sich sofort der Schülerin annahmen und sie von dem Vorhaben abhalten konnten.

„Haus Neuhland", im Berliner City-Bezirk Wilmersdorf vor zwei Monaten eröffnet, hat sich in einem einzigartigen Modellversuch im Bundesgebiet der Krisenbewältigung und Hilfe für selbstmordgefährdete Kinder und Jugendliche verschrieben. Acht Sozialarbeiter und Therapeuten versuchen in der von Bundesfamilienminister Heiner Geißler mit jährlich einer Million Mark unterstützten Beratungsstelle Erfolge auf einem Gebiet zu erzielen, wo die Gefährdeten bislang weitgehend sich selbst überlassen waren.

Jedem Suizidversuch, so der Grundsatz der Pädagogen von „Haus Neuhland", gehen mehr oder weniger wahrnehmbare Signale voraus, die bisher allzuoft überhört oder nicht ernst genommen wurden. Die Statistik beweist dies: Bei männlichen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren ist Selbstmord nach Verkehrsunfällen die zweithäufigste Todesursache, bei Mädchen steht der Suizid an dritter Stelle der Todesursachen. Nach einer internen Studie des Bundesfamilienministers steht als wichtigstes auslösendes Motiv Liebeskummer an erster Stelle (64 Prozent der Selbstmordfälle), während bei 47 Prozent der Jugendlichen familiäre Schwierigkeiten das Hauptmotiv bildeten. Berufliche und schulische Probleme standen bei 37 Prozent aller Selbstmordfälle im Alter bis 25 Jahre im Vordergrund.

Als größtes Hemmnis zu erfolgreicher Arbeit hat sich für die Therapeuten der Beratungsstelle, wo derzeit rund 70 Beratungswünsche und Notrufe in der Woche aus Berlin und *sogar aus dem übrigen Bundesgebiet* ankommen, der Zugang zur Zielgruppe herauskristallisiert. „Wir sind einfach noch zu wenig bekannt", klagt der Berliner Projektleiter, der Pädagoge Michael Witte. So will das Beraterteam als ersten Schritt jetzt an Berliner Schulen Unterrichtseinheiten zum Thema „Problembewältigung" anbieten, um „Lehrer für die Hilferuf-Signale lebensmüder Kinder zu sensibilisieren".

Die Arbeit der „ambulanten Beratung" akut Gefährdeter wird noch ergänzt durch die Möglichkeit, in einer Tag und Nacht mit zwei Pädagogen besetzten „Krisenunterkunft" Jugendlichen eine kurzfristige Bleibe zu bieten, „bis sie sich so gefangen haben, daß wir sie guten Gewissens wieder gehen lassen können", sagt Witte.

Gehen lassen – das heißt für die Mitarbeiter von „Haus Neuhland" aber nicht, alle Kontakte zu den Gefährdeten nach der Beratung abzubrechen. Nahezu jedes Gespräch endet mit einer neuen Terminvereinbarung, denn „ein Gespräch kann nicht Probleme beseitigen, die oft in Jahren gewachsen sind", weiß Projektleiter Witte. Da die Probleme suizidgefährdeter Jugendlicher oft im Elternhaus zu suchen sind, werden die Bestrebungen der Berater von dem Motiv geleitet, „Eltern und Kinder wieder an einen Tisch zu bekommen".

Die Therapeuten stehen hier vor dem nicht seltenen Problem, daß Kinder aus zerrütteten Familien ihre Eltern auf keinen Fall in derartige Gespräche einbeziehen wollen – eine Situation, die dann Geduld und äußerste Feinfühligkeit verlangt. „Wir gehen", so berichtet Witte über die Erfahrungen der ersten Wochen, „immer dann auf die Eltern zu, wenn es *erforderlich ist und helfen kann."*

Überrascht zeigen sich die Therapeuten vor allem von dem dann starken Bemühen vieler Eltern, zur Problembewältigung ihrer verzweifelten Kinder beizutragen. „Für viele sind wir der Auslöser, daß sie überhaupt wieder mit ihren Kindern sprechen", war eine der ersten Erkenntnisse der „Neuhland"-Pädagogen.